BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 8 Köln, 20. August 1957 **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein
Rudolf Pikola – Franz Rauhut
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Franz Paul Schneider
Ernst Schwarz - Katharina Seibert
Heinz Sitta - Hermann Strathmann
Leo Weismantel - Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen

und anderen

Inhalt:

Manfred Pahl-Rugenstein
Wie verteidigt man die Freiheit? S. 261

Prof. Manfred von Ardenne
Zum Wesen des Atomkrieges S. 265

Dr. Hermann Rauschning
Europäische Libertät S. 269

Rudolf Pikola
Selbstbesinnung — so oder so S. 271

Prof. Bernard Lavergne
Frankreich und Deutschland S. 275

Dr. med. habil. B. Manstein
Frauen und Mütter im Atomzeitalter S. 277

Hans Wirtz
Die Kirche und die weltlichen Mächte S. 281

* * *

Über die Glaubwürdigkeit der CDU S. 283

Dr. Heinz Sitta
Der Kanzler und die Wähler S. 286

Prof. Dr. Wilhelm Müller
Der Ruf nach Barrabas S. 288

Prof. Dr. Leo Weismantel
Achter Brief an einen Bundestagsabgeordneten (1. Teil) S. 291

Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Der Dichter und die Spaltung — ein Dante-Kapitel S. 294

Dokumente zum Zeitgeschehen S. 298

Wie verteidigt man die Freiheit?

Klingende Parolen

Die bevorstehenden Wahlen sind zweifellos von hoher Bedeutung für die künftige Behandlung der deutschen politischen Probleme. Sie haben — wie es in dem Zustand der Spaltung unserer Nation auch gar nicht anders sein kann — überwiegend einen außenpolitischen Aspekt. Dieser besteht allerdings nicht darin, daß man in der Beibehaltung der bisherigen Politik den Weg zu einem wiedervereinigten „christlichen" und in der Anwendung neuer außenpolitischer Direktiven die Herankunft eines „kommunistischen" deutschen Staates zu erblicken habe. Vielmehr geht es um die Erkenntnis, daß unter den heutigen realen Bedingungen der Weltpolitik die „Politik der Stärke" nicht mehr praktizierbar ist. Ein antiquiertes Festhalten daran erweist sich nicht als eine Politik der „Sicherheit", sondern vielmehr als eine solche der Unsicherheit und der zunehmenden Gefährdung des deutschen

Raumes. Sie erweist sich mehr und mehr als ein Hindernis für die deutsche Wiedervereinigung — keineswegs aber als die Voraussetzung für die Wiedergewinnung der deutschen Einheit, als die der Bundeskanzler sie seinerzeit beim Eintritt in das NATO-Bündnis hinstellte. Durch diesen Militärpakt ist uns die deutsche Wiedervereinigung nicht zugefallen; sie konnte es auch nicht, da ihre militärische Wirklichkeit — die Errichtung einer „vorderen Linie" mitten durch unser Land — dem entgegensteht. Die Entwicklung zu einem in Frieden und Freiheit wiedervereinigten Deutschland wird also gerade durch jene Politik gefährdet, wenn nicht verhindert, die diese Ziele immer wieder als die ihren proklamiert.

Vom Alltagsbürger darf man schlechterdings nicht voraussetzen, daß er sich mit den „Schicksalsfragen" unseres Volkes ebenso fundamental befaßt, wie mit seinem Familientisch, daß er sich darin so gründlich unterrichtet wie in seinem Beruf, und sich um Politik kümmert wie um seine Ferienreise oder gar einen Kinobesuch. Er sollte es. Zu seinem eigenen Besten. Aber er tut es nicht. Ihn bekümmert mehr, wie der Waggon ausgestattet ist, in dem er sich befindet, als das Wissen darum, wohin der ganze Zug fährt: zu gutem Ziel oder in den Abgrund. Er hört lieber auf klingende Parolen: „Du weißt, was Du hast, deshalb bleibe dabei!" Er erschrickt nicht einmal sehr, wenn er erfährt, daß das „Junktim" zwischen der großen Politik, insbesondere den Abrüstungsgesprächen, und der deutschen Wiedervereinigung auf internationaler Ebene in entscheidenden Augenblicken gar nicht funktioniert. Trotzdem hält — und zu unserem Schaden — die offizielle Politik diese Fiktion aufrecht, spricht die westlichen Partner immer wieder daraufhin an und drängte sie zuletzt zu der Berliner Zwölf-Punkte-Erklärung, die von vornherein blockiert wird durch das Veto gegenüber einer vorherigen Absprache über den zukünftigen Status Gesamtdeutschlands im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems. Doch mit solchen Interna — denkt der Alltagsbürger — mögen sich die Fachleute herumschlagen, die Politiker und „Staatsmänner". Hier ist, glaubt er vielfach, nur der gute, drüben nur der böse Wille. „Ich bin für die Verteidigung der Freiheit!" ruft er aus, wenn man ihn daraufhin anspricht. Das ist ein Wort von Gewicht, und es muß doch jedem genügen, dem es mit Nachdruck zugerufen wird.

Aber: Wie verteidigt man die Freiheit?

Atommanöver

Am 12. Juli 1957 um 11 Uhr vormittags wird in den achtundvierzig Staaten der USA zur gleichen Minute Luftalarm gegeben. Die Atomluftschutzübung „Operation Alert 1957" beginnt. In den nächsten Stunden erfolgt über den Nordpol der angenommene Angriff. 166 Ziele werden von Atom- und Wasserstoffbomben getroffen. 95 Millionen Menschen sind betroffen, von ihnen 54 Millionen getötet. Strahlungszonen und radioaktive Wolken gefährden das Land; mit langanhaltender Strahlungsverseuchung ist zu rechnen. Washington ist durch eine feindliche nukleare Waffe unberechenbarer Größe zerstört; in New York gibt es durch eine einzige 20-Megatonnen-Bombe 6½ Millionen Tote und 650 000 Verwundete. Die militärischen Verteidigungsmittel haben versagt. Ob ein Gegenschlag gleicher Art erfolgt, dessen radioaktive Rückwirkung das eigene Gebiet zusätzlich verseucht, ob von beiden Seiten noch ein zweiter oder dritter Endschlag geschieht, um das totale Todesergebnis zu erreichen, ist unerheblich.

Kritik: So verteidigt man die Freiheit nicht.

In Westdeutschland wurden die NATO-Atommanöver „Cäsar" und „Schwarzer Löwe" veranstaltet. Sie hatten beide das gleiche Ergebnis: ein Schutz der Bundesrepublik ist nicht möglich. Ihre Städte sind in Stunden zerstört, die Bevölkerung ausgerottet. Man weiß, daß zehn Wasserstoffbomben genügen, um unser kleines Land und seine 55 Millionen Einwohner total zu vernichten. Aus solchen Ergebnissen aber könnte sich eine neue Manöverlage ergeben: das gesamtdeutsche Atom-Monöver, in dem Ost- und Westdeutschland in Stunden in eine Todeslandschaft verwandelt sind.

Stets die gleiche Kritik: So läßt sich die Freiheit nicht verteidigen.

Seit an der Herstellung „sauberer" Atombomben gearbeitet wird — Anmerkung für den Leser: „Sauber" sind solche Atomwaffen, die nur wenig indirekte Radioaktivität ausstreuen, welche (von den Winden getragen) auf den Anwender der Waffe wie ein Bumerang zurückfällt, also Waffen, die nur den Gegner vernichten, einen selbst aber möglichst wenig dem Atomtod aussetzen —, seitdem daran gearbeitet wird und seitdem es gelungen ist, Methoden zur Unterschreitung der „kritischen Menge" zu finden, was die Herstellung

von Atomwaffen leicht einsetzbarer „taktischer" Art ermöglicht, seitdem also wächst von neuem die Gefahr heran, daß ein Entwicklungszug in der Weltschachpartie wieder einmal als „Politik mit anderen Mitteln" versucht wird. Ein naheliegendes Spielfeld eines solchen Schachzuges aber ist der deutsche Raum. Manchen könnte dieser Gedanke sinnlos und abwegig erscheinen; aber sind nicht auch Korea, Indochina, Ägypten sinnlos gewesen?

Kostspielige Rüstungen, Waffenarsenale, Generalstäbe sind heute den anderen Möglichkeiten der Lösung internationaler Spannungen und Probleme unterlegen. Ja sie erzeugen aus der ihnen innewohnenden eigengesetzlichen Dynamik heraus neue Gefahrenquellen für den Frieden in der Welt. „Wer Atombomben besitzt, kommt damit noch nicht in den Besitz der Weisheit" (Nehru). Mit Sicherheit darf man erwarten, daß jeder künftige Konflikt, der die Machtsphären der beiden großen Militärblöcke ernsthaft berührt, zu einem Weltbrand werden wird. „Ein dritter Weltkrieg wird ein Akt kollektiver Selbstvernichtung sein" (Churchill).

Aber ist nicht der Besitz solcher militärischen Macht ein wirksames Abschreckungsmittel? Ein in überlieferten Bahnen verharrendes Denken müßte das um so mehr bejahen, je gewaltiger die bereitgehaltene Vernichtungskraft anwächst. Die beiden großen Atommächte jedoch verfügen, wie der für Atomfragen zuständige USA-Admiral Strauß darlegte, über die gleichen wissenschaftlichen Erkenntnisse und sind in deren praktischer Auswertung etwa gleich weit. Es gibt also auf beiden Seiten ein annäherndes Gleichgewicht in Massenvernichtungsmitteln; militärische Experten schreiben der Sowjetunion eine Überlegenheit in Fernraketenwaffen zu. Zur Zeit ist Großbritannien dabei, sich zur Atommacht hochzurüsten; Frankreich hegt die gleiche Absicht, und die übrigen Natomächte diskutieren ebenfalls diesen Gedanken. Im Sog dieser westlichen „Entwicklung" würde auch im Osten auf die Dauer die UdSSR nicht die einzige Atommacht bleiben können. Der Monopolzustand von heute wird also möglicherweise in naher Zukunft gebrochen sein. Je mehr kleinere Mächte Atomrüstung haben, desto näher aber rückt die Gefahr eines „begrenzten Konfliktes" an einem Spannungsherd, bei dem zunächst alle anderen Atommächte erstarrt verharren, weil sie wissen, daß ihr Eingreifen auch ihre Selbstvernichtung bedeutet. Der Angstwunsch der Alltagsmenschen aller noch nicht hinzugerissenen Völker aber wird sodann sein, es möge ein „remis" kommen, das Feuer in sich selbst ausbrennen.

Ganz zu schweigen hier von dem Fall eines atomaren Amoklaufes einer Macht — wie ein „nukleares Chaos" in der Welt ihn als reale Möglichkeit abzeichnet.

Eine solche unter der Devise der „Verteidigung der Freiheit" vor sich gehende Entwicklung würde die Völker immer weiter in Unfreiheit stürzen, Angst und Mißtrauen erhöhen — und das in einem Umfang, der alles bisher Gefühlte und politisch Praktizierte übertrifft. Die Freiheit wäre getötet durch eben jene Mittel, mit denen man sie verteidigen wollte. Und die Millionen von Toten des nichtatomaren zweiten Weltkrieges würden zu einem immer ferneren Mahnmal am Horizont der Geschichte werden.

Politische Verteidigung

Es gibt Wunschträume von „Freiheit", die sich nie erfüllen können, da sie die Integrität anderer Frei-sein-wollender verletzen würden. In der politischen Realität gibt es deshalb — wie beim einzelnen Menschen — nur begrenzte Freiheiten für die Völker, um deren ehrliche Abgrenzung gegeneinander allerdings mit friedlichen Mitteln gerungen werden muß. Das erfordert wiederum, daß bei allen Erörterungen keine fiktiven Thesen vertreten werden, die dem Gegenspieler das Ausweichen in ein Nein geradezu abfordern, sondern reale und konstruktive Vorschläge auf den Tisch gelegt werden. Es bedeutet weiter: eigene Aktivität in allen politischen Fragen und Wünschen. Für uns Deutsche heißt das: Wir müssen erkennen, daß niemand in der Welt eine deutschere Politik machen kann, auch nicht der beste Verbündete, als wir selbst. Unsere Lage ist schwierig. Auch die unsichtbare Einheit der Nation ist auf die Dauer nicht gegen zerstörende Einwirkungen gefeit. An der Lösung des deutschen Problems sind neben den deutschen Teilstaaten die vier Besatzungsmächte beteiligt. Eine deutsche Lösung wird stets zugleich ein neues gesamteuropäisches Sicherheitssystem bedingen; denn weder wird der Westen zulassen, daß der sowjetische Einfluß bis über den Rhein vordringt, noch wird der Sowjetstaat die Vorverlegung der Nato-Linien zur Oder-Neiße hin gutheißen. In dieser Weltlage — ob sie uns paßt oder nicht — liegen die realen Gegebenheiten für ein freies wiedervereinigtes Deutschland. Es muß also der militärische und bündnispolitische Status des neuen

Staates Gegenstand vorheriger Verhandlungen sein, und solange die Nato und der Warschauer Pakt Geltung haben, müßte ein neues Deutschland beiden fernbleiben. Wir selbst und mit uns jede andere vernünftig denkende Macht in der Welt haben deshalb ein Interesse daran, durch eine solcherart den realen Gegebenheiten angepaßte Politik zur Entspannung beizutragen und das Ziel eines friedlichen Deutschland zu erreichen. Auf der Grundlage des Prinzips der friedlichen Koexistenz erfordert unsere politische Einstellung eine Revision der einseitigen Westbindung und, ohne diese zu trennen, eine Zusammenarbeit und Handelsverbindungen auch mit den östlichen Ländern. Die Zustimmung zu eventuellen Inspektionszonen ist eine Übergangslösung und entbindet uns nicht davon, einen eigenen positiven Abrüstungsbeitrag zu leisten, insbesondere durch Verzicht auf Atombewaffnung, Atomwaffenlagerung und atomare Ausbildung. In Paranthese zu dieser Festlegung des Status eines neuen Gesamtdeutschlands aus der Konzeption der eigenen Neutralität und allseitigen freundschaftlichen Absprachen in Verbindung mit einem neuen System kollektiver Sicherheit in Europa und in der Welt, bietet sich als innerdeutsche Lösung ein deutscher Staatenbund als Übergangszustand an, da die tatsächliche Entwicklung seit 1945 zum Bestehen zweier deutscher Teilstaaten mit verschiedener Struktur geführt hat. Durch unsere zielstrebige Arbeit müssen wir ihn zum deutschen Gesamtstaat entwickeln.

Königsteiner Erklärung

In wenigen Tagen erhielten wir mehr als 600 Einverständniserklärungen mit Unterschrift. Mit jeder Post gehen weitere Zustimmungen ein; vom Politiker und Wissenschaftler bis zum politisch interessierten Alltagsmenschen der verschiedensten Berufe sind alle Kreise unseres Volkes vertreten. Unter den Zuschriften befanden sich einzelne im ganzen zustimmende, deren Einsender sich jedoch mit der einen oder der anderen Formulierung als solcher nicht befreunden konnten.

Wir bitten Sie heute um Ihre freundliche Mithilfe bei der weiteren Verbreitung und bei der Aufforderung zur Zustimmung, damit die „Königsteiner Erklärung" (siehe Heft 7/57 der „Blätter") als politisches Dokument weiten Kreisen unseres Volkes bekannt wird.

Viele Fehler sind seit 1945 gemacht worden — aber, da die Regelung der politischen Zustände in Deutschland und in der Welt noch im Fluß ist, ja das zwanzigste Jahrhundert noch sehr in den Anfängen einer echten Gesundung der Politik steckt, sind auch viele Fehler, die die „Politik der Stärke" gern gemacht hätte, noch n i c h t gemacht worden. Noch ist es an der Zeit, richtig zu handeln! Die bisherige Politik der verantwortlichen Bundesregierung hat sich nicht als die geeignete Basis für die Erfüllung der berechtigten deutschen Wünsche erwiesen.

Am 15. September ist eine für die künftige Entwicklung sehr wesentliche politische Entscheidung in unserer aller Hand gegeben durch die Wahl des neuen Bundestages, der einen neuen Kanzler beruft. Es ist die Aufgabe der Opposition, in der noch zur Verfügung stehenden kurzen Zeitspanne in aller Deutlichkeit und in öffentlich wirksamer Breite dem Volke eine reale außenpolitische Konzeption vorzulegen und diese vor allem von Unklarheiten, Unentschiedenheiten und retardierenden Vorbehalten zu bereinigen. Je klarer und entschiedener die Opposition sich ausspricht, desto sicherer wird der Stimmenzulauf für sie sein. Der Unentschlossene entscheidet sich am wenigsten für Unentschiedenheiten. Gerade deshalb fühlt er sich ja in der gefährlichen restaurativen Atmosphäre, die sich in der Bundesrepublik ausgebreitet hat, so zu Hause.

Sicherlich ist es für die Opposition nicht leicht, die volle Aktivität bereits im Anlauf zur Verantwortung zu entfalten. Aber es sind auf dieser Seite viele bedeutungsvolle politische Programmpunkte vorhanden, denen niemand, der ernsthaft politisch denkt, seine Zustimmung versagen kann, ja, die er für unser Vaterland als sinnvoll und notwendig erachten muß.

Die Erringung der deutschen Einheit und die Verteidigung der dann wiedergewonnenen Freiheit ist einzig eine p o l i t i s c h e Aufgabe. Nur so — politisch — kann künftig die Verteidigung der Freiheit bei uns wie auch in aller Welt erfolgen.

M a n f r e d P a h l - R u g e n s t e i n

Prof. Manfred von Ardenne

Zum Wesen des Atomkrieges

Die Verbreitung gründlicher Kenntnisse und Vorstellungen über die Wirkung der nuklearen Waffen ist eine der wirksamsten Methoden, um immer mehr leidenschaftliche Gegner des Atomkrieges zu gewinnen. Die Verbreitung solcher Kenntnisse, der auch der vorliegende Aufsatz dienen soll, bewirkt die Isolierung jener Kräfte, die immer noch Mißbrauch mit der Atomenergie treiben wollen, und hilft den Frieden zu stabilisieren. Der Frieden aber ist die einzig sichere Verteidigung gegen die atomaren Waffen.

Im Kapitel über Kernwaffen eines Mitte 1956 erschienenen Buches*) hatte der Verfasser es unternommen, die wissenschaftliche Literatur dieses Gebietes zusammenzustellen und auszuwerten. Dabei ergaben sich quantitative Unterlagen über die verschiedenen Wirkungen von A- und H-Waffen in Form von Tabellen und Kurven, welche die Basis für die folgenden Betrachtungen bilden.

Typen und Stärken der explosiven Kernwaffen

Die Stärke der explosiven Kernwaffen wird im allgemeinen durch ihr Energieäquivalent in Megatonnen des Standard-Sprengstoffes Trinitrotoluol (TNT) charakterisiert. Bei jenen Bomben, die 1945 die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki vernichteten, betrug die Bombenstärke 0,02 Mega-Tonnen TNT-Äquivalent. In der militärischen Literatur werden gegenwärtig folgende Typen von explosiven Kernwaffen offen genannt:

Tabelle I

Waffe	Mega-Tonnen TNT-Äquivalent
A-Bombe, taktisch	0,015
A-Granate, Kaliber 28 cm	0,015
A-Bombe, strategisch	0,12
H-Bombe, Typ 1952	5
H-Bombe, Typ 1954	15
H-Bombe, Typ 1955	45
(A-Fernrakete, Typ 1957)	
(H-Fernrakete, Typ 1957)	

Aus vorstehender Tabelle geht hervor, daß die Vernichtungswirkung der in der Presse vielfach genannten taktischen Atombomben und der Atomgranaten bereits etwa so groß ist wie die Wirkung der 1945 in Japan eingesetzten Atombomben. Das Energie-Äquivalent der größten im Versuch erprobten Bombe beträgt mit 45 Millionen Tonnen TNT das 2200fache der Bomben aus dem Jahre 1945.

Neben dieser ungeheuren Steigerung der Bombengröße ist seit 1945 die Menge an Kernwaffen-Munition etwa im Verhältnis 1:25000 gestiegen, denn damals standen nur 2 Atombomben zur Verfügung, während heute geschätzt wird, daß die Vorräte an Spaltmaterial in den Waffenmagazinen der Welt ausreichen, um über 50000 Atombomben herzustellen.

Die skizzierte Entwicklung der explosiven Kernwaffen in bezug auf Größe und Menge hat dazu geführt, daß heute in Ost und West genügend Material zur Verfügung steht, um die gesamte Menschheit und alle höher organisierten Lebewesen auf diesem Planeten zu vernichten. Diese Auffassung wurde überdies im Sommer des vergangenen Jahres von dem amerikanischen Verteidigungsminister Wilson auch öffentlich ausgesprochen. Ihre Richtigkeit ist unbestreitbar, wenn in diesem Zusammenhang zwei Möglichkeiten eingerechnet werden, die physikalisch und technisch leicht realisierbar sind, aber bisher wohl wegen der Ungeheuerlichkeit der dabei auftretenden Wirkungen verhältnismäßig wenig in die öffentliche Diskussion gezogen wurden:

1. die Möglichkeit der H-Bomben-Ausführung mit Kobaltmantel. Bei dieser Bomben-Ausführung würden solche Mengen von radioaktivem Staub langer Lebensdauer er-

*) M. von Ardenne, Tabellen der Elektronenphysik, Ionenphysik und Übermikroskopie, Band II, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1956.

zeugt werden, daß die Fläche ganzer Staaten für viele Jahre unbewohnbar werden würde und daher nicht einmal ein Versuch mit diesem Typ gewagt werden konnte;

2. die Möglichkeit, die Erdoberfläche mit radioaktiven Kampfstoffen zu verseuchen, welche als Nebenprodukte in den Atomreaktoren entstehen.

Arten der Wirkung von Kernwaffenexplosionen

Beim Einsatz von nuklearen Waffen ergeben sich Tötungen, Verwundungen oder Erbschädigungen dadurch, daß Energie verschiedener Art auf den Menschen wirkt. Die Energie wird dabei als mechanische Druckwelle durch die Luft sowie durch Wärmestrahlung, Lichtstrahlung, ionisierende Strahlungen und durch radioaktive Niederschläge übertragen.

So bewirkt die bei der Atomexplosion durch die atmosphärische Luft übertragene Druckwelle Vernichtung oder Schäden bei Gebäuden und Fahrzeugen bzw. Tötung oder Verwundung durch direkte Einwirkung auf den menschlichen Organismus oder indirekt durch niederstürzende Massen. — Die auftretende ungeheure Wärmestrahlung führt zur Auslösung von Feuersbrünsten und bei Aufenthalt im Freien zu Hautverbrennungen auch noch in beträchtlichen Entfernungen vom Explosionszentrum. — Die auftreffende Lichtstrahlung bedingt in sehr vielen Fällen bei Aufenthalt im Freien eine Erblindung. Um eine Vorstellung von der Stärke der auftretenden Lichtstrahlung zu geben, sei erwähnt, daß die Helligkeit einer Wasserstoffbombe mit 20 Mega-Tonnen TNT-Äquivalent noch in 13 km Abstand vom Zentrum der Explosion auf den 100fachen Wert der Sonne geschätzt wird. — Die bei Anwendung von Kernwaffen entstehenden radioaktiven Strahlungen bewirken eine Tötung oder Verwundung durch Strahlenerkrankung, je nach Stärke der vom Menschen aufgenommenen Röntgendosis. Besonders empfindlich gegen die Einwirkung dieser Strahlungen sind jene Körperzellen des Menschen, welche der Fortpflanzung dienen. Die Forschungsergebnisse der Biophysik lehren, daß durch Einwirkung der radioaktiven Strahlungen auf die Gene ein Eingriff in die Erbanlagen erfolgt. Der amerikanische Zoologe und Nobelpreisträger Prof. Muller kommt zu dem erschütternden Ergebnis, daß die Nachkommen von strahlenexponierten Individuen infolge der eingetretenen Genmutationen für die Zeitdauer von 40 Generationen mit der Zunahme der Geburtsrate anormaler Kinder, nicht lebensfähiger Kinder oder zeugungsunfähiger Kinder zu rechnen haben. Die Erbschäden, die sich also über eine Zeitspanne von 1000 Jahren erstrecken würden, erreichen besonders dann eine hohe absolute Zahl, wenn, wie im Falle eines Atomkrieges, Menschen des gleichen Gebietes oder Volkes, d. h. Menschen mit erhöhter Heiratswahrscheinlichkeit untereinander, in ihren Erbanlagen strahlengeschädigt werden.

Sehr weitgehende Wirkungen, deren lokale Verteilung von der zufälligen Richtung und Geschwindigkeit der Luftströmung in höheren Schichten abhängt, ergeben sich durch den bei Kernexplosionen in die höchsten Bereiche der Atmosphäre hinaufgeschleuderten radioaktiven Staub. Analoge Wirkungen würden sich auch im Falle der Erdoberflächen-Verseuchung durch radioaktive Kampfstoffe ergeben. Man muß hier unterscheiden zwischen Einwirkungen auf den Organismus von außen und der Einwirkung auf den Organismus von innen durch Inkorporation radioaktiver Isotope. Besonders gefährlich ist die Einwirkung von innen durch die zuletzt erwähnte Inkorporation von Radioisotopen. Diese tritt ein durch radioaktive Verseuchung von Atemluft, Trinkwasser, Nahrungsmitteln und Futtermitteln. Immer schärfer ist in den letzten Jahren erkannt worden, daß hier vor allem die Aufnahme des Strontium-90-Isotops vom Körper, und zwar der Einbau dieses in gefährlichen Mengen im Staub enthaltenen Isotops in die Knochensubstanz, sehr erhebliche Folgen hat. Die Gefährlichkeit besonders des Strontium-90-Isotops rührt daher, daß es einerseits in Pflanzen (Futtermitteln, Nahrungsmitteln) und in Tieren (Fleisch, Milch, Fischen usw.) angereichert und gespeichert wird und andererseits eine langanhaltende Radioaktivität (Halbwertzeit 28 Jahre) sowie eine lange Verweilzeit im menschlichen Organismus (effektive Halbwertzeit 7,4 Jahre) besitzt. Ein Untersuchungsausschuß des Council of the Atomic Scientists Association hat am 20. 4. 1957 auf Grund eingehender wissenschaftlicher Arbeiten eine Abschätzung veröffentlicht, nach der allein infolge des von den bisherigen Atombombenversuchen ausfallenden Radioisotops Strontium-90

etwa 50 000 Menschen an Leukämie, einer Art Blut- oder Knochenkrebs sterben werden.

Die Reichweite der Wirkungen bei Explosionen von A- und H-Bomben

Unter den oben besprochenen verschiedenen Wirkungen der Atomwaffen-Explosionen hat die durch die atmosphärische Luft übertragene Druckwelle eine Vernichtungswirkung mit besonders großer Reichweite. Eine Abschätzung über die furchtbare Reichweite dieser Wirkung bei Atombomben verschiedener Typen vermittelt die nachstehende Tabelle:

Tabelle II

Bombengröße	Bombentyp	A-Bombe Typ 1945	Bombe mittlerer Stärke	H-Bombe Typ 1955	
	Äquivalent	0,02	1	45	Mega-Tonnen TNT
Todeskreisdurchmesser (0,7 kp/cm²)		2,4	8	32	km
Verwundetenkreisdurchmesser (0,2 kp/cm²)		4,4	18	64	km
Todeskreisfläche		4,5	50	810	km²
Verwundetenkreisfläche		15	254	3200	km²
Flächenverhältnis Verwundungskreisring zu Todeskreis		2,3:1	4:1	3:1	

Während 1945 die Kreisfläche mit hoher Wahrscheinlichkeit für Tod und Vernichtung durch die Luftdruckwelle 4,5 km² betrug, ist sie bei der H-Bombe Typ 1955 auf 810 km² angewachsen. Die Kreisfläche, bei der mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Verwundung durch indirekte Wirkung der Luftdruckwelle erfolgt, erreicht bei der H-Bombe Typ 1955 den Wert von 3200 — 810 = 2390 km².

Damit diese Zahlenwerte und Flächenangaben in Tabelle II in ihrer schicksalhaften Bedeutung klarer erkannt werden, werden in der Tabelle III die Flächenbedekkungen unserer größten Weltstädte referiert.

Tabelle III

New York, politische Gemeinde (Manhattan 58 km²)	=	810 km²
Moskau	=	600 km²
London (Greater London)	=	1870 km²
Paris (Groß-Paris)	=	478 km²
Berlin (Groß-Berlin)	=	884 km²

Aus dem Flächenvergleich folgt, daß bereits eine einzige H-Bombe Typ 1955 genügt, um eine dieser Weltstädte mit ihrer ganzen Bevölkerung zu vernichten.

Die Wirkung der bei den Explosionen entstehenden Wärme- und Lichtstrahlung, welche besonders Menschen erfaßt, die im Augenblick der Explosion sich im Freien befinden, hat eine stark von den zufälligen Sichtverhältnissen abhängige Reichweite. Bei sehr dunstfreier Luft reichen diese Wirkungen fast genau so weit wie die Vernichtungswirkung der Luftdruckwelle.

Die Wirkung des bei H-Bomben-Explosionen in die höheren Luftschichten geschleuderten radioaktiven Staubes verteilt sich in der Regel nicht kreisförmig um das Explosionszentrum; die Größe der betroffenen Fläche und ihre Lage relativ zum Explosionszentrum hängt weitgehend von den Zufälligkeiten der jeweiligen Wetterlage ab, insbesondere von der Windrichtung und Windgeschwindigkeit in den mit radioaktivem Staub beladenen Luftschichten. Die Erfahrung der H-Bomben-Explosion in Bikini 1954 hat gelehrt, daß der radioaktive Niederschlag in Windrichtung noch bis zu 250 km Entfernung vom Explosionsort tödliche Folgen haben kann.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird schon gegenwärtig ein großer Teil der Vorräte an Kernwaffenmunition in zielgesteuerte Fernraketen eingebaut. Die Reichweite dieser Raketen dürfte etwa zwischen 3000 und 8000 km liegen. Die Geschwindigkeit dieser in Höhen über 100 km, also im fast luftleeren Raum, fliegenden Ferngeschosse beträgt etwa 6000 km pro Stunde, und für 1958 sind Geschwindigkeiten von 12 000 km pro Stunde zu erwarten. Demgegenüber betrug die Geschwindigkeit der Bombenflugzeuge, die bei Ende des zweiten Weltkrieges unsere Städte vernichteten, 400 km pro Stunde. Die Anfluggeschwindigkeit ist also im Verhältnis 15 : 1 bis 30 : 1 seit 1945 angestiegen. Aus diesen Zahlen folgt, daß selbst bei Einsatz modernster Radargeräte, bei Einsatz elektronischer Rechenmaschinen zur Kurzzeit-Berechnung der Bahn anfliegender Geschosse und bei Schaffung eines neuartigen Warnsystems kleiner Zeitkonstante, jedenfalls für kleinere Staaten, kaum eine rechtzeitige Luftwarnung möglich erscheint. So haben beispielsweise englische Luftschutzexperten empfohlen, keine Luftschutzinvestitionen in England vorzunehmen. Und in der Erklärung der Göttinger Achtzehn vom 12. 4. 1957 heißt es: „Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr zu schützen."

Bei dieser Sachlage würden im nuklearen Inferno zwangsläufig auch die Frauen und Kinder mit umkommen oder verwundet werden. Aus der Tabelle II folgte, daß die Kreisfläche, auf der mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Verwundung der Bewohner eintritt, 2,3- bis 4mal größer ist als die Kreisfläche völliger Vernichtung um das Zentrum einer Atomexplosion. Dies bedeutet, daß mit einer sehr großen (von der Verteilung der Bevölkerungsdichte um das Explosionszentrum abhängigen) Zahl Verwundeter gerechnet werden muß. Diese zahlenmäßige Abschätzung kann uns dann eine Vision vermitteln von dem unendlichen Leid, das über uns kommen könnte, wenn wir uns in diesem Augenblick an die verschiedentlich veröffentlichten Bilder getöteter, verwundeter oder verbrannter Kinder aus dem Hiroshima von 1945 sowie der grauenvollen Szenen bei den Terrorluftangriffen des zweiten Weltkrieges erinnern.

Schrecken und Umfang eines nuklearen Infernos, das einen dritten Weltkrieg begleiten würde, übersteigt wohl alle menschliche Vorstellungskraft. Trotzdem ist die Situation ganz anders als 1939, wo sich auch die phantasiebegabtesten Waffentechniker und die politisch klügsten Köpfe kaum vorstellen konnten, wie 1945 unsere deutschen Städte schließlich ausgesehen haben. Heute hat sich aus dem Wissen um die Wirkung nuklearer Waffen schon bei dem überwiegenden Teil aller Menschen die Überzeugung durchgesetzt, daß es keine politische Streitfrage geben kann, deren Entscheidung die Opfer und Schäden eines dritten Weltkrieges wert wäre.

Das von fast der gesamten Menschheit ersehnte Abrüstungs-Abkommen würde die Welt endlich von den menschheitsfeindlichen und unproduktiven Ausgaben für militärische Rüstungen entlasten.

Die sonst für militärische Zwecke aufgewendeten ungeheuren Jahresbeträge würden für Gebiete, wie z. B. Biochemie, Pharmazie und Medizintechnik ausgegeben, zu schnellen, gewaltigen Fortschritten im Bereich des Gesundheitswesens führen. — Die Verteilung dieser Jahresbeträge auf Gebiete wie Landwirtschaft, Automatisierung der Fertigungen in den Fabriken, der Haushaltstechnik, des Verkehrswesens, der Nachrichtentechnik, der Nahrungsmittelindustrie usw. würde den allgemeinen Lebensstandard sprunghaft verbessern und dabei noch eine starke Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit zulassen. Ferner ließe sich ein großer Teil der im letzten Jahrzehnt zur Vorbereitung des Atomkrieges erfolgten Investitionen dadurch wieder zurückgewinnen, daß die für militärische Zwecke angehäuften Weltvorräte an Spaltmaterial in Atomkraftwerken zur Energieerzeugung, also zum Wohle der Menschen ausgenutzt werden.

Von diesem Weg in eine glückliche Zukunft trennt die Menschheit nur eine einzige Entscheidung: das internationale Abrüstungsabkommen, um das gegenwärtig gerungen wird. Je schneller und je gründlicher die Weltöffentlichkeit über das Wesen des Atomkrieges aufgeklärt wird, desto machtvoller wird der Wille zum Abschluß des Abrüstungsabkommens sich entwickeln.

Dr. Hermann Rauschning

Europäische Libertät

Beitrag zu einer künftigen Friedenspolitik

1.

Die Entwicklung des letzten Jahres hat gezeigt, daß in einem beträchtlichen Maße die Großmächte schwer zu kontrollierenden Aktionen kleinerer und sogar abhängiger Nationen ausgeliefert sind. Es taucht die paradoxe Möglichkeit auf, daß sich die Großmächte vor unerwünschten Aktionen ihrer eigenen Bundesgenossen und Schutzbefohlenen zu sichern haben. Zudem hat sich die Unzulänglichkeit der bisherigen Bemühungen um eine Entspannung erwiesen, ohne daß die eigentliche Ursache für ihr bisheriges Scheitern in ihrer vollen Bedeutung erkannt wäre. Vorschläge, die darauf hinzielen, daß die Großmächte ihre militärischen Positionen zurückverlegen und ihre vordersten Sicherungszonen räumen sollten, entspringen zwar richtigen Vorstellungen, aber für sich allein, als isolierte Maßnahmen sind sie für eine Entspannung der Lage nicht ausreichend genug. Es müßte dahinter ein politischer Plan, eine politische Formel stehen, die solche Maßnahmen als Vorbereitung eines politischen Vertragssystems erkennen lassen.

Über eine allgemeine Friedensformel soll allerdings auf der Genfer „Gipfelkonferenz" vom Juli 1955 eine „stillschweigende" Einigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion erzielt worden sein. So behaupten wenigstens einige der erfahrensten amerikanischen Kommentatoren. Man sei beiderseitig zu der Anerkennung des altehrwürdigen Friedensprinzips eines Machtgleichgewichts als der einzigen Grundlage für einen praktisch möglichen Frieden zurückgekehrt, das bisher, wenigstens in den Vereinigten Staaten, als die „Brutstätte" von machtpolitischen Konflikten statt als ihre Verhinderung aufgefaßt worden sei. Träfe dies zu, so wäre das ein bedeutsamer Fortschritt. Denn das amerikanische Vorurteil gegen das, was man als das charakteristisch europäische politische Übel ansah, das „Konzert der Mächte", beruht im Grunde auf einer Verkennung. Man vergleicht die prekäre Wirklichkeit eines „Machtgleichgewichtes" mit dem Ideal einer konstitutionellen Gesellschaft der Nationen, die durch die institutionelle Sicherung einer gemeinsamen Rechtsordnung Gewaltakte wie Kriege ausschließt und Konflikte wie innerhalb eines Staates durch Rechtsverfahren schlichtet. Solange eine solche institutionell gesicherte Rechtsordnung und konstitutionelle Gesellschaft der Nationen jedoch nicht in voller Wirklichkeit existiert, ist sie selbst nicht mehr als eine permanente Mächtekonferenz, und so bleibt ein Machtgleichgewicht der Nationen das einzige, wenn auch nicht absolut verläßliche Hilfsmittel zur Einschränkung von Kriegen und gewaltsamen Konflikten.

Darf man demnach damit rechnen, daß die Notwendigkeit eines Machtgleichgewichtes zur Sicherung eines künftigen Friedens und zur machtpolitischen Auszementierung des Vertragsgerüstes einer Gesellschaft der Nationen erkannt wird, so bleibt doch noch die Frage unbeantwortet, was man unter einem Machtgleichgewicht versteht, und ob darüber eine Einigung der beiden Großmachtgruppen erreicht werden könne. Es zeigt sich nämlich, daß sich an dieser Stelle ein Mißverständnis eingewurzelt hat. Fast allgemein sieht man ein politisches Gleichgewicht im Bilde der Waage. Zwei Machtgruppen sind einander in ihrem Machtpotential so gleichrangig, daß keine den Zustand ohne größtes Risiko ändern kann. Dies ist jedoch nicht ein Gleichgewicht, auf dem sich ein, wenn auch noch so gebrechlicher Friede begründen ließe. Es ist vielmehr die machtpolitisch prekärste Situation, die sich überhaupt denken lassen kann, weil die kleinste Machtverschiebung zugunsten der einen oder anderen Gruppe den Frieden gefährdet. Nur ein solcher Machtzustand, in dem der Machtzuwachs auf der einen Seite durch eine andere Gruppierung der übrigen Machtfaktoren aufgewogen werden kann, ist als ein Gleichgewichtssystem im Sinne des älteren europäischen „Konzertes der Mächte" anzusehen. Nur ein mehrgliedriges Gleichgewichtssystem kann machtpolitisch eine gewisse Friedenssicherung sein, niemals aber der starre Zustand einer Zweiteilung der Machtfaktoren. Um ein Gleichgewichtssystem zu erreichen, das als machtpolitische Untermauerung der bestehenden Gesellschaft der Nationen im Sinne einer allgemeinen Friedenssicherung wirken könnte, ist es vor allem notwendig, den Zustand der Zweiteilung aufzubrechen und eine Gruppierung der Mächte zu organisieren, die zu einer tieferen Aufgliederung der macht-

politischen Faktoren führen kann. Ein Machtgleichgewicht ist ein Gruppierungsprinzip, nicht ein Teilungsschema.

Erst mit solcher Erkenntnis gewinnen wir einen Ausgangspunkt für die Suche nach einer allgemeinen Friedensformel, und die jüngst durchschrittenen Krisen zeigen den Ansatzpunkt für ihre Entwicklung und Verwirklichung. Denn es ist die auf jede Gewichtsverschiebung kritisch ansprechende Balance bloß zweier Machtgruppen, die bisher abhängigen Staatsgebilden, die jedenfalls die modernen Requisiten der Macht nicht voll besitzen, eine ihre Bedeutung weit übersteigende Einflußmöglichkeit lieh. Dies legt den Gedanken nahe, sie von Faktoren der Beunruhigung zu solchen der Eingrenzung von Konfliktmöglichkeiten dadurch umzuwandeln, daß sie n i c h t in das Machtsystem einer der beiden Großmachtgruppen ganz oder geteilt einbezogen, sondern zu selbständigen Elementen besonderer Funktion eines mehrgliedrigen Machtsystems gruppiert werden. Erst im Zusammenhang mit einer neuen machtpolitischen Gruppierung bekäme das politische Mittel der Neutralisierung bestimmter Zonen, die Rückverlegung militärischer Sicherungsfronten und die Aufgabe militärischer Alliancen zugunsten gemeinsamer politischer Sicherungspakte der bisherigen gegnerischen Gruppen einen zureichenden Sinn. Eine Beendigung des Kalten Krieges ist nur durch die Reduzierung der militärischen Sicherungsmaßnahmen in Verbindung mit politischen Vereinbarungen denkbar, wobei weder das eine noch das andere die Vorbedingung sein kann, sondern beides Zug um Zug erfolgen muß. Das ist indessen nur möglich, wenn sich alle Mächte im Prinzip auf eine Friedensformel geeinigt haben, die den künftigen Einzelregelungen zugrunde liegt.

2.

Auf der Suche nach einer zulänglichen Friedensformel, die umfassend genug, zugleich inhaltlich bestimmt und machtpolitisch realisierbar wäre, wird der Politiker an den Friedensschluß gemahnt, dessen dreihundertjährige Wiederkehr vor einigen Jahren erinnert wurde, der Westfälische Friede, der den 30jährigen Krieg beendete. Was uns gerade an diesem Friedensschluß interessiert, ist der Umstand, daß er nicht lediglich einen machtpolitischen Konflikt beendete, sondern auch einen Kampf um Ordnungsprinzipien, die ausschließliche Geltung beanspruchten, ohne diesen Anspruch gewaltsam durch überlegene Machtmittel durchsetzen zu können. Der Westfälische Friede versuchte machtpolitisch ein Gleichgewicht der europäischen Mächte herzustellen und sicherte ein solches in der Verhinderung einer zentralen überragenden Machtkonzentration. Er legte den auf konfessionellen Gegensätzen beruhenden Konflikt der Ordnungssysteme durch einige Grundsätze so allgemeinen und doch speziellen Charakters bei, daß sie über den historischen Anlaß hinaus eine bleibende Bedeutung haben, wie der Satz des Art V/1 des Friedens von Osnabrück „ — — quod uni parti justum est, alteri quoque sit justum ..." „was für eine Partei gerecht ist, sei auch für die andere gerecht". Er überließ die Befolgung dieses Prinzips jedoch nicht dem „guten Willen" der Vertragschließenden, sondern traf machtpolitische Regelungen auf Grund dieser Prinzipien, die auf solche Weise nicht neben der Machtpolitik her- oder den einzelstaatlichen Interessen zuwiderliefen, sondern mit ihnen identisch wurden. Nicht die inhaltlichen Regelungen der Friedensschlüsse von Münster und Osnabrück interessieren heute den Politiker, wohl aber die Art der V e r k n ü p f u n g von Rechtsideen mit machtpolitischen Regelungen. Denn der entscheidende Fehler der Vorfriedensregelungen der Siegermächte während des zweiten Weltkrieges, aus dem der gegenwärtige Kalte Krieg entstanden ist, liegt in der Beziehungslosigkeit der Gesellschaft der Nationen, mit ihren Rechtsprinzipien und allgemeinen Ideen und Normen, zu den machtpolitischen Abreden der drei Großmächte, die auf eine Aufteilung der Welt in Macht-, Interessen- und Sicherungszonen, in „Orbits" der drei Siegermächte hinausliefen. Die Wurzeln des Kalten Krieges liegen in der Diskrepanz machtpolitischer und ideologischer Regelungen, die zu einer Kongruenz gebracht zu haben dem Geschick und der Einsicht der „peacemakers" von 1648 so gelungen war, daß mit diesem Friedensschluß die Aera der Religionskriege zu einem Ende kam.

Nun sind historische Parallelen immer mißlich. Kein Friedensschluß der Vergangenheit kann das Muster eines solchen für unsere Zeit sein. Dennoch können wir dem westfälischen Frieden zweierlei für eine künftige Friedensformel entnehmen. Wir befinden uns in einem Zustand, der hinsichtlich sozialer und politischer Ordnungsideen dem Konflikt der Konfessionen während des 30jährigen Krieges entspricht und den machtpolitischen Konflikt der damaligen Mächte verschärfte und verwirrte. Angesichts der erwähn-

ten Formel der Gleichberechtigung des Westfälischen Friedens (Art. V/1) kann sich der Zeitgenosse nicht des Eindrucks erwehren, daß die Bereitwilligkeit zu einer ähnlichen Schlichtungsformel für den gegenwärtigen ideologischen Gegensatz noch keineswegs vorhanden ist, und daß der Anspruch der ausschließlichen Geltung der eigenen regulativen Ideen und Gesellschaftsnormen noch unbeirrt verfochten wird. Eine Entspannung ist daher nur in dem Maße möglich, als die Parteien sich mit der Tatsache abfinden, daß keines der zur ausschließlichen Geltung strebenden Ordnungssysteme sein Ziel durch gewaltsame Mittel erreichen könne, und als sie daher das praktische, wenn auch nicht theoretische Zugeständnis der Gleichberechtigung zu machen bereit sind. Dieses Zugeständnis hat jedoch nur dann einen politischen Wert, wenn es sich in den Regelungen eines machtpolitischen Gleichgewichtes vertraglich sichern läßt. Damit aber kommen wir zu dem eigentlichen entscheidenden Punkt.

Ein tiefgegliedertes Gleichgewicht ist ein System von verschiedenartigen Funktionen. Es gibt nicht bloß Glieder verschiedener Macht; es gibt auch solche, deren Funktion darin bestehen könnte, daß sie, selbst ohne Macht, Zonen der Abgrenzung von Machtfaktoren werden: Elemente der Pufferung, der Vermittlung, des Ausgleiches. Es kann in einem solchen Gleichgewicht notwendig werden, gewisse Glieder sogar von der Ausbildung zu eigenständigen Machtfaktoren, um der Sicherheit des Ganzen willen, abzuhalten und dies vertraglich festzulegen. Im Westfälischen Frieden wurde die konfessionelle Bestimmungsfreiheit der Fürsten durch ein Machtgleichgewicht gesichert, in dem durch die Deklaration der „deutschen Libertät", der Souveränität der deutschen Territorialfürstentümer, die Entstehung einer zentralen Macht verhindert wurde. Der Deutsche, gewohnt dies als eine schwere Benachteiligung seiner nationalen Entwicklung aufzufassen, sollte jedoch diese Regelung hier von dem Gesichtspunkt eines auf andere Weise nicht möglichen Friedens betrachten.

3.

Vor einer ähnlichen, wenn auch ungleich schwierigeren Entscheidung zwischen Wünschenswertem und Möglichem stehen heute alle Nationen angesichts der Frage eines Friedensschlusses. So schwierig und mühsam die Beendigung des 30jährigen Krieges in Europa war, so geringfügig erscheinen die Schwierigkeiten im Vergleich zu der Fülle der Probleme eines künftigen Friedens, der die große Krise im Übergang der abendländischen Kultur in eine Universalkultur beenden könnte. Es ist zweifelhaft geworden, ob nicht, unter dem Druck der Atomwaffe, ein Machtgleichgewicht im Sinne des 19. Jahrhunderts eine überholte Regelung sei, und ob nicht statt dessen ein einziges, absolutes Machtzentrum in der Welt allein noch so etwas wie einen Friedenszustand verwirklichen

---

Selbstbesinnung - so oder so

Es gibt Dinge, die zwar nicht bedeutend sind, aber deutend. Sehr deutend. Sie deuten auf etwas hin. Sie deuten auf ein Symptom. Und was im folgenden geschildert wird, ist eines.

Da gibt es zum Beispiel im Lande Bayern eine recht brave und biedere Heimatzeitschrift. Sie bringt allerlei Schönes und Wissenswertes aus Geschichte und Kultur, Brauchtum und Kunst. Was sie sagt, sagt sie wohlwollend, bejahend, mit Herz und Gemüt sozusagen. Darf sie und soll sie auch.

Aber warum mußte sie — mußte sie? — kürzlich einen Aufsatz bringen mit dem heiteren Titel „Inwiefern kann das Militär eine Schule fürs Leben sein?" Eingeleitet wurde dieses schöne Aufsatzthema (als Abituraufgabe sehr zu empfehlen!) von der erfreulichen Mitteilung, daß die neuen Gebirgsjäger-Rekruten unter den schmetternden Klängen des bayerischen Defiliermarsches in ihrer Kaserne empfangen wurden. Grund genug zur Besinnung, nicht wahr? Kommt nur darauf an, zu welcher Besinnung! Die Besinnung der Redaktion geschah in der Weise, daß sie die Rückerinnerung eines „hochberühmten leibhaftigen Neuners" — das ist ein Angehöriger des Königl. Bayer. 9. Infanterie-Regiments — wiedergab, die 1930 (!) erschienen war.

Hier einige Sätze aus dieser besinnlichen Rückerinnerung:

„Wenn man es auch während der aktiven Dienstzeit nicht einsah, die Dienstzeit im Rock des Königs war doch eine Schule für das Leben. Das pünktliche Aufstehen beim Tagrevell . . . das pünktliche Antreten, blank geputzt vom Stiefel bis zur Helmspitze . . . das Mundhalten und nicht mit

könne. Wie nahe der Gedanke liegt, daß nur ein maximales Machtübergewicht, nicht ein Gleichgewicht den Frieden sichern könne, das hatte bereits vor Ende des Krieges der erste amerikanische Verteidigungsminister der Vereinigten Streitkräfte Forrestal bekundet. In seinem Arbeitszimmer hing eingerahmt das Zitat eines Ausspruches: „Wir werden niemals allgemeinen Frieden haben, bis nicht die stärkste Armee und die stärkste Flotte in den Händen der friedlichsten Nation sind." Aber welches ist die friedlichste Nation, und wie lange wird sie es sein? „Angreifernation" ist, wie sich erst jüngst erwies, unter Umständen jede Nation, auch die sich selbst für die friedlichste und rechtlichste haltende. Der Friede ist vielmehr nur durch die freiwillige eigene Machtbegrenzung der Macht- und Interessenzonen aller Mächte zu ermöglichen.

Ein solcher Vorschlag erscheint dem gegenwärtigen Geschlecht von Politikern als utopisch. Aber er ist genau das, was in früheren Jahrhunderten bei großen Friedensschlüssen, wie es der Westfälische Friede war, die verhandelnden Politiker schließlich zuwege brachten. Die Selbstbegrenzung der eigenen Macht- und Kontrollgebiete und der Rückzug aus vorgeschobenen Positionen in einen sicheren und verläßlich kontrollierbaren Machtbereich wird vor allem dadurch notwendig, daß infolge einer besonderen nationalen und sozialen Dynamik die Außenbastionen, die Schutzgürtel, Einflußzonen und Interessengebiete der Großmächte zu den eigentlichen Krisenherden geworden sind, in denen weder durch Aufbauprogramme, wirtschaftliche Hilfeleistung und Rüstungsbeihilfen noch durch eine rigorose Disziplin und Kontrolle Entwicklungen verhindert werden können, die die Großmächte in einen Krieg miteinander treiben müssen. Es ist daher notwendig, eine machtpolitische Lage herbeizuführen, in der nicht an sich geringfügige Machtverschiebungen das ganze System der Beziehungen der Mächte zueinander in Mitleidenschaft ziehen müssen, sondern wo Konflikte isoliert werden können und Machtverschiebungen oder innere Ordnungsänderungen sich nur in einer begrenzten Zone auswirken werden.

Ein zeitgemäßes Machtgleichgewicht und eine dauerhafte Entspannung der Weltlage muß mit der Ausgliederung von Z w i s c h e n z o n e n zwischen den Großmächten beginnen; Zonen, die nicht selbst als rivalisierende Aspiranten einer Großmachtstellung auftreten, sondern als Druckentlastungskammern zu bezeichnen wären. Als solche Zonen wären Z w i s c h e n e u r o p a zwischen England und Rußland, und Kleinasien (Mittlerer Osten) zu bezeichnen, um zwei der gefährlichsten Konfliktherde zwischen Westen und Osten zu erwähnen. Aber bei der Erwähnung dieser Zonen stellt sich sofort ein Mißverständnis ein, das den ganzen Sinn einer solchen Maßnahme verkennt. Die Ausgliederung der Zone geschieht nicht, um hier eine Macht aufzubauen, die sich im Potential der Großmächte entwickeln soll. Der Zweck ist vielmehr, eine Zone des inneren Ausgleichs der Spannungen und Konflikte dieses Gebietes zu schaffen, ohne daß sich solche als Er-

---

der Wimper zucken, wenn der Herr Feldwebel schlecht gelaunt war . . . die Zähne übereinanderbeißen, wenn die erstarrten Hände das Gewehr kaum noch halten konnten, und das Griffeklopfen gar kein Ende nehmen wollte, das und vieles andere hat denen, die es mit ihrer Dienstzeit ernst nahmen und die Knöpfe am Waffenrock nicht bloß mit Creme, sondern auch mit Lust und Liebe putzten, gar manches für das Leben mitgegeben . . . den Sinn für Autorität, jenen Gemeinschaftssinn, der sich Schulter an Schulter im vaterländischen Geiste mit den Mitbürgern zusammenfindet, den Mannesmut zum religiösen Bekenntnis, der Gott gibt, was Gottes ist, und in der alten Armee durch das Kommando zum Gebet und durch die pflichtmäßige Kirchenparade sich kundgab . . ."

Hier fehlt wahrhaftig nichts. Die kontinuierliche Linie vom blitzenden Rockknopf über den schlecht gelaunten Herrn Feldwebel als Vertreter der Staatsautorität bis zum lieben Gott ist von bezwingender Logik! Freilich, von der noch bezwingenderen Logik wird dabei nicht gesprochen, die die schmetternden Klänge des Defiliermarsches mit den schmetternden Dissonanzen berstender Bomben ursächlich verbindet.

Und da käme nun nach der Besinnung A sozusagen die Besinnung B. Die sieht etwas anders aus. Die läßt bei der Erinnerung an die „Schule des Lebens" an Stumpfsinn und Rohheit, Scheinwert und seelische Vergewaltigung denken; läßt daran denken, daß man in dieser munteren Lebensschule lernt, seine Mitmenschen (sonst „Kinder Gottes", „Brüder in Christo" u. ä. genannt) einzeln und in Massen zu töten und zu verstümmeln, Häuser und Städte zu zerstören, Kulturwerte zu vernichten und damit Not, Elend und unheilbares Leid

schütterung des Gleichgewichtes der Großmächte fortsetzt. Dazu ist zweierlei erforderlich: die Großmächte geben ihren Anspruch auf Sonderrechte und Geltendmachung von Sonderinteressen wirtschaftlicher, strategischer oder politischer Art in diesem Gebiet oder an Teilen desselben auf, erklären ihr gleiches Interesse hinsichtlich der territorialen Integrität des Gesamtgebietes, sichern sich die Gleichberechtigung in ihm zu und lassen sie sich vertraglich von den Staaten des Gebietes zusichern. Die Nationen und Staaten der Zone schließen sich zu einer Subföderation zusammen, deren Hauptaufgabe die Schlichtung und der Ausgleich von Konflikten untereinander ist.

An diesem Punkt ist es notwendig, in der Formulierung der Aufgaben so vorsichtig als möglich zu bleiben. Zu weit gesteckte Ziele haben zum Beispiel von vornherein die Bestrebungen für eine europäische Union belastet. Der Zusammenschluß europäischer Staaten wird nicht glücken, solange in Vordergrund militärische Interessen stehen, statt der Ausgleich nationaler, sozialer und wirtschaftlicher Spannungen. Es kann bei den Großmächten kein Interesse daran bestehen, aus europäischen Nationalstaaten mittlerer Größe durch Zusammenschluß eine Weltgroßmacht entstehen zu lassen, die unter Umständen den bisherigen Machtgruppen durch Parteinahme nach der einen oder anderen Seite hin gefährlich werden könnte. Der „Europagedanke" krankte bisher, in welcher Form auch konzipiert, an der Illusion, daß eine selbständige Großmacht „Europa" den Intentionen des Westens oder Ostens entspräche. Woran die Mächte ein Interesse haben könnten, ist eine ständige Klärungsstelle der innereuropäischen Konflikte und die Umwandlung des Krisenherdes in eine lose Interessengemeinschaft, die in sich selbst ein Ausgleichsgebiet ist und nicht mit den eigenen Spannungen das globale Gleichgewicht in jedem Augenblick und mit jeder Bagatellentwicklung affiziert. Die Größe der in Europa stattgehabten politischen Umgestaltungen und ihre Folgen, die vielerlei Härten und Erschütterungen des Rechtsbewußtseins, lassen es als nahezu unmöglich und kaum erreichbar erscheinen, daß die europäischen Probleme in einem einzigen Friedensschluß gelöst werden könnten. Es wird vielmehr einer langen Periode des Ringens um Lösungen bedürfen, ehe aus den zerstörenden Gegensätzen fruchtbare Spannungen der Völker im Austausch ihrer Ideen, Kräfte und Erzeugnisse werden. Für diese Ausgleichs- und Entspannungsperiode gilt es zunächst den außenpolitischen Rahmen zu stecken. Welche Form dafür gefunden wird, ob durch eine Art Neutralitätsstatut oder ein anderartiges Vertragssystem, tatsächlich handelt es sich um eine Art Neutralisierung der Konfliktstoffe Europas.

Zieht man aus solchen Überlegungen die Schlußfolgerung, so ergibt sich, daß die Politik mit der Idee einer E u r o p ä i s c h e n U n i o n vorsichtig umgehen sollte; jedenfalls sollte im Mittelpunkt einer solchen nicht eine Verteidigungsgemeinschaft und militärische

---

auszulösen. Diese Besinnung B beschwört herauf, wie verbrannte Leichen vor einem mit Flammenwerfern ausgeräucherten Bunker riechen, wie sich nachts die Schreie der Sterbenden vor den Drahtverhauen anhören, wie Menschen zumute ist, die in einem verschütteten Luftschutzkeller ersticken, wie das Gesicht einer Frau oder Mutter aussieht, die den Brief bekommt „Wir haben die traurige Pflicht, Ihnen mitzuteilen . . ."

Ist es da nicht, schlicht gesagt, eine ungeheure Verantwortungslosigkeit, erneute Anläufe zu dem allen in der Welt — wie immer politisch begründet — zu bagatellisieren und mit einem romantischen Nimbus zu umgeben? Immer hat die Katastrophe mit klingendem Spiel und ewig-gestrigen Phrasen begonnen, immer noch sind alle Bedenken hinwegmusiziert worden! Wenn aber dann der Lauf der Geschichte Millionen von Toten, Krüppeln, Kranken, zerstörten Familien und vernichteten Existenzen an den Wegrand wirft, dann will natürlich niemand schuld gewesen sein. „Ich bitte Sie, wir haben doch alle nur unsere Pflicht erfüllt! . . ." Wie oft muß eigentlich die tödliche Mischung aus nationaler Sentimentalität und brutaler Kasernenhofphilosophie noch unseren Volkscharakter verderben und uns ins Unglück stürzen, bis wir von diesen Scheinwerten abrücken und einsehen, daß wir neue Wege finden müssen?

Ja, das wären also diese beiden Besinnungen. Doch weg damit! Man muß jetzt für alte Herren und junge Guckindiewelte etwas haben: so etwas Schulterklopfend-Gemütliches, so eine forsche Herzlichkeit, so einen Helm-ab-zum-Gebet-Ernst . . . Und dann gehen wir zum lustigen Teil über!

Aber halt, noch nicht den Dingsbums-

Überlegung, sondern die Idee der Versöhnung und Verbindung, des Ausgleichs und der wechselseitigen Hilfe stehen. Die Gedanken sollten nach innen, nicht nach außen gerichtet sein. Vor allem aber sollten diejenigen, die sich als Europafreunde bezeichnen, in ihren Zielen und Erwartungen weniger hochgespannt sein und nicht die Absicht haben, eine neue Großmacht „Europa" im neuen Weltmaßstab schaffen zu wollen, sondern sich mit einer bescheidenen Interessengemeinschaft zur Begründung und Aufrechterhaltung des inneren europäischen Friedens, zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zum Ausgleich nationaler und sozialer Spannungen begnügen. Das wird nur gelingen, wenn in dieser europäischen Zwischenzone ebenfalls das Prinzip eines tief gegliederten Systems von Gleichgewichten und Kontrollfaktoren zur Anwendung kommt, so daß ein in sich ausgeglichenes europäisches Gleichgewicht ein integrierender Bestandteil eines globalen Gleichgewichtes werden kann. Das Ziel eines europäischen Zusammenschlusses kann, entgegengesetzt dem häufig zu lauten Lippenbekenntnis für eine starke Europäische Union, — für absehbare Zeit jedenfalls — nichts anderes sein als eine Entsprechung zu der sogenannten „Deutschen Libertät": eine Art Europäische Libertät wäre zunächst die Formel, die einen europäischen Frieden ermöglichen könnte und es den Großmächten erlauben würde, ohne Gefahr für ihre Sicherheit oder eine Verschlechterung ihrer machtpolitischen Position sich aus ihren vorgeschobenen Stellungen in den europäischen Staaten zurückzuziehen: Ein lose geknüpfter Bund der europäischen Staaten etwa zwischen England und Rußland, die miteinander unter der Garantie ihrer Integrität durch die Atomgroßmächte ein gemeinsames Sicherheits- und Friedenssystem bilden, andererseits aber ihre volle Souveränität als Nationalstaaten behaupten.

Eine solche Formel, die sich auch unter entsprechender Anpassung für ein so delikates Gebiet wie Kleinasien (Mittlerer Osten) empfiehlt, wo im Vordergrund nicht die Bildung eines Großarabischen Staates, sondern einer Interessengemeinschaft aller Völker und Gemeinwesen dieses Gebietes zum Zweck ihrer wirtschaftlichen Erschließung und nationalen Selbstverwirklichung steht, wird nicht nach dem Geschmack aller derjenigen sein, die den europäischen Gedanken zum Vorwand für andere Absichten oder als Mittel zur Wiedererlangung des europäischen Einflusses in der Welt nehmen. Zumal in Deutschland gibt es eine fatale Sucht für große Projekte. Eine sich derartig unscheinbar gebende Lösung der europäischen Probleme wird nicht befriedigen. Aber allein in der Befolgung einer solchen, in gewisser Weise resignierenden, in ihren Zielen begrenzten Politik bestehen noch echte Möglichkeiten einer Wiedervereinigung der deutschen Teilgebiete zu einem gemeinsamen Staatswesen.

Marsch, einen Augenblick noch! Da wäre noch eine Anmerkung — bloß zur Orientierung. Ein paar Zahlen. Die Dienstzeit unseres gemütlichen Rückerinnerers wurde im Jahr 1888 abgeleistet. Das waren noch Zeiten — sie waren so schön, daß er 1930 seine Rückerinnerung niederschreiben mußte, obwohl in der Zwischenzeit jener erste Weltkrieg durchexerziert worden war, in dem die Zahl von elf Millionen Toten und einundzwanzig Millionen Verwundeten entstand (sie waren alle durch die „Schule des Lebens" gegangen). Ja, diese Zeiten waren so schön, daß eine brave Zeitschrift diese Rückerinnerung 1957 nochmals einem Publikum vorsetzt, das wissen soll: sie kommt ja wieder, die schöne Zeit! 1957, bitte, nachdem ein zweiter Weltkrieg zelebriert worden war, der 55 Millionen Menschen auslöschte — ach Gott, man schämt sich, so etwas einfach auszusprechen, als sei es eine Zahl wie jede andere! Schreien müßte man sie, hinausschreien, täglich von den Türmen aller Städte, wie die Gebete der Mohammedaner von den Minaretts!

Ja, aber ich habe vergessen, zu erwähnen, wer dieser „hochberühmte leibhaftige Neuner" eigentlich war, der uns „jenes Wort der Besinnung" (Originalzitat) hinterlassen hat, das man 1957 wieder hervorholt: es war der ehemalige Münchner Kardinal Michael Faulhaber.

Welcher gute Christ möchte jetzt noch die Frage, ob das Militär eine Schule fürs Leben sei, mit Nein beantworten? Wer möchte da nicht, um seinem Gotte und Jesus Christus zu dienen, für Aufrüstung und Atombewaffnung stimmen?

„Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!"

Rudolf Pikola

ten Formel der Gleichberechtigung des Westfälischen Friedens (Art. V/1) kann sich der Zeitgenosse nicht des Eindrucks erwehren, daß die Bereitwilligkeit zu einer ähnlichen Schlichtungsformel für den gegenwärtigen ideologischen Gegensatz noch keineswegs vorhanden ist, und daß der Anspruch der ausschließlichen Geltung der eigenen regulativen Ideen und Gesellschaftsnormen noch unbeirrt verfochten wird. Eine Entspannung ist daher nur in dem Maße möglich, als die Parteien sich mit der Tatsache abfinden, daß keines der zur ausschließlichen Geltung strebenden Ordnungssysteme sein Ziel durch gewaltsame Mittel erreichen könne, und als sie daher das praktische, wenn auch nicht theoretische Zugeständnis der Gleichberechtigung zu machen bereit sind. Dieses Zugeständnis hat jedoch nur dann einen politischen Wert, wenn es sich in den Regelungen eines machtpolitischen Gleichgewichtes vertraglich sichern läßt. Damit aber kommen wir zu dem eigentlichen entscheidenden Punkt.

Ein tiefgegliedertes Gleichgewicht ist ein System von verschiedenartigen Funktionen. Es gibt nicht bloß Glieder verschiedener Macht; es gibt auch solche, deren Funktion darin bestehen könnte, daß sie, selbst ohne Macht, Zonen der Abgrenzung von Machtfaktoren werden: Elemente der Pufferung, der Vermittlung, des Ausgleiches. Es kann in einem solchen Gleichgewicht notwendig werden, gewisse Glieder sogar von der Ausbildung zu eigenständigen Machtfaktoren, um der Sicherheit des Ganzen willen, abzuhalten und dies vertraglich festzulegen. Im Westfälischen Frieden wurde die konfessionelle Bestimmungsfreiheit der Fürsten durch ein Machtgleichgewicht gesichert, in dem durch die Deklaration der „deutschen Libertät", der Souveränität der deutschen Territorialfürstentümer, die Entstehung einer zentralen Macht verhindert wurde. Der Deutsche, gewohnt dies als eine schwere Benachteiligung seiner nationalen Entwicklung aufzufassen, sollte jedoch diese Regelung hier von dem Gesichtspunkt eines auf andere Weise nicht möglichen Friedens betrachten.

3.

Vor einer ähnlichen, wenn auch ungleich schwierigeren Entscheidung zwischen Wünschenswertem und Möglichem stehen heute alle Nationen angesichts der Frage eines Friedensschlusses. So schwierig und mühsam die Beendigung des 30jährigen Krieges in Europa war, so geringfügig erscheinen die Schwierigkeiten im Vergleich zu der Fülle der Probleme eines künftigen Friedens, der die große Krise im Übergang der abendländischen Kultur in eine Universalkultur beenden könnte. Es ist zweifelhaft geworden, ob nicht, unter dem Druck der Atomwaffe, ein Machtgleichgewicht im Sinne des 19. Jahrhunderts eine überholte Regelung sei, und ob nicht statt dessen ein einziges, absolutes Machtzentrum in der Welt allein noch so etwas wie einen Friedenszustand verwirklichen

---

Selbstbesinnung - so oder so

Es gibt Dinge, die zwar nicht bedeutend sind, aber deutend. Sehr deutend. Sie deuten auf etwas hin. Sie deuten auf ein Symptom. Und was im folgenden geschildert wird, ist eines.

Da gibt es zum Beispiel im Lande Bayern eine recht brave und biedere Heimatzeitschrift. Sie bringt allerlei Schönes und Wissenswertes aus Geschichte und Kultur, Brauchtum und Kunst. Was sie sagt, sagt sie wohlwollend, bejahend, mit Herz und Gemüt sozusagen. Darf sie und soll sie auch.

Aber warum mußte sie — mußte sie? — kürzlich einen Aufsatz bringen mit dem heiteren Titel „Inwiefern kann das Militär eine Schule fürs Leben sein?" Eingeleitet wurde dieses schöne Aufsatzthema (als Abituraufgabe sehr zu empfehlen!) von der erfreulichen Mitteilung, daß die neuen Gebirgsjäger-Rekruten unter den schmetternden Klängen des bayerischen Defiliermarsches in ihrer Kaserne empfangen wurden. Grund genug zur Besinnung, nicht wahr? Kommt nur darauf an, zu welcher Besinnung! Die Besinnung der Redaktion geschah in der Weise, daß sie die Rückerinnerung eines „hochberühmten leibhaftigen Neuners" — das ist ein Angehöriger des Königl. Bayer. 9. Infanterie-Regiments — wiedergab, die 1930 (!) erschienen war.

Hier einige Sätze aus dieser besinnlichen Rückerinnerung:

„Wenn man es auch während der aktiven Dienstzeit nicht einsah, die Dienstzeit im Rock des Königs war doch eine Schule für das Leben. Das pünktliche Aufstehen beim Tagrevell . . . das pünktliche Antreten, blank geputzt vom Stiefel bis zur Helmspitze . . . das Mundhalten und nicht mit

könne. Wie nahe der Gedanke liegt, daß nur ein maximales Machtübergewicht, nicht ein Gleichgewicht den Frieden sichern könne, das hatte bereits vor Ende des Krieges der erste amerikanische Verteidigungsminister der Vereinigten Streitkräfte Forrestal bekundet. In seinem Arbeitszimmer hing eingerahmt das Zitat eines Ausspruches: „Wir werden niemals allgemeinen Frieden haben, bis nicht die stärkste Armee und die stärkste Flotte in den Händen der friedlichsten Nation sind." Aber welches ist die friedlichste Nation, und wie lange wird sie es sein? „Angreifernation" ist, wie sich erst jüngst erwies, unter Umständen jede Nation, auch die sich selbst für die friedlichste und rechtlichste haltende. Der Friede ist vielmehr nur durch die freiwillige eigene Machtbegrenzung der Macht- und Interessenzonen aller Mächte zu ermöglichen.

Ein solcher Vorschlag erscheint dem gegenwärtigen Geschlecht von Politikern als utopisch. Aber er ist genau das, was in früheren Jahrhunderten bei großen Friedensschlüssen, wie es der Westfälische Friede war, die verhandelnden Politiker schließlich zuwege brachten. Die Selbstbegrenzung der eigenen Macht- und Kontrollgebiete und der Rückzug aus vorgeschobenen Positionen in einen sicheren und verläßlich kontrollierbaren Machtbereich wird vor allem dadurch notwendig, daß infolge einer besonderen nationalen und sozialen Dynamik die Außenbastionen, die Schutzgürtel, Einflußzonen und Interessengebiete der Großmächte zu den eigentlichen Krisenherden geworden sind, in denen weder durch Aufbauprogramme, wirtschaftliche Hilfeleistung und Rüstungsbeihilfen noch durch eine rigorose Disziplin und Kontrolle Entwicklungen verhindert werden können, die die Großmächte in einen Krieg miteinander treiben müssen. Es ist daher notwendig, eine machtpolitische Lage herbeizuführen, in der nicht an sich geringfügige Machtverschiebungen das ganze System der Beziehungen der Mächte zueinander in Mitleidenschaft ziehen müssen, sondern wo Konflikte isoliert werden können und Machtverschiebungen oder innere Ordnungsänderungen sich nur in einer begrenzten Zone auswirken werden.

Ein zeitgemäßes Machtgleichgewicht und eine dauerhafte Entspannung der Weltlage muß mit der Ausgliederung von Z w i s c h e n z o n e n zwischen den Großmächten beginnen; Zonen, die nicht selbst als rivalisierende Aspiranten einer Großmachtstellung auftreten, sondern als Druckentlastungskammern zu bezeichnen wären. Als solche Zonen wären Z w i s c h e n e u r o p a zwischen England und Rußland, und Kleinasien (Mittlerer Osten) zu bezeichnen, um zwei der gefährlichsten Konfliktherde zwischen Westen und Osten zu erwähnen. Aber bei der Erwähnung dieser Zonen stellt sich sofort ein Mißverständnis ein, das den ganzen Sinn einer solchen Maßnahme verkennt. Die Ausgliederung der Zone geschieht nicht, um hier eine Macht aufzubauen, die sich im Potential der Großmächte entwickeln soll. Der Zweck ist vielmehr, eine Zone des inneren Ausgleichs der Spannungen und Konflikte dieses Gebietes zu schaffen, ohne daß sich solche als Er-

---

der Wimper zucken, wenn der Herr Feldwebel schlecht gelaunt war . . . die Zähne übereinanderbeißen, wenn die erstarrten Hände das Gewehr kaum noch halten konnten, und das Griffeklopfen gar kein Ende nehmen wollte, das und vieles andere hat denen, die es mit ihrer Dienstzeit ernst nahmen und die Knöpfe am Waffenrock nicht bloß mit Creme, sondern auch mit Lust und Liebe putzten, gar manches für das Leben mitgegeben . . . den Sinn für Autorität, jenen Gemeinschaftssinn, der sich Schulter an Schulter im vaterländischen Geiste mit den Mitbürgern zusammenfindet, den Mannesmut zum religiösen Bekenntnis, der Gott gibt, was Gottes ist, und in der alten Armee durch das Kommando zum Gebet und durch die pflichtmäßige Kirchenparade sich kundgab . . ."

Hier fehlt wahrhaftig nichts. Die kontinuierliche Linie vom blitzenden Rockknopf über den schlecht gelaunten Herrn Feldwebel als Vertreter der Staatsautorität bis zum lieben Gott ist von bezwingender Logik! Freilich, von der noch bezwingenderen Logik wird dabei nicht gesprochen, die die schmetternden Klänge des Defiliermarsches mit den schmetternden Dissonanzen berstender Bomben ursächlich verbindet.

Und da käme nun nach der Besinnung A sozusagen die Besinnung B. Die sieht etwas anders aus. Die läßt bei der Erinnerung an die „Schule des Lebens" an Stumpfsinn und Rohheit, Scheinwert und seelische Vergewaltigung denken; läßt daran denken, daß man in dieser munteren Lebensschule lernt, seine Mitmenschen (sonst „Kinder Gottes", „Brüder in Christo" u. ä. genannt) einzeln und in Massen zu töten und zu verstümmeln, Häuser und Städte zu zerstören, Kulturwerte zu vernichten und damit Not, Elend und unheilbares Leid

schütterung des Gleichgewichtes der Großmächte fortsetzt. Dazu ist zweierlei erforderlich: die Großmächte geben ihren Anspruch auf Sonderrechte und Geltendmachung von Sonderinteressen wirtschaftlicher, strategischer oder politischer Art in diesem Gebiet oder an Teilen desselben auf, erklären ihr gleiches Interesse hinsichtlich der territorialen Integrität des Gesamtgebietes, sichern sich die Gleichberechtigung in ihm zu und lassen sie sich vertraglich von den Staaten des Gebietes zusichern. Die Nationen und Staaten der Zone schließen sich zu einer Subföderation zusammen, deren Hauptaufgabe die Schlichtung und der Ausgleich von Konflikten untereinander ist.

An diesem Punkt ist es notwendig, in der Formulierung der Aufgaben so vorsichtig als möglich zu bleiben. Zu weit gesteckte Ziele haben zum Beispiel von vornherein die Bestrebungen für eine europäische Union belastet. Der Zusammenschluß europäischer Staaten wird nicht glücken, solange in Vordergrund militärische Interessen stehen, statt der Ausgleich nationaler, sozialer und wirtschaftlicher Spannungen. Es kann bei den Großmächten kein Interesse daran bestehen, aus europäischen Nationalstaaten mittlerer Größe durch Zusammenschluß eine Weltgroßmacht entstehen zu lassen, die unter Umständen den bisherigen Machtgruppen durch Parteinahme nach der einen oder anderen Seite hin gefährlich werden könnte. Der „Europagedanke" krankte bisher, in welcher Form auch konzipiert, an der Illusion, daß eine selbständige Großmacht „Europa" den Intentionen des Westens oder Ostens entspräche. Woran die Mächte ein Interesse haben könnten, ist eine ständige Klärungsstelle der innereuropäischen Konflikte und die Umwandlung des Krisenherdes in eine lose Interessengemeinschaft, die in sich selbst ein Ausgleichsgebiet ist und nicht mit den eigenen Spannungen das globale Gleichgewicht in jedem Augenblick und mit jeder Bagatellentwicklung affiziert. Die Größe der in Europa stattgehabten politischen Umgestaltungen und ihre Folgen, die vielerlei Härten und Erschütterungen des Rechtsbewußtseins, lassen es als nahezu unmöglich und kaum erreichbar erscheinen, daß die europäischen Probleme in einem einzigen Friedensschluß gelöst werden könnten. Es wird vielmehr einer langen Periode des Ringens um Lösungen bedürfen, ehe aus den zerstörenden Gegensätzen fruchtbare Spannungen der Völker im Austausch ihrer Ideen, Kräfte und Erzeugnisse werden. Für diese Ausgleichs- und Entspannungsperiode gilt es zunächst den außenpolitischen Rahmen zu stecken. Welche Form dafür gefunden wird, ob durch eine Art Neutralitätsstatut oder ein anderartiges Vertragssystem, tatsächlich handelt es sich um eine Art Neutralisierung der Konfliktstoffe Europas.

Zieht man aus solchen Überlegungen die Schlußfolgerung, so ergibt sich, daß die Politik mit der Idee einer E u r o p ä i s c h e n U n i o n vorsichtig umgehen sollte; jedenfalls sollte im Mittelpunkt einer solchen nicht eine Verteidigungsgemeinschaft und militärische

---

auszulösen. Diese Besinnung B beschwört herauf, wie verbrannte Leichen vor einem mit Flammenwerfern ausgeräucherten Bunker riechen, wie sich nachts die Schreie der Sterbenden vor den Drahtverhauen anhören, wie Menschen zumute ist, die in einem verschütteten Luftschutzkeller ersticken, wie das Gesicht einer Frau oder Mutter aussieht, die den Brief bekommt „Wir haben die traurige Pflicht, Ihnen mitzuteilen . . ."

Ist es da nicht, schlicht gesagt, eine ungeheure Verantwortungslosigkeit, erneute Anläufe zu dem allen in der Welt — wie immer politisch begründet — zu bagatellisieren und mit einem romantischen Nimbus zu umgeben? Immer hat die Katastrophe mit klingendem Spiel und ewig-gestrigen Phrasen begonnen, immer noch sind alle Bedenken hinwegmusiziert worden! Wenn aber dann der Lauf der Geschichte Millionen von Toten, Krüppeln, Kranken, zerstörten Familien und vernichteten Existenzen an den Wegrand wirft, dann will natürlich niemand schuld gewesen sein. „Ich bitte Sie, wir haben doch alle nur unsere Pflicht erfüllt! . . ." Wie oft muß eigentlich die tödliche Mischung aus nationaler Sentimentalität und brutaler Kasernenhofphilosophie noch unseren Volkscharakter verderben und uns ins Unglück stürzen, bis wir von diesen Scheinwerten abrücken und einsehen, daß wir neue Wege finden müssen?

Ja, das wären also diese beiden Besinnungen. Doch weg damit! Man muß jetzt für alte Herren und junge Guckindiewelte etwas haben: so etwas Schulterklopfend-Gemütliches, so eine forsche Herzlichkeit, so einen Helm-ab-zum-Gebet-Ernst . . . Und dann gehen wir zum lustigen Teil über!

Aber halt, noch nicht den Dingsbums-

Überlegung, sondern die Idee der Versöhnung und Verbindung, des Ausgleichs und der wechselseitigen Hilfe stehen. Die Gedanken sollten nach innen, nicht nach außen gerichtet sein. Vor allem aber sollten diejenigen, die sich als Europafreunde bezeichnen, in ihren Zielen und Erwartungen weniger hochgespannt sein und nicht die Absicht haben, eine neue Großmacht „Europa" im neuen Weltmaßstab schaffen zu wollen, sondern sich mit einer bescheidenen Interessengemeinschaft zur Begründung und Aufrechterhaltung des inneren europäischen Friedens, zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zum Ausgleich nationaler und sozialer Spannungen begnügen. Das wird nur gelingen, wenn in dieser europäischen Zwischenzone ebenfalls das Prinzip eines tief gegliederten Systems von Gleichgewichten und Kontrollfaktoren zur Anwendung kommt, so daß ein in sich ausgeglichenes europäisches Gleichgewicht ein integrierender Bestandteil eines globalen Gleichgewichtes werden kann. Das Ziel eines europäischen Zusammenschlusses kann, entgegengesetzt dem häufig zu lauten Lippenbekenntnis für eine starke Europäische Union, — für absehbare Zeit jedenfalls — nichts anderes sein als eine Entsprechung zu der sogenannten „Deutschen Libertät": eine Art Europäische Libertät wäre zunächst die Formel, die einen europäischen Frieden ermöglichen könnte und es den Großmächten erlauben würde, ohne Gefahr für ihre Sicherheit oder eine Verschlechterung ihrer machtpolitischen Position sich aus ihren vorgeschobenen Stellungen in den europäischen Staaten zurückzuziehen: Ein lose geknüpfter Bund der europäischen Staaten etwa zwischen England und Rußland, die miteinander unter der Garantie ihrer Integrität durch die Atomgroßmächte ein gemeinsames Sicherheits- und Friedenssystem bilden, andererseits aber ihre volle Souveränität als Nationalstaaten behaupten.

Eine solche Formel, die sich auch unter entsprechender Anpassung für ein so delikates Gebiet wie Kleinasien (Mittlerer Osten) empfiehlt, wo im Vordergrund nicht die Bildung eines Großarabischen Staates, sondern einer Interessengemeinschaft aller Völker und Gemeinwesen dieses Gebietes zum Zweck ihrer wirtschaftlichen Erschließung und nationalen Selbstverwirklichung steht, wird nicht nach dem Geschmack aller derjenigen sein, die den europäischen Gedanken zum Vorwand für andere Absichten oder als Mittel zur Wiedererlangung des europäischen Einflusses in der Welt nehmen. Zumal in Deutschland gibt es eine fatale Sucht für große Projekte. Eine sich derartig unscheinbar gebende Lösung der europäischen Probleme wird nicht befriedigen. Aber allein in der Befolgung einer solchen, in gewisser Weise resignierenden, in ihren Zielen begrenzten Politik bestehen noch echte Möglichkeiten einer Wiedervereinigung der deutschen Teilgebiete zu einem gemeinsamen Staatswesen.

Marsch, einen Augenblick noch! Da wäre noch eine Anmerkung — bloß zur Orientierung. Ein paar Zahlen. Die Dienstzeit unseres gemütlichen Rückerinnerers wurde im Jahr 1888 abgeleistet. Das waren noch Zeiten — sie waren so schön, daß er 1930 seine Rückerinnerung niederschreiben mußte, obwohl in der Zwischenzeit jener erste Weltkrieg durchexerziert worden war, in dem die Zahl von elf Millionen Toten und einundzwanzig Millionen Verwundeten entstand (sie waren alle durch die „Schule des Lebens" gegangen). Ja, diese Zeiten waren so schön, daß eine brave Zeitschrift diese Rückerinnerung 1957 nochmals einem Publikum vorsetzt, das wissen soll: sie kommt ja wieder, die schöne Zeit! 1957, bitte, nachdem ein zweiter Weltkrieg zelebriert worden war, der 55 Millionen Menschen auslöschte — ach Gott, man schämt sich, so etwas einfach auszusprechen, als sei es eine Zahl wie jede andere! Schreien müßte man sie, hinausschreien, täglich von den Türmen aller Städte, wie die Gebete der Mohammedaner von den Minaretts!

Ja, aber ich habe vergessen, zu erwähnen, wer dieser „hochberühmte leibhaftige Neuner" eigentlich war, der uns „jenes Wort der Besinnung" (Originalzitat) hinterlassen hat, das man 1957 wieder hervorholt: es war der ehemalige Münchner Kardinal Michael Faulhaber.

Welcher gute Christ möchte jetzt noch die Frage, ob das Militär eine Schule fürs Leben sei, mit Nein beantworten? Wer möchte da nicht, um seinem Gotte und Jesus Christus zu dienen, für Aufrüstung und Atombewaffnung stimmen?

„Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!"

Rudolf Pikola

Bernard Lavergne, Professor an der Fakultät der Rechte, Sorbonne, Paris

Frankreich und Deutschland

Für Ausländer ist es schwierig, die wirklichen Gefühle der französischen Bevölkerung zu verstehen. Der Hauptirrtum, den die Ausländer begehen, ist es, zu glauben, daß unser Parlament und unsere Regierung die Meinung der Nation korrekt repräsentieren. Die Wahlen in Frankreich gehen stets in einiger Verwirrung vor sich, die Kandidaten versprechen den Wählern den Mond vom Himmel, aber sie machen es in so ungewissen Formulierungen, daß ihre Versprechungen zu nichts verpflichten. Und nach den Wahlen wissen sich die Abgeordneten fünf Jahre lang als Herren aller Entscheidungen. So ist es selbst vorgekommen, daß gewisse Parteien, wie etwa die Sozialistische Partei, einmal zur Macht gekommen, kühn eine Politik durchführen, die im völligen Gegensatz zu allen Versprechungen steht.

Unsere Abgeordneten erkennen an, daß die Verträge über die „Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft" — die „EVG" — angenommen worden wären, wenn sie schon 1952 oder 1953 dem Parlament vorgelegen hätten. Da unsere Intellektuellen und die vaterländischen Franzosen mehr als zwei Jahre Zeit hatten, um durch Artikel und Meetings dem Land den wirklichen Inhalt dieses Vertrages darzulegen, wurde ein derart starker Strom der öffentlichen Meinung erzeugt, daß das Parlament gezwungen war, die Verträge zurückzuweisen. Sechs Monate freier Diskussionen im ganzen Land hätten gleichfalls genügt, um durch die Nation und durch das Parlament die beiden Verträge über das „Euratom" und den „Gemeinsamen Markt" verurteilen zu lassen. Man darf deshalb die französische Meinung nicht nach dem Verhalten unserer Abgeordneten oder unserer Minister beurteilen.

Zu dem deutschen Problem ist die französische Haltung sehr geteilt. Die Franzosen, die den Rechtsparteien angehören, billigen im allgemeinen noch die Politik der französischen Regierung, die darauf gerichtet ist, Frankreich und Deutschland eng zu verbünden oder, genauer gesagt, sich mit der wenig demokratischen und fortschrittsfeindlichen Bonner Regierung zu liieren. Die Franzosen jedoch, die wachsame Patrioten geblieben sind, oder die sich zur Linken bekennen, verurteilen diese Politik aufs tiefste.

Die Mitglieder der Rechtsparteien haben vor allem eine fast krankhafte Angst vor der UdSSR. Moskau weiß, daß jeder Krieg in Europa sogleich ein Weltkrieg würde. Aus diesem und manch anderem Grunde hat Moskau nicht die Absicht gehabt — und hat sie heute auch nicht — Westeuropa mit Waffengewalt anzugreifen. Nichtsdestoweniger leben viele kirchlich gesinnte Franzosen oder solche, die den Großbesitzerkreisen angehören, in solch irriger Vorstellung. Wie mir ein sehr bekannter französischer General sagte, hat diese „proeuropäische" Haltung des französischen Bürgertums nur eine Erklärung: die Angst. Obwohl keines der sechs Länder Kleineuropas nukleare Waffen besitzt und vorderhand auch keine eigenen Atomwaffen haben wird, sieht ein Teil des französischen Bürgertums in der Vereinigung von sechs militärischen Schwächlingen einen Schutz gegen die UdSSR, deren atomare Kraft im Kriegsfalle unwiderstehlich sein würde.

Die gleichen Franzosen, die so schlecht über die Nato nachzudenken wissen, wollen damit gleichzeitig die jetzigen Zustände erhalten. Sie bilden sich ein, im Deutschland des Kanzlers Adenauer einen Schutz gegen jede Veränderung unserer wirtschaftlichen und sozialen Struktur zu haben. Auch hier täuschen sie sich.

Anders die Franzosen, die Linksparteien angehören oder solche, die einen sehr lebendigen nationalen Sinn bewahrt haben. Kein Zweifel übrigens, daß diese Franzosen die zahlenmäßige Mehrheit der Nation bilden. Wenn man ihre einzelnen Kräfte addiert, ergibt sich nämlich daraus die Mehrheit:

1. Sehr zahlreiche sozialistische Wähler (aber viele von ihnen fühlen sich durch den Chef ihrer Partei verraten, der die 100 sozialistischen Abgeordneten genötigt hat, entsprechend seinen eigenen Entscheidungen abzustimmen, indem er über den Partei-Apparat verfügt. Jedoch haben kürzlich 26 sozialistische Abgeordnete sich gegen die Methoden des Herrn Guy Mollet gewehrt);
2. Alle radikalsozialistischen Wähler, die Schüler der Herren Daladier und Mendès-France;

3. Die Kommunisten, die etwa 25% der Gesamtbevölkerung umfassen, vor allem französische Arbeiter; und schließlich
4. die Wähler der Gaullistischen Partei.

Jedoch macht die Presse unter starkem Einfluß durch amerikanisches Geld und den ständigen Druck der französischen Regierung, und viel zu empfindlich gegenüber amerikanischen und deutschen Wünschen, eine intensive Propaganda zugunsten der „europäischen" Ideen. Aber es hat nicht nur „Le Monde", sondern vor kurzem auch die „Depêche de Toulouse" (obwohl Herr Bourgès Maunoury Abgeordneter von Toulouse ist) klar Stellung bezogen gegen die „europäischen Verträge" und die augenblickliche Politik der Regierung.

Alle vaterländisch denkenden Franzosen und auch die Linksgerichteten hoffen mit Leidenschaft, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Politik radikal ändert. Das aber liegt vor allem im Interesse der Deutschen selbst. Denn es ist absolut gewiß, daß, so lange Dr. Adenauer als Kanzler seine Politik fortführt, die UdSSR niemals die Wiedervereinigung der westlichen Zone mit der östlichen Zone zulassen wird. Das ist eine Wahrheit, die in die Augen springt; Moskau wartet ohne Hast, bis die CDU ihre Macht verliert.

Alle Erklärungen der Westmächte, daß ihnen die Wiedervereinigung Deutschlands so sehr am Herzen läge, sind Gerede, durch das eigentlich nur Kinder getäuscht werden können. So lange nämlich Deutschland zur NATO gehört und sich wiederbewaffnet, so lange es eine politische Neutralität, zumindest für eine Zeit, verweigert, und so lange es nicht ernsthaft in ein System europäischer Sicherheit und der kontrollierten und allgemeinen Abrüstung einwilligt, wäre es lächerlich, von Fortschritten für die deutsche Einheit zu sprechen. Die Alliierten wünschen diese Wiedervereinigung nicht aufrichtig, denn wenn sie sie wirklich wollten, hätten sie wohl eine Politik der Annäherung an Moskau eingeschlagen, die ja notwendige Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung ist.

Die USA haben glücklicherweise jetzt für sich die Idee jedes Krieges gegen Moskau ausgeschaltet. Unter der klugen Leitung des Präsidenten Eisenhower und unter dem Einfluß von Bigbusiness-Kreisen will Washington jetzt so schnell wie möglich ein Abrüstungsabkommen mit Moskau treffen. Es sind die Regierungen von Bonn, Paris und London, die absurderweise dem großen Fortschritt einer kontrollierten Abrüstung Widerstand leisten. Das Resultat dieser unklugen Opposition wird sein, daß — wahrscheinlich nach den deutschen Wahlen — Washington und Moskau gemeinsam über die Abrüstung allein entscheiden werden, und daß die anderen Länder nur noch „Ja und Amen" zu dem sagen können, was die beiden Sehrgroßen unter sich vereinbart haben.

Die Patrioten oder linksgerichteten Franzosen haben eine große Bewunderung und Sympathie für all die sehr zahlreichen Deutschen, die möchten, daß ihr Staat endlich demokratischer und friedlich wird, und die sich weigern, sich bewaffnen zu lassen, was zu nichts Gutem führen kann, höchstens dazu, die Enttäuschung und Feindschaft der Russen zu provozieren. Wir wünschen aus ganzem Herzen dem deutschen Volke Glück und Wohlstand, unter der Bedingung allerdings, daß es friedlich bleibt. Jedoch wird die Politik der Verbindung Frankreichs mit Deutschland durch die „Europäischen Verträge" vom französischen Volk heftig zurückgewiesen werden. In dem Maße, in dem Deutschland militaristisch ist, wird es gefürchtet und verabscheut durch die französische Nation und andere Völker. Nur weil die deutsche Bewaffnung noch sehr begrenzt ist, kann die französische Regierung im Augenblick ihre unheilvolle Politik fortsetzen. Ein friedliches Deutschland, das feierlich auf den Krieg verzichten würde, hätte die Sympathie der gesamten französischen Nation, denn dann würden die patriotischen Franzosen und die Linksgerichteten mit den rechtsstehenden Franzosen über die Zusammenarbeit mit Deutschland einer Meinung sein können.

Die Parteigänger des Sechser-Europas sind wenig klug gewesen, die Ratifikation des Vertrages über den „Gemeinsamen Markt" zu wünschen. Die deutsche und die italienische Regierung und auch im allgemeinen alle fremden Regierungen müssen über die Situation und die öffentliche Meinung in Frankreich schlecht informiert sein, wenn sie nur einen Augenblick lang glauben, daß der „Gemeinsame Markt" durch uns dem Wortlaut entsprechend angewandt wird. Schon werden die jetzt bestehenden Verträge mehr und mehr verletzt. Der Vertrag über die „Montanunion" hat — zu Recht oder Unrecht — die Hohe Behörde in Luxemburg dazu geführt, die Wiedererrichtung der Kartelle an der Ruhr

Doz. Dr. med. habil. B. Manstein

Frauen und Mütter im Atomzeitalter

Wer sich von der wissenschaftlichen Seite her mit den Grundlagen weiblichen Verhaltens in einer staatlichen Gemeinschaft befaßt, vermag vielleicht noch etwas genauer als es sich aus dem täglichen Geschehen ergibt, zu erkennen, wie sehr sich durch die ganze Menschheitsgeschichte diese unterschiedliche Einstellung gegenüber der männlichen Welt verfolgen läßt. Im allgemeinen ist die Frau dem natürlichen, einfachen Leben enger verbunden, ihre Gedanken umkreisen die ihr nahestehenden Menschen, sie versucht, Geschaffenes zu bewahren und bringt es nicht unnötigerweise in Gefahr.

Dieses Wechselspiel zwischen oft sich überschlagendem männlichen Tatendrang und weiblicher vorsorglicher Bedachtsamkeit ergibt normalerweise eine gesunde und harmonische soziale Spannung. Es gibt ganze Geschichtsperioden, in denen man das Vorherrschen der einen oder anderen Seite beobachten kann, und man hat dementsprechend auch von männlich oder weiblich betonten Zeitaltern gesprochen. Stets war es aber auch so, daß bei einem extremen Ausschlagen des Pendels in eine Richtung sich bald Gegenkräfte rührten und damit die rückläufige Bewegung eingeleitet wurde.

Gerade dieser sich bei allen wachsenden und sich entwickelnden Völkern bemerkbar machende gegenseitige Ausgleich hat dazu geführt, daß überwiegend kriegerische Zeiten mit solchen der Besinnung abwechselten. Nun ist es selten so gewesen, daß sich der Einfluß der Frau glanzvoll und nach außen auffällig bemerkbar machte, sondern er kam meist durch ein stilles Wirken am rechten Platze zustande. Erstaunlich bleibt dabei die offenbar von vielen Frauen ausgehende gemeinsame unbewußte Beeinflussung in bestimmten Krisenzeiten. Vielleicht entspringt sie aber dem Wesenszug der Mütterlichkeit in jeder Frau, der dann die Führung auf seine Weise übernimmt, wenn männliche Maßlosigkeit den Boden unter den Füßen verloren hat.

Man hat oft genug den Fehler gemacht und begeht ihn in der heutigen Zeit beinahe laufend, daß man Einfluß und Leistung der Frau mit männlichen Maßstäben mißt. Weil sie manche Tätigkeiten in einem Staatswesen nicht so ausübt oder gar aus-

---

zu untersagen und die Senkung der deutschen Eisenbahntarife zu verlangen, da sie die Kokslieferungen von der Ruhr nach Frankreich stark belasten. Aber in diesen beiden wichtigen Punkten ist der Montanunion-Pakt toter Buchstabe geblieben, einzig deshalb, weil die Bonner Regierung, die unser Frankreich keineswegs liebt, es so gewünscht hat.

Ähnlich wird auch der Vertrag des „Gemeinsamen Marktes" verletzt werden, aber diesmal zugunsten Frankreichs. Wegen der Löhne und der daraus entspringenden hohen Belastungen, wegen der Steuern, die in Frankreich im Verhältnis zum Nationaleinkommen doppelt so hoch als in Deutschland sind, ist die französische Wirtschaft nicht in der Lage, die deutsche Konkurrenz zu ertragen. Kohlen und Koks sind in Frankreich teurer als auf der anderen Seite des Rheins. Die Arbeitswoche beträgt in Deutschland ca. 45, in Frankreich nur 40 Stunden, deshalb ist die Mehrzahl der Produkte in Deutschland etwa 20 bis 30% billiger als bei uns.

In Wahrheit sind die „Europäer "sehr unvorsichtig gewesen, die Grenzen zwischen den sechs Ländern aufzuheben. Die Abschaffung der Zollrechte würde uns sehr rasch eine intensive Arbeitslosigkeit einbringen und ein Absinken der Löhne und ausnahmslos aller unserer Einkünfte. Nun, sobald die Drohung der Arbeitslosigkeit erscheinen wird, werden unsere Minister, erschreckt durch diese Perspektive, sich weigern, den Vertrag anzuwenden. Wenn sie anders handelten, würde automatisch ein soziale Revolution in Frankreich ausbrechen.

Es kann keinen Staat ohne Grenzen geben. Der „Gemeinsame Markt" zwänge notwendigerweise in sehr kurzer Zeit zur Fusion der sechs Staaten in einen beinahe einheitlichen Staat, in dem Deutschland augenscheinlich wirtschaftlich dominieren würde. Wohl an diese unsinnigen Folgen des Vertragswerkes denkend, erklärte der deutsche Wirtschaftsminister, Herr Erhard, über den „Gemeinsamen Markt", daß er ein „wirtschaftlicher Unsinn" sei.

üben will wie der Mann, hat sich der Gedanke von der sogenannten weiblichen Passivität weit verbreitet. Aber die Aufgabe unseres Lebens, so, wie sie uns von Gott gestellt ist, anders als auf männliche Weise zu lösen, läßt weder auf eine herabgesetzte Aktivität deuten, noch muß damit eine Hinnahme der von Männern geschaffenen Tatsachen verbunden sein. Die Frau muß aus ihrer natürlichen Abweichung gegenüber dem Männlichen andere Sinnerfüllungen des Lebens sehen und wird der harmonischen Entwicklung mehr nützen, wenn sie ihre Wesensart bewahrt, als wenn sie sich allzu sehr männlichen Geisteskonstruktionen unterwirft, die oft genug in der Geschichte ihr Verderben bewiesen haben.

Die Japaner der alten Schule, bei denen die Frau ihr Eigenleben mit der Verheiratung verlor, hatten ein sehr feines Gefühl für die Naturnähe und Undurchdringlichkeit der weiblichen Natur. Dauthendey berichtet darüber in einer Königsgeschichte aus dem alten Japan: Dieser König holte sich Rat bei seinen Weisen: „Wie weit reicht meine Macht?" — „Deine Macht, o Herr, reicht über Himmel, Erde und Wasser." — „Über alles, was darinnen ist?" fragte der König. „Über alles Männliche, was im Himmel, auf der Erde und im Wasser ist", sagten die Weisen, „nur das Weibliche läßt sich nicht regieren!"

Ortega y Gasset, der spanische Philosoph und feinsinnige Menschenbeobachter, meint: „Unglaublicherweise sind manche Leute blind genug, um zu meinen, die Frau könne durch Wahlrecht und Doktorgrad auf die Weltgeschichte ebenso nachhaltig mitwirken, sie sie es vermöge jener magischen Kräfte der Bezauberung bereits tut." Der übermächtige männliche Einfluß mit seiner bis ins Einzelne analysierenden, d. h. auflösenden, forschend zerlegenden Kraft, hat nicht nur die Spaltung des Atomkerns fertiggebracht, sondern auch die Harmonie weiblich-männlicher Lebensergänzung gespalten und einseitig verlagert. Dadurch sind wir mit einer merkwürdigen Blindheit gegenüber der Gefahr geschlagen, die Anders hervorhebt, wenn er zu Recht der Ansicht ist, daß wir im Vergleich zu den bereits vorhandenen Zerstörungsmöglichkeiten noch viel zu wenig Angst hätten. Auch der Philosoph Jaspers beklagt sich angesichts der ständigen Möglichkeit einer Katastrophe für die gesamte Menschheit über die unveränderte Rücksichtslosigkeit, unangebrachte Kriegstollkühnheit und auf der anderen Seite das Nichtsehenwollen, das Bedürfnis nach Ruhe, den „Mangel an vor-

---

Sobald die wirtschaftlichen Konsequenzen dieses Vertrages sichtbar werden, wird die französische Bevölkerung unruhig, denn wenn es etwas gibt, was die Franzosen erzürnt, deren Lebensniveau hoch ist, so ist es, ihre Bequemlichkeit abgebaut zu sehen. In Frankreich leben die Bürger sehr gut, aber der Staat hat es schwer. Die Franzosen mögen keine Selbstkasteiung, darum wird der „Gemeinsame Markt" die „Europäische Idee" in Frankreich töten. Wie aber soll „Europa" ohne Frankreich errichtet werden?

Hinsichtlich des Sechser-Europas und auch im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung ist die Politik, die Kanzler Adenauer den französischen Regierungen schmackhaft machte, durchaus unheilvoll. Weit davon entfernt, die Deutschen bei den Franzosen beliebter zu machen, wird sie bald die französische Bevölkerung gegen die deutsche Regierung aufbringen, die der Inspirator aller europäischen Verträge seit 10 Jahren war. Denn Herr Robert Schuman hat einen schweren Fehler begangen, als er vorgab, daß diese Politik französischen Ursprungs gewesen sei. Wie sollte die französische Nation den „Gemeinsamen Markt" gutheißen, der auf den Geldbörsen aller Franzosen lasten wird, wo sie doch die EVG ablehnten? Die augenblickliche europäische Politik wird sehr bald in Frankreich lebhafte nationalistische Gefühle erwecken, denn wir respektieren die wirtschaftliche Selbständigkeit aller Völker, aber wir wollen auch, daß man unsere Autonomie achtet.

Jeder, der aufrichtig eine wirkliche Freundschaft des französischen mit dem deutschen Volk will, muß völlig neue Wege der deutschen Politik wünschen. Wenn der „Gemeinsame Markt" bald seine sehr schädlichen Wirkungen für uns zeigen wird (der Vertrag ist übrigens verfassungswidrig), werden dieser Vertrag und seine Initiatoren mit jedem Tag mehr und mehr als das große Hindernis zwischen der deutschen Nation und der unseren erscheinen. (Der Beitrag wurde vor der Franc-Abwertung verfaßt)

aussehender Sorge bei den Besitzenden".

Bei den Gelehrten herrscht bis zu einem gewissen Grade völlige Ratlosigkeit. Bei den einen, die die Gefahren des Atomzeitalters immer drohender werden sehen, erschöpft sich die Abwehr meist in Resolutionen und Denkschriften, deren zweifelhafter Wert bzgl. der Wirkung auf Politiker, Militärs etc. ja leider bekannt genug ist.

Andererseits gibt es Äußerungen von fortschrittsgläubigen Wissenschaftlern, die an Zynismus und Dreistigkeit kaum noch zu überbieten sind. So schreibt der deutsche Physiker Jordan, den man leider immer in diesem Zusammenhang zitieren muß:

„Viel ernster ist die Gefahr der Erbschädigung durch Nachwirkungen radioaktiver Strahlung, wie sie sicherlich im Falle einer wirklichen Katastrophe in großem Ausmaß auftreten würden. Aber dies ist eine Gefahr, der wir sowieso nicht entgehen können, einerlei, ob im Kriege oder Frieden."

Er berechnet die möglichen Dezimierungen der Menschheit nach Prozenten und sieht sie sogar als eine gar nicht so schlechte Lösung des Problems der Übervölkerung der Erde an. Mir scheint, daß uns diese Nichtachtung fremden Lebens grausam bekannt vorkommt, aber der Fortschritts-Wahn wird methodisch zu Ende gedacht, wenn Jordan an anderer Stelle in geradezu kindlichem Beiseitelassen aller dabei auftretenden Schwierigkeiten als Vorbereitung für den Atomkrieg den Bau unterirdischer Städte empfiehlt, welche, wie er sagt, „die einzig mögliche Stadtform der Zukunft" sind.

Aber auch auf biologischem Gebiet werden wir von den Ideen geistesverwirrter Wissenschaftler nicht verschont; denn in Amerika hat kürzlich nach dem Appell der 2000 Forscher an die Öffentlichkeit Dr. Lapp, ein Mitglied der Atomenergiekommission, Folgendes erklärt:

„Wenn nach einem zukünftigen Atomkriege zuviele der empfindlicheren Männer zeugungsunfähig seien, müßte man eben vorher an einem sicheren Ort Samen in Ampullen aufbewahren, um so das Weiterbestehen der Menschheit durch künstliche Befruchtung überlebender Frauen zu sichern. Dieses mag manchem recht sonderbar vorkommen."

Diese Auffassung fügt sich ein in viele andere Abwegigkeiten ähnlich verblendeter Forscher, die ich hier nicht aufzählen kann und will.

Eines glaube ich, ist aber an diesen Beispielen deutlich geworden: Hier sind Menschen, denen das Ausmaß ihrer Ungeheuerlichkeiten vielleicht gar nicht bewußt wird, weil ihnen das Organ einer sittlichen Persönlichkeit fehlt, Menschen, die den Irrsinn als Gegebenheit hinnehmen und nicht einmal einen Protest versuchen. Sie sind, um einen Vergleich aus dem Bereich des Ärztlichen zu gebrauchen, gleichzusetzen den rücksichtslos wuchernden Krebszellen an einem Organismus, von denen eine Vielzahl schließlich den Körper — in unserem Falle die Menschheit — zum Erliegen bringt. Sie stehen auch im krassesten Gegensatz zu dem Lebenswillen der Gemeinschaft, der sich im Guten immer bewußt geblieben ist, wie sehr der einzelne die Gesamtheit braucht, ja, wie stark er als Mensch eingebaut ist in die von Gott gegebene natürliche Umwelt. Schweitzer drückt das so aus: „Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will." Diese Ehrfurcht vor dem Leben hat, wie Schweitzer an anderer Stelle richtig betont, einen religiösen Charakter, und ein Mensch, der sie zu seinem Grundsatz macht, ist — unabhängig von allen überlieferten Glaubensvorstellungen — in einem ursprünglichen Sinne fromm.

In die Frau ist von der Natur her eine besondere Liebe und enge Verbundenheit zum Leben und zu der Nachfolgegeneration gelegt worden, sie hat auch die körperliche Last zu tragen und ebenso in allerstärkstem Maße das Entsetzen, wenn sie eine Mißgeburt zur Welt bringt. Gegen eine von außen andringende Gefahr kann sie mit Löwenmut ihr bedrohtes Junges verteidigen. Bei der Einwirkung atomarer Strahlung ist ihr dazu jede Möglichkeit genommen; denn der Frevel am Leben hat schon lange vor der Vereinigung zwischen Mann und Weib den innersten Kern für unsere Menschwerdung getroffen, so daß jeder nachträgliche Heilungsversuch scheitern muß. Wenn jemals, dann gilt hier für heute und alle Zukunft der Grundsatz: Vorbeugen ist besser als Heilen; denn eine Wiederherstellung des geschädigten Lebens ist gar nicht möglich. Hierzu einige Hinweise, die z. T. aus dem Bericht des Erbforschers Prof. Kaplan für die deutsche Atomkommission vom Mai 1957 stammen und den Ernst der Situation genügend kennzeichnen:

Die bei Atomkernspaltungen auftretenden sogenannten ionisierenden Strahlen vermögen nicht nur Hoden und Eierstöcke als sehr empfindliche Organe bei Mann und Frau zu schädigen, sondern rufen in den Keimzellen Veränderungen der Erbanlagen hervor. So lange solche Ereignisse nur bei einigen wenigen Menschen vorkommen, besteht für den Bestand einer Bevölkerung keine Gefahr. Außerdem sind wir alle tagtäglich einer milden ionisierenden Strahlung aus dem Weltenraum und aus dem Erdbereich ausgesetzt. Die Frage ist jetzt, wie weit der Mensch durch künstlich erzeugte Zusatzstrahlung seine Erbfaktoren soweit verändern kann, daß er sich selbst zum Aussterben verurteilt. Der heutige Zivilisationsmensch ist nun bereits vorweg durch viele Giftstoffe, die ebenfalls auf die Erbanlagen wirken, so empfindlich geworden, daß es nur geringer Anstöße bedarf, um die Katastrophe zu vollenden. — Man kann nun die jeden von uns treffende natürliche Strahlenmenge innerhalb der ersten 30 Lebensjahre physikalisch recht genau bestimmen. Sie liegt etwa bei 3—6 r (Röntgen). Diese Zeitspanne von 30 Jahren wurde für die Berechnung gewählt, weil nach statistischen Erhebungen bis dahin die Mehrheit der Bevölkerung ihre Nachkommen gezeugt hat. Das ist Unrecht einer nicht geringen Zahl von Menschen gegenüber, die erst später ihren Nachwuchs bekommen; aber entsetzlich wird es, wenn der Betrag von 3 bis 6 r natürlicher Strahlung zusätzlich künstlich um das Doppelte für eine ganze Bevölkerung erhöht wird. Diesen Betrag haben aber manche modernen Staaten schon erreicht, wie sich aus den Untersuchungen der amerikanischen Akademie der Wissenschaften (National Academy of Sciences, Washington 1956) für die dortigen Verhältnisse ergibt. Danach muß jeder Einwohner heute bereits mit einer künstlich erzeugten Zusatzbestrahlung von 3 r (S. 31) rechnen. Prof. Kaplan sagt dazu wörtlich folgendes:

„Der Gesamtschaden, der für ein Volk durch die Verdoppelungsdosis entsteht, ist wegen der vielen Kenntnislüken und der Schwierigkeit menschlicher Erbforschung heute nur schätzungsweise zu ermitteln. Es wird angegeben, daß etwa 2 % der heute Geborenen erbkrank sind, und man darf annehmen, daß etwa die 3—10fache Zahl erbliche Belastungen trägt. Eine Verdoppelung der Erbänderungsrate würde also in einer 50-Millionen-Bevölkerung . . . zusätzlich etwa 1 Million Erbkranke und zwischen 3 und 10 Millionen Erbbelastete erzeugen." Dadurch ergibt sich: „Verdoppelung der ärztlichen Fürsorge, der sozialen Belastung und des Ausfalls an Arbeitsleistung infolge der Erbschäden." Er weist dann darauf hin, daß unsere heutige Generation verantwortlich ist für Leiden und Tod von Nachkommen bis zum Ende des nächsten Jahrtausends. Er beklagt aber auch die heute noch überall bestehende Unbildung in diesen Fragen, so daß sich die Bevölkerung darin nicht anders verhalte „als primitive Urwaldeingeborene den Naturgewalten gegenüber."

Des Menschen Instinkt scheint stumpf zu sein gegen das jetzt schon dauernd bestehende Fortschreiten des schleichenden Todes. Der französische Biologe Rostand hat es so ausgedrückt: „Die Radioaktivität hat der menschlichen Erbmasse heimlich den Krieg erklärt."

Man sieht als Arzt erschreckend deutliche Parallelen zwischen Wesen und Art der Krebserkrankung beim Einzelmenschen und dem Vordringen der Radioaktivität am Körper der Gesamtmenschheit. Beim Krebs versagt häufig genug der natürliche Warner, der Schmerz, und der Mensch lebt bereits todgeweiht, aber noch voller Hoffnung, in den Tag hinein, bis der plötzliche Zusammenbruch oder das elende Siechtum einsetzt. In wievielen Fällen sind die Warnrufe der Ärzte nach vorbeugender Untersuchung mißachtet worden. Will die Gesamtmenschheit sich ein ähnliches Schicksal bereiten, will sie sich nicht endlich wachrütteln lassen, wollen die Frauen in Sorge um ihre Kinder und Kindeskinder nicht endlich ihre Angst den Machthabern ins Gesicht schreien und überall in Ehe, Familie, im kleinen oder großen Wirkungskreis ihrer Stimme Geltung verschaffen?

Nun steht natürlich schon lange die Frage im Raum: Wie kann oder soll es der einzelne machen? Man nehme einmal das vor dem letzten Kriege geschriebene Stück des oft geschmähten Dramatikers und großen Kritikers Bert Brecht mit dem Titel „Die Mutter" zur Hand. Darin ist die kämpferische Tragödie der besitzlosen, schwachen Arbeiter gegen die übermächtigen Fabrikherren am Beginn des Maschinenzeitalters beschrieben. Auch damals schien es so, als würde sich niemals etwas ausrichten lassen, und viele Verzagte sind auf der Strecke geblieben, bis es zur heutigen machtvollen

Hans Wirtz

Die Kirche und die weltlichen Mächte

„Die Kirche kann der Politik nicht die technischen Bedingungen des Friedens aufzwingen. Aber die Katholiken sind als Bürger ihres Staates verpflichtet, diesen Frieden zu schaffen. Daraus folgt die Notwendigkeit, daß es verschiedene weltliche Bewegungen und politische Parteien geben muß. Keine Partei hat das Recht, die christliche Idee im Dienst ihrer eigenen Politik zu monopolisieren."

(Kanonikus Lalande, Generalsekretär von „Pax Christi")

Die Kirche hat in ihrer langen Geschichte mit dem Staat nicht immer gute Erfahrungen gemacht; andererseits der Staat auch nicht immer mit der Kirche. Deshalb das hartnäckige Bemühen der Kirche sich innerhalb des weltlich organisatorischen Getriebes einen zuverlässigen „Stützpunkt" zu schaffen: über eine bestimmte politische Partei zum klerikalen Zug zu kommen. Das kann man ihr nicht verdenken. Denn sie hat ihre zeitgeschichtliche Sendung nicht auf den verklärten Höhen des Tabor, sondern in den dunklen Tälern dieser wilden Welt zu erfüllen. Ihre Taubeneinfalt ist durch Schlangenschläue zu ergänzen und zu korrigieren: auf daß alle Möglichkeiten einer wirksamen Seelsorge erkundet und praktisch ausgenützt werden können. Die politische Partei, die ihr hierin (scheinbar) zu Diensten ist, wird sich ihres besonderen Wohlwollens und ihrer aktiven Hilfe erfreuen. Es könnten auch mehrere Parteien sein. Und die klerikalen Stützpunkte können von Fall zu Fall von einer Partei in die andere verlegt werden.

Die Kirche steht also nicht außerhalb der politischen Geschehnisse des Volkes: sie hält sie sorgsam im Auge, sucht ihren Ablauf — unbestechlich gegenüber allen weltlichen Macht- und Besitzgelüsten — im Sinne der Sorge für das Heil der Seelen zu beeinflussen. Das ist ihr gutes Recht und ihre missionarische Pflicht. Gerade deswegen wird sie aber unmißverständlich darauf bedacht sein müssen:

1. sich und ihre ewige Sendung nicht mit den Zielen einer Partei gleichsetzen zu lassen. Leo XIII.: „Es kann nicht scharf genug getrennt werden zwischen Parteipolitik und Reich Gottes, weil wir sonst unbewußt — statt nur dem Interesse und der Sache Gottes — einer bestimmten Partei und Kulturpolitik dienen. Parteien sind in ihrer Bedeutung zeitbedingt und vergänglich. Deshalb darf die Kirche sich nicht auf Gedeih und Verderb an sie binden." (Sapientiae christianae)
2. jeder politischen Partei zu untersagen, sich das aus dem unpolitischen Bereich des Sakralen kommende Beiwort „christlich" als (propagandistische) Parteibezeichnung anzueignen

---

Stellung der Gewerkschaften gekommen ist.

Die heutigen Kapitalisten der Atomenergie in Ost und West halten seit Jahren alle besitzlosen Völker in Angst und Schrecken. Jeder rüstet munter weiter und zeigt dabei auf den anderen, dem er die Schuld für sein eigenes Verhalten zuschiebt. Angeblich geschieht alles im Namen der Freiheit, aber die besitzlosen Völker haben sich schon lange daran gewöhnen müssen, diesen Begriff nicht mehr allzu großartig auszulegen. Diese Freiheit reicht nämlich nur soweit, als es den östlichen oder westlichen Machthabern in ihre Politik paßt.

Sind wir aber wirklich machtlos? Ich glaube, wir sind es nicht, wenn wir wollen.

Hier sind in einem ganz besonderen Maße die Frauen und Mütter aufgerufen, sich dagegen zusammenzuschließen, ihre Abneigung gegen aktives Handeln zu überwinden und einzusehen, daß es um Sein oder Nichtsein der Menschheit geht. Ihr mögen die zukünftigen Schreckensschicksale unglücklicher Mütter vor Augen stehen, sie mögen bedenken, daß ihre eigenen Töchter und Söhne schon mit betroffen werden von dem frevelhaften Übermut der zerstörenden Kräfte. All das sollte ihnen die Kraft zum tätigen Handeln geben, zum Herauskommen aus der so oft geübten Zurückhaltung.

Unter dem Symbol der „Ehrfurcht vor dem Leben" gilt es, durch Protestaktionen und gewaltlose Maßnahmen die außer Rand und Band geratenen politischen Hasardeure, die mit dem Leben von uns allen spielen, zur Vernunft zu bringen!

Hier ist von unserer Zeit den Frauen und Müttern der Völker eine entscheidende Aufgabe gestellt.

3. die Gläubigen vom Evangelium (Gewissen) her nicht auf eine bestimmte Partei zu verpflichten
4. die Gläubigen nicht — unter Berufung auf den Glauben oder die kirchliche Autorität — auf bestimmte politische Entscheidungen einer Partei oder von Parteien zu verpflichten
5. die Kanzel, kirchliche Einrichtungen, Organe und Ämter nicht in den Dienst parteipolitischer Wahlpropaganda zu stellen
6. allen Seelsorgern (Geistlichen) und kirchlichen Amtsstellen jede parteipolitische Tätigkeit zu verbieten.

Andernfalls ist die Kirche mitverantwortlich für alles, was eine solche Partei oder solche Parteien unter dem Deckmantel des „Christlichen" in Volk und Staat anrichten. Eine solche Verantwortung aber kann und darf die Kirche nicht tragen. Leider ist die kirchliche Praxis bisher in diesen Dingen ganz anders gewesen. Vielleicht haben sich die Verantwortlichen nicht genügend klar gemacht, was das für kirchentreue, aber politisch wie religiös reife Laien bedeutet: dieses Ärgernis ist ihre große Not um die Kirche. Sie sind sich bewußt, in den Dingen des Weltlichen ein ihnen als Laien zugeordnetes Charisma — eine besondere Standesgnade — zu haben. Und damit haben sie auch zugleich den Auftrag: in der Kraft und im Gehorsam gegenüber diesem Auftrag in den weltlichen (politischen) Dingen selbständig zu handeln. Wo sie das nicht tun, ist das ein Vergehen gegen den Willen Gottes. Daraus aber können für sie selber, für die Kirche und das Volk nur „Früchte des Zornes" reifen, weil hier natürliche und sittliche Ordnungen über den Haufen geworfen worden sind.

Als der Herr seine Jünger auf alle Straßen der weiten Welt schickte, ließ er sie mit leeren Händen und Taschen und ohne jede Aussicht auf menschliche Hilfe gehen. Aber er gab ihnen etwas mit, daß sie unüberwindlich und unabhängig von diesen menschlichen Dingen machte: die feste Verheißung: „Sehet ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt." Das ganze ungeheure Gewicht dieses messianischen Machtwortes ist in einem andern Satz enthalten, den Matthäus zwei Verse vorher berichtet: „Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden . . ." Wenn das wahr ist, daß der Allmächtige Himmels und der Erde die Kraft und der Schutz seiner Kirche ist — daran glauben wir Laien — was kann dann der Kirche passieren? Alles, was ihr passiert, ist für sie das Allerbeste, weil es so — seit dem Weltskandal des Kreuzes — in die Führung und Fügung Gottes mithineingenommen ist.

Damit soll nicht gesagt sein: daß nur wir Laien diesen abenteuerlichen Glauben haben; die Verantwortlichen in der Kirche haben daran zu allen Zeiten auch geglaubt. Sie sind in keinem Zeitpunkt der Kirchengeschichte — theoretisch — davon abgefallen. Aber praktisch sah und sieht das manchmal anders aus: so als ob man sich auf den Beistand des Geistes Gottes nur dann verlassen könnte, wenn man gleichzeitig die materielle Hilfe des Staates oder wenigstens seiner mächtigsten Partei hinter sich habe. Und daß man um dieser Hilfe willen in gewissen Dingen schon mit sich reden lassen könnte . . . Daraus ist nie etwas anderes geworden als „Gericht", und es wird auch nie etwas anderes werden. Möglich, daß es mit dem Beistand weltlicher Hilfe dem Konstitutionellen der Kirche gut geht; aber dem Heil der Seelen geht es dabei miserabel. Die Kirchengeschichte weiß darüber Bescheid. Wir Laien auch. Wir wissen es aus eigener Erfahrung . . .

Die Kirche des „christlichen Abendlandes" hat schon seit Menschengedenken nichts mehr erobern können. Sie hat nicht einmal ihren lebendigen Bestand erhalten, sie hat immer nur verloren. Die junge Arbeiterbewegung mußte damals den Kampf um ihre natürlichen Daseinsrechte ohne die Kirche — manchmal gegen sie — führen. Die Kirche, die nach ihrem göttlichen Auftrag die berufene Bundesgenossin aller Bedrängten und Bedrückten ist, glaubte mit Hilfe des christlichen Kapitalismus die christliche Kultur des Mittelalters gegen die junge Arbeiterbewegung retten zu müssen. Und zwar um so mehr, als die Führer dieser sozialen Befreiungsbewegung — es war in der Maienblüte des Rationalismus — erklärte Kirchengegner waren. Sie hat die christliche Kultur dennoch nicht gerettet. Das sehen wir heute mit Schrecken und Schaudern. Aber sie hat an der ungelösten sozialen Frage das Arbeitervolk verloren . . . Als sie sich endlich an die Lösung dieser Lebensfrage machte, war es zu spät. Sie hat dann zwar große soziale Gedanken ausgesprochen, die damals beinahe revolutionär waren. Aber die großen sozialen Taten sind ausgeblieben. Die haben andere getan. Die Rechnung dafür ist ihr auf

Heller und Pfennig präsentiert worden: „Religio depopulata" — entvölkerte Religion und Kirche . . .

Und das geht immer noch so weiter. Heute ist das dem bäuerlichen Materialismus verfallene flache Land an der Reihe und neue Gewitterwolken stehen am Himmel: die nicht gelöste Friedensfrage. Werden auch hier wieder große Friedensgedanken ausgesprochen, denen keine Friedens-Taten im Sinne des Reiches Gottes folgen? So daß andere — widerchristliche Mächte — auch diese Forderung des Evangeliums in ihrem Geist und Stil erfüllen werden? Wird die Kirche wieder zu spät kommen und an dieser Tatsache weite Kreise des Volkes verlieren oder in innere Konflikte stürzen: Weil sie glaubt, mit Hilfe parteipolitischer Kräfte die „Kultur des christlichen Abendlandes" retten zu können? Als ob etwas gerettet werden könnte, was nicht mehr da ist: ein Komet, der längst vorübergezogen, der nur noch in seinem fernen Schweif aufleuchtet . . . Das geht nicht. Es kann dabei nur noch weiter verloren werden.

Die Kirche hat heute kaum noch ein schwaches Drittel der katholisch Getauften. Unsere Geistlichen in der Seelsorge wissen darüber Bescheid. Und das alles in klerikalgünstigen Zeiten, in denen die Kirche alle Freiheit hat: Geld und Schulen, Organisationen und Beziehungen, staatliche Hilfe und politische Parteien. Daran ist, sagen die Verantwortlichen von heute, der (böse) Zeitgeist schuld. Möglich. Aber aus welchen dunklen Weltgründen ist denn diese schwarze Schlangenbrut gekrochen? Und mit welchen Waffen kann man sie kleinkriegen: mit atomaren Kreuzzügen, mit kirchlich-klerikalen Krücken für eine krumme besitzbürgerliche Ordnung, mit Kanzelkommentaren zugunsten einer bestimmten politischen Partei . . . ?

Jedes Reich kann nur erhalten werden von den Kräften her, die es gegründet haben. Das ist auch so bei der Kirche als dem kommenden Reich Gottes auf dieser Welt. Sie ist vom Kreuz her geschaffen worden und kann auch nur im Skandal des Kreuzes erhalten und auf das Kommen des Reiches Gottes hin geordnet werden.

* * *

Über die Glaubwürdigkeit der CDU

Ein Schlaglicht auf ihr innerpolitisches Verhalten

Alles andere als „geschlossen" ist die Regierungspartei diesmal in den Wahlkampf eingetreten. Zwar übertönt ihre laute Propagandatrommel noch die Stimmen der Unzufriedenheit — dem Aufmerksamen jedoch sind sie vernehmbar, bis weit in die eigenen Reihen hinein.

Da schreibt ein Herr Dr. Rupprecht Dittmar in der Juni-Nummer der „Sozialen Ordnung", dem offiziellen Organ der Sozialausschüsse der CDU:

„Es wäre ja wohl schon lange an der Zeit gewesen, die Frage gründlich zu behandeln, ob unter den gegenwärtigen Umständen des marktwirtschaftlichen Ablaufs tatsächlich ein Maximum an Gerechtigkeit erzielt worden ist oder werden kann. Es geht nämlich für uns nicht nur um den Wohlstand aller, sondern auch um Gerechtigkeit für alle. Wir sollten den Mut haben, abzulehnen, die gegenwärtige Situation, die einerseits durch erhebliche Betriebsgrößen aus technischer Notwendigkeit und andererseits durch die Anreicherung von Vermögen durch Selbstfinanzierung gekennzeichnet ist, für „organisch" oder gar „gottgewollt" hinzunehmen. Es widerspricht dem organischen Aufbau der Gesellschaft, in der das Eigentum einen so hohen Rang genießt wie in der unseren, wenn in relativ wenigen Fällen, also auf Grund eines praktisch privilegierten hohen Einkommens, eine hohe Kapitalbildung mit der Wirkung einer die Ungleichmäßigkeit der Vermögensverteilung verstärkenden Tendenz erfolgt. Scheint das doch weder gerecht, noch kann es als natürliche Ordnung vermutet werden."

Wie ist eine solche offene Kritik an der Politik der eigenen Partei zu erklären?

Die Kreise des 1945 angeschlagenen deutschen Unternehmertums, die schon damals die Gründung der CDU mit Wohlwollen beobachteten, wußten sehr wohl, daß man in Zukunft nur mit Hilfe einer Partei, die eine gewisse Resonanz in allen Volksschichten hat, entscheidend in die Politik wird eingreifen können. Es kam ihnen deshalb im Grunde

gar nicht ungelegen, daß während der ersten Nachkriegsjahre, in denen sie sich selbst noch zurückhalten mußten, zunächst einmal Leute, die aus der christlich-sozialen Bewegung kamen, das Gesicht der Partei nach außen bestimmten und daß die CDU selbst mit einem Programm debütierte, in dem die Forderung nach einer „sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung" einen breiten Raum einnahm:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes n i c h t g e r e c h t g e w o r d e n. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer v e r b r e c h e r i s c h e n M a c h t p o l i t i k kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser s o z i a l e n u n d w i r t s c h a f t l i c h e n N e u o r d n u n g kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert."

Diese Sätze aus dem A h l e n e r P r o g r a m m, das der damalige Zonenausschuß der CDU in der britischen Zone im Februar 1947 beschloß, führten der CDU einen großen Kreis ehrlich um das Schicksal Deutschlands Besorgter zu, und zwar aus allen Schichten bis weit hinein in die christliche Arbeiterschaft.

In den ersten Jahren nach der Gründung der Bundesrepublik verdeckte der durch amerikanische Hilfe herbeigeführte Wirtschaftsaufschwung zunächst die Tatsache, daß die CDU sich immer mehr vom Ahlener Programm a b w a n d t e, und daß sie sich immer eindeutiger auf die Seite der durch eben diese Hilfe wieder erstarkenden westdeutschen Großindustrie stellte.

Im Wahlkampf 1953 versuchte man es noch einmal mit den sozialen Parolen. Man versprach z. B. den christlichen Arbeitern, sie an der „Neubildung von betrieblichem Eigentum zu beteiligen" durch Verwirklichung des sogenannten „Miteigentums", in dem man ein „machtverteilendes Prinzip in der Wirtschaft" zu erblicken meinte. (So im Hamburger Programm für den 2. Deutschen Bundestag.) Noch einmal gelang es, mit Hilfe dieses und anderer Versprechungen viele Wähler für sich zu gewinnen. Heute nun, vor den Wahlen zum dritten Bundestag, fragen wir wohl zu Recht, was aus diesen selbstgeschmiedeten Programmpunkten geworden ist.

Wir zitieren nochmals Dr. Dittmar:

„Für die Christlich-Demokratische Arbeiterschaft und sicherlich auch für andere CDU-Mitglieder gibt es keinen Zweifel darüber, daß die CDU dem deutschen Volk 1953 v e r s p r o c h e n hat, ein Rahmengesetz über ein „Miteigentum" für Arbeitnehmer zu schaffen. Um so größer ist das B e d a u e r n, daß wir — ich darf mich hier zum Sprecher weiter Kreise der Christlich-Demokratischen Arbeiterschaft machen — nun zur Kenntnis nehmen müssen, daß gewisse Gruppen — auch innerhalb der CDU — nun von dieser damaligen Forderung nicht nur nichts mehr wissen wollen, sondern es sogar als ihre Aufgabe ansehen, gegen diese Forderung scharf Front zu machen, davor zu warnen oder sogar sich darüber zu mokieren."

Nach einer Bemerkung über die Einschränkung der Diskussion innerhalb der CDU schreibt Dr. Dittmar weiter: „. . . dann würde es sich ja wohl nicht mehr lohnen, CDU-Mitglied zu sein."

Zu dieser Schlußfolgerung sind übrigens auch andere CDU-Mitglieder inzwischen gekommen. Es sei hier nur an die Vorgänge in Buxtehude erinnert, die zum Austritt von 13 Parteimitgliedern, unter denen sich sogar Bürgermeister und CDU-Ortsvorsitzender befanden, führten.

Was ist nun der eigentliche Hintergrund dieses Mißtrauensvotums gegen die eigene Partei? Eben dieses: Dr. Dittmar hat die Versprechungen seiner Partei für bare Münze genommen. Er hat sich im Auftrage der Sozialausschüsse darangemacht, einen „Gesetzentwurf über das Miteigentum der Arbeitnehmer" auszuarbeiten. Dieser Entwurf ist Anfang 1957 veröffentlicht worden. Er hat sehr viel Zustimmung unter christlichen Arbeitern gefunden und — Ablehnung auf seiten der führenden Gremien der CDU.

Ende März — also noch vor dem Hamburger CDU-Parteitag — sollte in Frankfurt am Main der 8. Bundeskongreß der Sozialausschüsse stattfinden. Auf ihm wollte man den „Miteigentums-Gesetzentwurf" zur Diskussion stellen, um ihn dann eventuell als Beitrag

der Sozialausschüsse zum Wahlprogramm dem im Mai stattfindenden Parteitag zu überweisen. Das war die Absicht der Sozialausschüsse, aber diese mißfiel dem einflußreichen Unternehmerflügel der CDU. Er drohte damit, auf dem Parteitag die Aufnahme der Vorschläge der Sozialausschüsse in das Wahlprogramm zu verhindern. Da jedoch eine solche offene Brüskierung der Sozialausschüsse, wie sie die Ablehnung dieses Entwurfs durch den Parteitag gewesen wäre, für das Wahljahr höchst ungelegen kam, ließ man kurzerhand den Kongreß absagen und vertröstete die der CDU nahestehenden christlichen Arbeiter auf einen für den Herbst geplanten christlich-sozialen Arbeiterkongreß. So wurde das „soziale Gewissen in der CDU" — als das sich die Sozialausschüsse ausdrücklich auf Grund ihres Statuts von 1950 verstehen — zum Schweigen gebracht.

Wir zitieren auch dazu die „Soziale Ordnung":

„Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. H. C. Paulssen, hat dem ‚Industriekurier' in einem Interview bedeutet, daß zwar jede Bestrebung, die zur Bildung von Eigentum führen könne, zu unterstützen sei, daß es aber nicht angehe, solange Eigentum eine Rechtsinstitution abendländischer Tradition sei. Teile eines durch unternehmerische Aktivität und Begabung geschaffenen Eigentums umzuverteilen. Jede erzwungene Bildung und Abtretung von Eigentum, ebenso wie jeden Anspruch, der sich auf angebliche Unterbezahlung in der Vergangenheit stütze, werde man entschieden ablehnen. Die Unternehmerschaft habe, was die zurückliegenden Jahre seit der Währungsreform betreffe, kein schlechtes, sondern ein gutes Gewissen. In diesem Pressegespräch hat Herr Dr. Paulssen nach Befragen auch die Miteigentumsvorschläge der Sozialausschüsse abgelehnt. Dagegen begrüßte er sehr die neuen Pläne von Bundesminister Prof. Dr. Erhard über die Privatisierung von Staatsvermögen durch die sogenannte Volksaktie."

Uns geht es hier nur darum, festzuhalten, was bei den eben dargestellten Vorgängen mit großer Deutlichkeit ans Licht tritt: Welch eine merkwürdige Meinung von „sozialer und wirtschaftlicher Neuordnung" in den Führungsgremien der CDU herrscht! — Da wird also die Meinung eines beträchtlichen Teils der Mitgliedschaft — des sogenannten „linken Flügels" — einfach beiseitegeschoben. Gerade das aber zeigt, wie eindeutig die CDU zu einer Partei der Unternehmerinteressen geworden ist. Daß aber die Interessen der großen Banken und Konzerne mit denen des deutschen Volkes immer parallel laufen, kann wohl auch der Gutwilligste nicht behaupten. Uns ist noch allzu deutlich in Erinnerung, wie gerade aus diesen Kreisen heraus Hitler 1933 zur Machtübernahme verholfen wurde, und sie sich damit mitschuldig daran machten, daß Deutschland in den Abgrund stürzte.

Aber im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl offenbaren diese Vorgänge noch einen anderen Aspekt. Bereits im Herbst 1956, als man lange genug vergeblich auf den versprochenen Gesetzentwurf über das Miteigentum gewartet hatte und nun selbst an seine Ausarbeitung ging, machte die „Soziale Ordnung" ihrem Ärger mit den Worten Luft:

„Die Behandlung des der CDU jetzt vorliegenden Entwurfs ihrer Arbeitnehmerabgeordneten wird erweisen, ob es sich damals wirklich um eine ernstgemeinte Forderung der CDU gehandelt hat oder nicht. Wenn die CDU glaubwürdig sein will, wird ihre Fraktion sich nicht nur geschlossen hinter diesen Entwurf stellen, sondern auch eine parlamentarische Behandlung in die Wege leiten müssen, die eine Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode sicherstellt."

Die CDU hat das nicht getan. Im Gegenteil, der CDU-Wahlkampfleiter Meyers erklärte auf dem Hamburger Parteitag in aller Offenheit:

> „Die Ahlener Grundsätze waren nur zeitbedingt. Sie ergaben sich aus der Notwendigkeit, die Sozialisierung zu verhindern."

Angesichts einer solchen außerordentlich aufschlußreichen Erklärung bleibt uns nur noch zu folgern: Die CDU ist unglaubwürdig. Wer sagt uns denn heute, welche Forderungen im jetzigen Wahlprogramm „ernstgemeint" sind und welche nur „zeitbedingt" gemeint sind. Eine Partei, die sich so wenig an ihre eigenen Versprechen gebunden weiß, hat damit den Anspruch auf das Vertrauen des Volkes verloren.

Ihr außenpolitischer starrer und antiquierter Kurs aber hat uns nicht nur isoliert und die Wiedervereinigung erschwert, sondern hat die beiden Teile Deutschlands mehr und mehr in die Situation eines internationalen Gefahrenherdes hineingleiten lassen.

Dr. Heinz Sitta

Der Kanzler und die Wähler

I.

Es fällt schwer, über den Bundeskanzler zu schreiben. Ein Mensch im Greisenalter hat Anspruch auf Ehrfurcht; die Lebenserfahrung, die er sammeln konnte, läßt ein gereiftes und abgewogenes Urteil erwarten, dem ein Jüngerer nicht leicht widersprechen wird. Wenn trotzdem hier eine vom Üblichen abweichende Beurteilung Dr. Adenauers gegeben werden soll, dann sei festgestellt, daß der Verfasser nicht daran denkt, sich ein Urteil über den menschlichen Wert eines Mannes anzumaßen, der, durch den Abstand vieler Jahre von ihm getrennt, ein umfassendes Lebenswerk geschaffen und dabei Leid und Verfolgung erfahren hat. Es ist wohl Menschen nicht möglich, im politischen Streit volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; wer das weiß und es dennoch wagt, kritisch — und also richtend — Stellung zu nehmen, wird vorher bitten müssen, auch in der gespannten Atmosphäre dieser Wochen sachliche Ablehnung nicht als persönlichen Angriff zu werten und eine mögliche Fehldeutung zu vergeben.

II.

Auf der Höhe seines Ansehens ist der Name Adenauers wiederholt neben dem Bismarcks genannt worden. Einem nüchternen Beobachter wird jedoch nicht entgehen, daß hier ein Unterschied mehr qualitativer als quantitativer Art besteht. Bismarck war der geborene Außenpolitiker, er hatte Sinn für reale Möglichkeiten und Machtverhältnisse und ein Gefühl für die jeweils wirksamen Mittel, die er dann auch mitunter skrupellos anzuwenden verstand. Adenauer dagegen ist von Haus aus Kommunalpolitiker; er war am Beginn seiner ersten Kanzlerschaft nur wenige Jahre jünger als Bismarck zur Zeit seiner Entlassung. Im hohen Alter betrat er ein Arbeitsfeld, auf dem er — trotz mancher Berührungspunkte mit seiner früheren Tätigkeit — doch nicht eigentlich Erfahrungen hatte. Hierin, wie in manch anderem, gleicht er Hindenburg und Petain. Die Ähnlichkeit in der Laufbahn dieser Männer ist überraschend. Alle drei haben sich in einem langen und arbeitsreichen Leben hohe Verdienste in ihren eigentlichen Fachgebieten erworben und sind dann von ihren Völkern in Zeiten drohenden politischen Zusammenbruchs oder nach dem offensichtlichen Scheitern früherer Systeme in höchste Staatsstellungen berufen worden — nicht weil man ihnen besonderen politischen Weitblick zugetraut hätte, sondern weil sie als Vertreter der Sauberkeit und Ordnung galten. In Hindenburg und Petain wurden die „Werte soldatischer Zucht und Opferbereitschaft" aufgerufen, in Adenauer bejahte das deutsche Volk die Tradition seines nüchternen, unbestechlichen und arbeitsamen Bürger- und Beamtentums. Nach Jahren äußeren und inneren Verfalls, als dessen Wurzel ein pervertiertes Wertgefühl erkannt wurde, schien es vor allem notwendig, die sittlichen Fundamente des Staates zu betonen. Der verdiente Oberbürgermeister von Köln galt als Vertreter jener Haltung, auf die es ankam.

Es ist bekannt, welchen Weg die westdeutsche Politik unter Adenauers Führung nahm. Zielbewußt schien der Bundeskanzler dem öffentlichen Leben mehr und mehr den Stempel seiner Persönlichkeit aufzudrücken. War hier nicht ein Mann, der unbeirrt seinen Weg ging, der wußte, was er wollte, und auch widerstrebende Kräfte zu gewinnen verstand? Viele im deutschen Volk hatten diesen Eindruck. Der Vertrauensbeweis der Wahl zum zweiten Bundestag ist ein Beleg dafür. Daß das deutsche Volk in der sowjetischen Zone übereinstimmend fühlte, wird jeder bestätigen, der in dieser Zeit Gelegenheit hatte, mit Bewohnern der DDR ein politisches Gespräch zu führen.

Aber auch Hindenburg und Petain galten den Zeitgenossen als die starken Männer ihrer Völker, und erst nachträglich zeigte sich, daß sie weit mehr Geführte als Führer gewesen waren. Wird Dr. Adenauer künftigen Generationen in einem ähnlichen Licht erscheinen? Wohl jeder Staatsmann ist heute auf einen Kreis von Mitarbeitern angewiesen, der durch die Auswahl und Kommentierung des vorliegenden Informationsmaterials starken Einfluß ausüben und ihn leiten kann, ohne daß er sich dessen eigentlich bewußt wird. Der häufige Gebrauch inhaltloser Redewendungen bei Dr. Adenauer läßt die Vermutung zu, daß dies für ihn in besonderem Maße gilt. Wenn man hört, daß der Bundeskanzler es

für nötig findet, Winston Churchill dadurch zu ehren, daß er ihn „die Personifizierung des abendländischen Geistes unserer Tage" nennt, dann möchte man bezweifeln, daß dieser neue Mißbrauch des Wortes „abendländisch" den langjährigen Bürgermeister einer Hansestadt zum Urheber hat. In dieselbe Richtung weist eine Reihe anderer Äußerungen, die so verstiegen sind, daß sie kaum durchdacht sein können — bis hin zu der Behauptung in der Nürnberger Rede am 7. Juli dieses Jahres, im Falle einer Wiederholung des Wahlsieges von 1953 werde die Bundesrepublik mit den Vereinigten Staaten an der Spitze der freien Völker der Welt zu einer kontrollierten Abrüstung kommen, dann habe „die Atomwaffe ihre Schrecken verloren". Was in Bamberg, Dortmund und Nürnberg gesagt wurde, ist bereits deutlich zurückgewiesen worden, so daß es nicht lohnt, hier noch einmal dagegen zu polemisieren. Uns interessieren jedoch diese Erklärungen des Bundeskanzlers als Beleg: einerseits für die Ungenauigkeit seines Sprechens (und wohl auch Denkens), anderseits für das Sendungsbewußtsein, das ihn offenbar erfüllt. Kein Zweifel, er glaubt, was er sagt, wenn er erklärt, die Bundestagswahlen würden darüber entscheiden, ob Deutschland und Europa (!) christlich bleiben oder dem Kommunismus ausgeliefert würden. Er hält sich und seine Partei für den festen Turm, an dem die Flut des Bolschewismus zerschellen wird; er fühlt sich berufen, Deutschland und mit Deutschland das Abendland durch seine Politik der Stärke" zu sichern. Vielleicht beruht auch darauf das Ansehen, das er im deutschen Volk weithin genießt. Denn sicher kommt er damit einer Neigung entgegen, die in der jüngsten Geschichte unseres Volkes tief verwurzelt ist.

III.

„Wer hat die Deutschen zu Richtern der Nationen bestellt?" fragte vor achthundert Jahren der englische Scholastiker und Staatsphilosoph Johann von Salesbury. Immer wieder ist unser Volk geneigt, den im Herzen jedes einzelnen nie endenden Kampf gegen das Böse nach außen zu projizieren und sich als Schutzmann oder Leibgardist der höheren Gerechtigkeit gegenüber einer allzu rasch verteufelten Außenwelt zu betrachten. Wenn der Bundeskanzler einer solchen Geisteshaltung verhaftet ist — vieles spricht dafür, vor allem die verfrühte Verquickung der westdeutschen Aufbauarbeit mit außen- und wehrpolitischen Fragen, im Unterschied etwa zu der behutsamen Zurückhaltung der Finnen oder Österreicher — dann ist er darin nur zu sehr der Repräsentant seines Volkes. Statt den Gefahren, die im deutschen Wesen liegen, entgegenzuwirken, fördert er sie im guten Glauben an die Notwendigkeit seiner Mission. So ist er im Grunde kein selbständiger Erzieher und Führer auf ein Zielbild zu, sondern nur der erste in einem Zug, der sich in ausgefahrenen Geleisen bewegt.

Ist er vielleicht gerade deshalb der echte demokratische Regierungschef? Die Frage rührt an das eigentliche Problem der Demokratie. Sehr oft wird von ihr als einem Recht gesprochen, das der Bürger dankbar bewahren und schützen müsse; selten ist die Rede von der Verantwortung, die sie auferlegt, und die gerade heute, da Fragen zur Diskussion stehen, für deren Beantwortung der einzelne auch bei ehrlichem Bemühen nicht mehr die nötige Sachkenntnis aufbringen kann, einen gewissenhaften Menschen nahezu erdrücken müßte. Nur dann wird die Demokratie nicht zum Chaos führen, wenn jeder sein Wissen und seine Fähigkeiten in den Dienst der gemeinsamen Arbeit stellt, selbst wo er einer Mehrheit entgegentreten und den Mut zur Unpopularität aufbringen muß. Es scheint, daß es daran leider gerade bei den Glaubensgenossen des Kanzlers fehlt. Während der evangelische Theologe Thielicke eindeutig erklärt hat, daß es keine nuklearen Kriege geben dürfe, und die Frage, ob ein gerechter Krieg erlaubt sei, der Situation des Atomkrieges nicht mehr entspreche (um freilich dann, was allerdings auf dem Boden echt verstandenen Christentums undenkbar ist, t r o t z d e m „mit Rücksicht auf den sündigen Zustand der Welt" die Atomrüstung und damit wohl auch mindestens den der Verteidigung dienenden Atomkrieg zu bejahen), gehen die deutschen Katholiken dem Problem möglichst aus dem Wege. Am 30. 9. 1954 erklärte dagegen der Papst: „Auf alle Fälle, wenn die Indienststellung dieses Mittels" (gemeint: der „totale Krieg, besonders der ABC-Krieg") „eine solche Ausdehnung des Übels mit sich bringt, daß es sich der Kontrolle des Menschen völlig entzieht, muß seine Anwendung als unsittlich verworfen werden" (Herder-Korrespondenz, November 1954); im April dieses Jahres sprach er dem japanischen Sonderbeauftragten Prof.

Masatoshi Matsushita gegenüber aus: „In der Tat, die zerstörende Gewalt der Atomwaffen ist unbegrenzt geworden ..." (Herder-Korrespondenz, Juni 1957). In welchem katholischen Organ hat man sich offen den Problemen gestellt, die sich daraus ergeben, und darauf hingewiesen, daß unsittliche Mittel verwerflich bleiben, auch wenn sie zu einem guten Zweck eingesetzt werden, und daß die Freiheit, um die es uns allen geht, nach der Lehre des Christentums nur eine Frucht der Wahrheit sein kann, nämlich der Übereinstimmung mit dem Willen Gottes? Jeder Katholik, der die nötige Einsicht hat, müßte hier Stellung nehmen; Demokratie bedeutet Verantwortlichkeit jedes Bürgers, und Zugehörigkeit zur Kirche verpflichtet zur Sorge um die rechten Entscheidungen jedes Mitmenschen.

Die CDU wird wissen, warum sie den Kommunalpolitiker Adenauer immer stärker in den Vordergrund ihrer staatspolitischen Arbeit geschoben hat; sie hat gefühlt, daß das Volk im Grunde nicht regieren, sondern regiert werden will — und zwar von einer Persönlichkeit, nicht von einem Anonymum. So wird auch von vielen Deutschen ohne weiteres hingenommen, wenn der CDU-Parteichef seine Parteipropaganda mit der Autorität seines Kanzleramtes verquickt. Aber das deutsche Volk täuscht sich, wenn es glaubt, der Verantwortung entfliehen zu können. Es wäre unrecht, wenn die Schuld am Irrweg der Gegenwart später einmal der Persönlichkeit Adenauers zugeschoben würde, so wie manche Deutsche Hindenburg zum Sündenbock für das Versagen unseres Volkes in den Jahren 1932/33 machen wollten. Die Ära Adenauer dauert solange, wie das deutsche Volk es will.

Prof. Dr. Wilhelm Müller (München)

Der Ruf nach Barrabas

Die gesamte Politik der sogenannten christlichen Nationen ist mit Vorurteilen belastet, die keine wirkliche Entscheidung zur Beseitigung der Spannungen in der Welt zulassen. Man verschließt konsequent die Augen vor den Realitäten — z. B. auf der anderen, östlichen Seite der Welt — und denkt in Kategorien, die aus vergangenen Epochen der Geschichte stammen; sie sind auf die gegenwärtige, im wahren Sinne apokalyptische Situation nicht mehr anwendbar. Alle offiziellen Reden von Frieden, Freiheit und Sicherheit sind im wesentlichen nur Wiederholungen alter, aus dem völkerbundlichen Denken stammender Vokabeln, die in dieser Ausdeutung längst widerlegt sind. Unser Heute erhält sein besonderes Gepräge durch die Motive der Angst und der Flucht vor der letzten, unserer Zeit aufgegebenen Entscheidung. In einer Welt, die von einer Katastrophe ohnegleichen bedroht wird, die man unwillkürlich vorbereitet, erscheint es notwendig, sich auf den Ursprung unseres christlichen Zeitalters zu besinnen — jedenfalls das ungeheure Ausmaß der Schuld zu erkennen, die auf der abendländischen Menschheit lastet und in der Verfälschung und Mißdeutung der Lehre Christi ihren letzten Ursprung hat.

Der Gegensatz von West und Ost — um dieses Problem kurz zu streifen — kann nicht durch die Gegenüberstellung von Christlichkeit und Unchristlichkeit gekennzeichnet werden. Solche Gegenüberstellung ist irreführend und falsch. Unsere Politik, wie sie seit 1949 im wesentlichen von einer Partei getragen wird, die das große „C" in ihrem Namen trägt, ist keineswegs christlich und verleugnet in allen ihren Bestrebungen und Worten den Namen des Christus, der jeden Kompromiß mit der Macht und den Interessen des „Fürsten dieser Welt" abgelehnt hat. Denn Christsein bedeutet im wesentlichen und in erster Linie das Paradoxon der inneren Umkehr: es fängt mit der Buße an und nicht mit der Abwälzung der Schuld auf den unbequemen Gegner, dem man in pharisäischer Überheblichkeit die schlechtesten Motive unterlegt, um so das dunkle Gefühl der eigenen Fragwürdigkeit zu übertönen

und abzureagieren. Es ist nachgerade unerträglich geworden, zu beobachten, wie jede von sowjetischer Seite an den Westen gerichtete Note mit östlichen Vorschlägen zur Entspannung allein wegen der Himmelsrichtung als Propagandamanöver abgetan wird, ohne daß auch nur ein Schatten einer Selbstkritik sich bemerkbar macht und ohne daß das Gewissen von dem ewigen Mahnruf angerührt wird: „Du Heuchler, ziehe zuerst den Balken aus deinem Auge, und dann siehe zu, wie du den Splitter aus dem Auge deines Bruders ziehen kannst."

Wenn unsere Politik es ehrlich mit ihrem christlichen Namen meint, müßte sie damit anfangen, das Märchen vom bösen Mann im Osten aufzugeben und diesem Gegner endlich gerecht zu werden. Denn die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, dessen Grundlehre bekanntlich ein westliches Erzeugnis ist, kann nur so verstanden werden, daß man ihn in unsere eigene Schuld einbezieht und sich die Erkenntnis zu eigen macht, daß er dem kapitalistischen und machtgebundenen Mißbrauch des Christentums seine Entstehung verdankt; sein Vorhandensein ist sozusagen eine historische Widerlegung des christlichen Anspruchs der europäischen Gesellschaft und Politik. Weismantel sagt: „Was hadern die angeblichen Christen des Westens gegen den „gottlosen" Osten! Begreift denn diese Christenheit nicht, noch immer nicht, daß ihr Versagen in allen großen Menschheitsfragen die Ursache dafür ist, daß eine ungezählte Schar sich von solchem Pharisäertum abgewendet hat, und nun scheinbar ohne Gott sucht, was sie bei jenen, die Gott für sich gepachtet zu haben behaupten, nicht finden kann, — nämlich den Weg aus dem Verhängnis? Muß nicht jede westliche Politik vertan und verloren sein, solange sie ihre Machtgier und ihre Verlegenheit mit der „Drohung aus dem Osten" zu bemänteln und als zu Recht bestehend zu verteidigen sucht, anstatt sich selbst auf den Weg zu machen und damit zu beginnen, die eigene satte Selbstzufriedenheit abzutun?" Die in der westlichen Welt umgehende Angst vor dem „Kommunismus", noch dazu in einer bestimmten von uns aufgestellten Fiktion, kann nur durch das vollbewußte Eingeständnis der eigenen Schuld beseitigt und überwunden werden. Stattdessen ist unsere gesamte Propaganda darauf gerichtet, diese Angst fortdauernd anzufachen, scheinbar zu dem Zweck, den Wahnsinn der Rüstung zu rechtfertigen. Man macht daraus geradezu ein feststehendes Dogma: eine Wand, über die das Denken nicht hinausgeht; — auch der „eiserne Vorhang" ist eine Wortprägung im Sinne dieser Zwangsvorstellung, die das gesamte politische Denken Westeuropas unfrei macht, und nur dazu dient, von der Hohlheit und Ideenlosigkeit aller westlichen Konzeptionen abzulenken. Eine „freie Welt" gibt es nicht oder gibt es nicht mehr, und wer dieses Wort in den Mund nimmt, der weiß nicht, wovon er redet und was Freiheit wirklich bedeutet. Denn nur die Wahrheit kann uns frei machen.

Die großartigen und selten verstandenen Worte der Bergpredigt: „Liebet eure Feinde, segnet die euch fluchen, tut wohl denen, die euch beleidigen", sind nicht so weltfremd, wie es zunächst scheint. Denn es ist unzweifelhaft, daß die Christlichkeit im eigentlichen letzten Sinne die Politik der Gewaltlosigkeit einschließt. Als Jesus von seinen Feinden — und das waren im wesentlichen die frommen und gesetztreuen Pharisäer — gefangen genommen werden sollte, und ein Jünger den Meister mit der Waffe verteidigen wollte, da sprach Jesus die denkwürdigen Worte: „Stecke dein Schwert in die Scheide; denn wer das Schwert nimmt, soll durch das Schwert umkommen." Dieses Wort gilt natürlich für alle Zeiten und hat in den letzten beiden grausamen Weltkriegen seine große Bestätigung erfahren. Wie aber alle Worte, die Jesus am Ende seines Lebenswandels sprach, so ist auch dieser Ausspruch vor allem auf die Endzeit zu beziehen, in der wir leben. Denn diese Endzeit unterscheidet sich in wesentlichen Merkmalen von allen vergangenen Zeiten. Ein ausbrechender Krieg wird nämlich aller Voraussicht nach ein Atomkrieg sein, bei dem die Unterscheidung in Sieger und Besiegte zurücktritt, oder ganz verschwindet. Denn der Krieg wird eine Vernichtung ganzer Länder und Erdteile nach sich ziehen, wie sie auch heute noch kaum vorstellbar ist, von den die ganze Erde betreffenden Schäden durch radioaktive Strahlen ganz zu schweigen.

Was Deutschland angeht, so liegt es, in zwei Teile zerrissen, mitten im Spannungsfeld zwischen den beiden sich drohend gegenüberstehenden und bis an die Zähne bewaffneten Weltmächten, die früher als Bundesgenossen in dem Ziele einig waren,

das „tausendjährige dritte Reich" niederzuzwingen. Wenn in Deutschland jetzt auf Verlangen der Nato sogar Atomwaffen lagern für einen möglichen Krieg, so ist das offenbar schon aus historischen Gründen eine Widersinnigkeit ohnegleichen, weil man das Bündnis zwischen Amerika und Rußland nicht dadurch wieder rückgängig machen kann, daß die nun zu Gegnern umgewandelten Atommächte die vorderen Linien (nämlich den Westen und den Osten Deutschlands) in eine neue Weltkriegsrüstung einbeziehen. Diese Widersinnigkeit wird besonders deutlich im Hinblick auf die unabsehbaren Folgen eines deutschen Bruderkrieges gegen die eigenen Landsleute und die nahe Möglichkeit einer vollständigen atomaren Auslöschung unseres Vaterlandes, das bereits heute Freiheit und Selbständigkeit zu Grabe getragen hat. Die aus früheren Zeiten stammende Überlegung, daß der Friede nur durch Rüstung verteidigt oder erhalten werden kann, gilt heute im Atomzeitalter nicht mehr, vor allem aber auf keinen Fall für uns Deutsche. Dieser logischen Schlußfolgerung wird sich kein Deutscher entziehen können, soweit er ein freies Denken bewahrt hat und sich nicht betören läßt durch die verwirrenden, ebenso stilgewandten wie nichtssagenden Reden mancher unserer offiziellen Politiker, die nur als Nutznießer längst abgewirtschafteter Thesen auftreten.

Aus allem folgt mit zwingender Notwendigkeit als einziger Ausweg aus der gegenwärtigen, durch Häufung von politischen Fehlern entstandenen und verfahrenen Situation eine von Mißtrauen, falschem Ressentiment und von pharisäischer Selbstgerechtigkeit befreite Bemühung um eine saubere politische und vielseitige wirtschaftliche und kulturelle Verbindung mit Rußland und den übrigen östlichen Staaten. Eine solche politische Einstellung ist schon deshalb zwingend und grundlegend auch für später, weil Rußland unser natürlicher Nachbar ist und die Oststaaten naturgegebene Handelspartner waren und sind und weil diese Nachbarschaft und diese Tatsache auch für die Zukunft bestehen bleibt. Die einseitige Bindung an Amerika, von der man nicht sagen kann, daß sie natürlich gewachsen ist, könnte, vielleicht sogar zu unserem Vorteil, aufhören, wenn Amerika den Entschluß fassen würde, sich aus Europa zurückzuziehen; dennoch wird Europa enge Kontakte zur neuen Welt behalten müssen.

Auch die viel beredete aber selten wirklich verstandene Wiedervereinigung der Teile Deutschlands kann selbstverständlich nur auf der Grundlage einer Verständigung mit Sowjetrußland und, was nicht vergessen werden darf, mit der Regierung des anderen Teiles von Deutschland erfolgen, die als Realität anerkannt werden muß, wie man auch den von Amerika abhängigen Weststaat anerkennt. Es geht nicht an, daß man einfach die andere, an Rußland gebundene Seite, die einem unbequem ist, ablehnt, während es doch offenbar ist, daß beide deutsche Hälften den gleichen Anspruch auf Souveränität erheben, wobei natürlich nicht gesagt werden soll, daß diese Formen der „Souveränität", die eine von Amerikas Gnaden und die andere von Rußlands Gnaden, mit dem klassischen Sinn dieser Namengebung gleichzusetzen sind. Das wiedervereinigte Deutschland kann natürlich weder eine Erweiterung der jetzigen Bundesrepublik in das Ostgebiet hinein, noch umgekehrt eine Erweiterung des Oststaates sein; es muß militärisch neutral werden; auch diese Forderung kann bei nüchterner Überlegung nicht bestritten werden. Die Gefahr der Sowjetisierung besteht nur in den Köpfen der Separationspolitiker und ihrer Hörigen, die nur die eine Seite sehen wollen; in Wirklichkeit ist sie ebensowenig vorhanden wie etwa in der Schweiz, in Österreich oder Finnland.

So zeichnet sich auf dem Hintergrund der endlosen und fruchtlosen Debatten um die Wiedervereinigung, die natürlich jeden Mißerfolg den Gegnern zur Last legen, ein unchristlicher Konfessionalismus ab, der die Lösung des politischen Hauptproblems geradezu verhindert. Und, was das Schmerzlichste ist: der mit sträflichem Leichtsinn vorbereitete Bruderkrieg scheint in die bedenkliche Nachbarschaft zu einem Konfessionskrieg zu rücken, der die Macht der römischen Kirche endgültig sichern soll. Unsere Politik ruft nach Barrabas anstatt nach Christus, der erneut zur Kreuzigung geführt wird.

Die Welt ist in eine ungeheure Verwirrung geraten, die mit einem immer weiter fortschreitenden Verfall aller Werte Hand in Hand geht. Dieser Werteverfall steht wieder in Verbindung mit einem Mammonsdienst und Machtrausch, wie er niemals vorher bestanden hat. Man könnte von einem Tanz um das gol-

dene Kalb sprechen; aber es ist ein Tanz um das Geld, das kein Gold mehr ist, eine Art Flucht in die wesenlose Käuflichkeit aller „Werte", die damit wertlos geworden sind. Schein wird heute für Sein ausgegeben, und hinter der schillernden Fassade unserer scheinchristlichen Kultur gähnt eine ungeheure Leere. Eben diese Leere erzeugt die Flucht, die eine Flucht vor Gott ist und die große Mehrheit der Menschen unserer Welt erfaßt hat. Auch die Tendenz zur Separation in unserer Politik ist nur als Phänomen der angstbeladenen Flucht zu beurteilen. Der Mensch hat ferner weitgehend die ursprüngliche Natur- und Lebensordnung Gottes verfälscht und verkehrt und in Überschreitung der Grenzen normaler Naturbeherrschung dämonische Kräfte wachgerufen, die ihn nicht mehr loslassen, wie er sich auch dagegen wehren mag. Angesichts der ungeheuren Katastrophendrohung, die im Grunde einer göttlichen Vergeltungsdrohung entspricht, müssen wir in uns gehen und uns freimachen von der Wahnvorstellung, daß die Schuld durch Abdrängung auf den Gegner verringert wird. Das sind Einflüsterungen der satanischen antichristlichen Macht, die unsere Welt vergiften und ins Verderben zu stürzen sucht.

Das ewige Wort aus den Seligpreisungen der Bergpredigt mag heute noch von den Politikern belächelt werden; aber es umfaßt doch, richtig verstanden, alles, was in diesem Zusammenhang gesagt werden kann. Es enthält — und hoffentlich wird das klarwerden, ehe es zu spät ist — den Schlüssel zum künftigen Schicksal der Welt:

„Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen."

Prof. Dr. Leo Weismantel

Der verspielte Friede - das verhökerte Reich

Briefe an einen Bundestagsabgeordneten

8. Brief, 1. Teil:

Denn Dein ist das Reich
und die Macht
und die Herrlichkeit!
Amen

Jugenheim (Bergstraße), im August 1957

Mein Lieber!

Wer in das Getriebe der Weltgeschichte unserer Tage blickt, der nimmt wahr, wie diese Geschichte in Zügen von zwölf Jahren ein- und ausatmet, und bei jedem Ein- und Ausatmen ein geschichtliches Gebilde schafft und wieder zerstört! Offenbar erstrebt so die Vorsehung, einen „Reifeprozeß" herbeiführen, in dem auch das irdische Planen der Politik dazu dienen muß, für den großen Ernteschnitt des Ewigen die Stunde heraufzuführen. Es ist grausig, die Rolle zu sehen, welche die Völker selbst spielen, das göttliche Gericht über sich auszulösen.

Zwölf Jahre währte das Ein- und Ausatmen, in dem das Deutschland der Weimarer Republik entstand und zerfiel, —

Zwölf Jahre dauerte das Ein- und Ausatmen, das Hitlers Aufstieg und Sturz brachte, —

Zwölf Jahre das Einatmen und Ausatmen, das Amerikas Streben nach einer Weltvorherrschaft durch Gottes Vorsehung kommen ließ und nun — vor dem Hintergrund des „Atom-Remis" — der Wende zustrebt, und sichtlich mehrt sich das Böse in der Welt in diesen drei Weltphasen, durch die wir hindurchgeschleust werden. Noch bieder und harmlos scheint das Deutschland der Jahre 1918/19 bis 1932, — das gutwillige und ehrlich bestrebte Deutschland wird ein Opfer der dämonischen Unvernunft der Sieger des ersten Weltkrieges, so daß es in der Verzweiflung, in die man es treibt, seine eigenen dämonischen Kräfte hervorbrechen läßt! Gift, das nach außen Geschwüre treibt, zeigt die innere Verwesung an! Dieser Pestherd ergreift die ganze Welt!

Wer hätte gedacht, daß das Entsetzliche, das unser Volk 1945 sah, als das Hitlerreich zusammenbrach und die Konzentrationslager sich öffneten, noch an Grauenhaftig-

keit von den zunächst rein im Bereich der Gedankensünde verharrenden „Planern“ und „Strategen“ des 3. Weltkrieges so überspült würde, daß Hitler als ein kleiner, kleinbürgerlicher Verbrecher erscheint. Denn diese Entwicklung, die sich vor unseren Augen vollzog: von Pfeil und Bogen bis zur Infanterie- und Artillerieausrüstung der Kriege 1866 und 1870/71, trat erst mit dem ersten Weltkrieg 1914/18 an die Grenze des „neuen“ Weltalters, — erst mit Hitlers „V-Geschossen“ begann es, — es endete im ersten Abschnitt der eindeutigen Verbrecherkriegsführung bei der Bombe von Hiroshima! Denn hier war zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte die Kriegsführung zum nackten Verbrechen geworden! Keiner Heuchelei soll es erlaubt sein, mit uns darüber zu diskutieren, das sei noch im Bereich der sittlichen Rechte eines sogenannten „gerechten Verteidigungskrieges“, denn jetzt begann man hunderttausende Unschuldige zu morden, — heute beginnt man nicht nur mehr den Mord der Hunderttausende, sondern der Millionen, die Ausradierung, die Zerstörung ganzer Länder und Völker in das militärische Kalkül einzubeziehen, — die Regierung unseres Landes so zu korrumpieren, daß sie dem eigenen Volke vormache, sie „schütze“ es, während sie es in Wahrheit der sicheren Vernichtung preisgibt!

Wie unheimlich, wenn vor unser Volk ein Kirchenfürst hintritt und brav und bieder sagt: „Ich denke, man hat im zweiten Weltkrieg die chemischen Waffen nicht angewandt, man wird auch in einem dritten Weltkrieg, den Gott verhüten möge, — so glaube ich, — die nuklearen Waffen nicht anwenden!“ Als ob nicht ein Volk, und zwar ausgerechnet der eigene Bundesgenosse, sie schon angewandt hätte! — Das wagt man in einer Situation, in der die Staatsführungen und Militärs eindeutig vor aller Welt erklären: „Wir werden sie einsetzen!“ In einer Situation, in der die „Manöver“ erproben, wie viele Hunderte von Millionen Menschen erwürgt werden, in der eine nüchterne Wissenschaft die Hilfsmittel zu den Verbrechen, die hier geplant und vorbereitet werden, in einer Grausigkeit berechnet, daß Dantes Höllenvisionen dagegen wie Kinderphantasien erscheinen! Da wagt man das aus den Kirchen heraus, um eine unverantwortbare Versklavungspolitik unseres Volkes an fremde Weltbeherrschungspläne zu ermöglichen, — das wagt man, während der Papst in Rom verzweifelnd die Völker beschwört und in Deutschland bei diesem totalen Versagen der Kirchen Atomforscher auftreten müssen, die Politiker an das Faktum zu erinnern, daß es Dinge gibt, die man nicht in ein politisches Kalkül einzusetzen hat: das nackte Verbrechen!

Das ist die Situation, in der wir leben! Christus hat in der Bergpredigt sehr eindeutig und für alle Völker verpflichtend den Frevel der Gedankensünde unter die Strafe der ewigen Verdammnis gestellt!

Seid Euch darüber keinen Augenblick im Unklaren: der Riß geht mitten durch unser Volk, — geht auch mitten durch die Kirchen! Hie Christ — hie Antichrist! heißt der Schlachtruf mitten durch unseren Westen! Christus ächtet den Gedankenfrevel: ein solcher ist schon die atomare Kriegsstrategie! Wer diesem Frevel dient, sei es Volk oder Regierung, erhebt sich eindeutig gegen Christi Wort! Man soll nicht sagen, das Priesteramt schütze davor, dem Gottesmord zu dienen! Seit Kaiphas wissen wir, wie das in Wahrheit ist! Auch Kaiphas war in den Augen seines Volkes ein braver Mann und ein treues Mitglied der konservativen Pharisäerpartei und nur aufgebracht gegen den Revolutionär von Nazareth, der in diesen Dingen nicht mit sich reden ließ!

Glaubt nur ja nicht, daß Ihr dem Urteilsspruch der ewigen Macht entrinnen könnt, — ihr Spruch ist schon gesprochen, und ich glaube, mein Freund, vor Deinen entsetzten Augen den Finger dorthin legen zu können, wo Du Gottes Urteil siehst! Es ist ein Irrtum, zu glauben, ein einziges Volk oder ein „Machtblock“ habe Gott für sich gepachtet. Er ist gegen den Fürsten der Welt, und dieser Fürst reitet das Tier mit sieben Köpfen und zehn Hörnern, — schlage das Buch der geheimen Offenbarung auf und lies!

Auch Ihr redet doch von einem „apokalyptischen Zeitalter“! Gebraucht nicht hohle Worte! Glaubt daran! Die in der Apokalypse vorausgesagte Zeit ist da, und Ihr seid mit ihre Auslöser, durch Euren eigenen Willen habt Ihr Euch dazu gemacht! Aber Gottes Weissagungen sind Euch Schall und Rauch, wie die Worte des Abgesandten Eures Gottes, da er auf dem Berg jene selig pries, die da sich um den Frieden bemühen! Also bleiben wir im rein irdischen politischen Jagdrevier des

Bösen dieser Welt, in der man nur den Krieg zu bereiten weiß!

Laß Dir, mein Freund, von drei Augenblicken berichten, die in unser aller Leben stehen.

Es war im Herbst 1918, — plötzlich wurden den Gläubigsten, die bis zur Stunde sich gar nichts anderes vorstellen konnten als den deutschen Sieg, vom ewigen Walter der Geschicke die Binde von den Augen gerissen! Von der Westfront her schrie ein General, der mit seinen Stiefeln in den Blutströmen der hingemetzelten Soldaten der Völker stand, wie ein Wahnsinniger nach der

„Levée en masse!"

Es ist der Bankrottruf aller, die am Ende sind. Sie wissen das Gemetzel nur bis zur wahnsinnigen Selbstvernichtung zu steigern. In dieser Stunde wurde der Schrei einer frommen Mutter und Frau gehört, die rief:

„Saatgut soll nicht vermahlen werden!"

Aus den Schreien der Unmenschlichkeit kommt dies Wort von Käthe Kollwitz in unsere Tage! Die Rettung des Lebens, nicht die Vorbereitung des Völkermordes ist das einzige Tun, in dem der Mensch seine verlorene Würde wieder zurückgewinnen kann.

Das zweitemal hatten wir fast das gleiche Erleben: in der Stunde nämlich, in welcher — nachdem so und so oft die Siegesfanfaren der deutschen Rundfunk-Heeresmeldungen das Volk aufgepeitscht hatten, — die mephistophelische Gestalt des Nazi-Propagandaministers Goebbels aus dem Berliner Sportpalast dem Volk die grausige Niederlage von Stalingrad mitteilte und unter hysterischem Gekreisch das deutsche Volk zum „totalen Krieg" aufrief!

Das Volk aber, das es anging, saß bleich und stumm erstarrt! Es dachte an die Söhne und Brüder und Väter, die zu Stalingrad in der gleichen Stunde hingewürgt wurden, — die Antwort der Menschlichkeit war ein grauenvolles Verstummen! Und jetzt ist die 3. Phase gekommen und Ihr steht an der Stelle, an der einmal Ludendorf und Gebbels standen. Was werdet Ihr uns in dieser unheimlichen Stunde sagen, in der ihr uns, wolltet Ihr wahrhaftig und mutig sein, den Bankrott Eurer Politik der letzten 12 Jahre, der Politik der Euch gnadvoll geschenkten Frist, eingestehen müßtet ? !

Hören wir, was Ihr uns und dem deutschen Volk an dieser entscheidenden Wende zwischen letzter Rettungsmöglichkeit und der immer noch drohenden Totalvernichtung der Menschheit zu sagen habt!

Glaubt nur ja nicht, es bliebe Euch die gottlose Ausrede: solange andere Verbrechen vorbereiten und dazu entschlossen sind, müssen wir das eben auch tun! Das, um was es hier geht, ist längst kein Diskussionsthema der Politik mehr, — Gott hat längst eingegriffen und die Entscheidung gefällt, — er diskutiert nicht mit Euch noch mit andern, er ist entschlossen, das Gericht an jenen zu vollziehen, die es herausgefordert haben und Tag für Tag wieder herausfordern. Sein Urteil läßt nur die Wahl zwischen Tod und Leben, zwischen Rettung der Menschheit oder Untergang! Er will, daß die, die an ihn glauben, sich ihm willenlos ergeben. Er hat das Palaver vom „gerechten Verteidigungskrieg" aus allen Mäulern der Verantwortungslosen gerissen! Eine Regierung, die sich über göttliche Sittengesetze erhebt, wie die Achtung vor dem Leben der Menschheit sie fordert, ist gegen Gott, — sie ist nicht legitimiert, „Kreuzzüge" zu organisieren!

Ehe wir den Anblick beschwören, den Ihr selbst in der Stunde bietet, in der Ihr Rechenschaft abzulegen habt, gilt es wohl ein Wort darüber zu sagen, was Ihr mit jenen macht, die Eurer Politik widerstreben! Ich bin nicht Dein „Gegner", mein Lieber, sondern Dein Freund! Es gehört zu den größten Freundespflichten, sich dem Freund zu versagen, wenn er in ein Verbrechen hineinstolpert! Ihr besudelt seit Jahr und Tag einen jeden, der diese Politik der Verhökerung unseres Volkes und Vaterlandes und seiner Auslieferung an ein furchtbares Schicksal nicht mitmacht, als „Kommunisten" oder als von den Kommunisten bestochen oder ihnen hörig!

Als ob man einen Schritt aus unserem Lande hinausgehen müßte, um sich vor Entsetzen zu schütteln über den politischen Dschungel, den Ihr aufgebaut habt und in dem kein Mensch mehr, der Euch sich widersetzt, der Ehre seines Namens sicher ist.

Und so wie ich als Dein Freund und nicht als Dein Gegner Dir gegenübertrete, so auch als Freund Amerikas und nicht als sein Gegner! Wie viele von uns haben mehr Freunde und Verwandte in Amerika als in der Heimat, die seit Generationen durch die Erbärmlichkeit unserer politischen Systeme, die sich einander ablösen, um sich nur an Furchtbarkeit zu übertreffen, Söhne

und Töchter ins Ausland vertreibt! Das war nicht nur in der Hitlerzeit so! Das war schon vorher so und so ist es auch heute! So sehe ich eine wahre und echte Freundschaft zu Amerika nur dort gegeben, wo wir uns jener Politik nicht unterwerfen, die wir zu unserem Grausen seit Ende des zweiten Weltkrieges wahrnehmen! Wenn diese Politik mit der Vernichtung ganzer Völker, ja der Menschheit in der Gesamtheit spielt und solch Ungeheuerliches in ihr „Kalkül" einbezieht, ist es gleichgültig, ob sie aus eigenen unheimlichen Tiefenschichten aufsteigt, oder die Frucht einer Furcht vor einem Partner in diesem Ringen um Weltherrschaft ist.

Aus Euren Reihen hat noch keine einzige Stimme gegen die geistige Verkrüppelung des deutschen Volkes und seiner kulturellen Institutionen auch nur ein Wort des Schreckens ausgestoßen, — Ihr fühlt Euch in Eurem „Wirtschaftswunder", mit dem Ihr dies Hinnehmen der Kulturschändung bezahlt, pudelwohl! Ihr brüstet Euch dieses Eures „Aufstieges", der doch wohl nur der Aufstieg eben eines Volkes ist, das allen Widerstand gegen die geistige Überfremdung hinnimmt und sich dafür aushalten läßt! Die Vernichtung der eigendeutschen Kultursubstanz seit 1945 hat Ausmaße angenommen, wie sie ohne Beispiel in der Geschichte unseres Volkes ist. Hier zeigt sich gar keine Möglichkeit einer Wende, wenn nicht unvorhersehbare Dinge geschehen, die das deutsche Volk erst einmal wieder sich selbst zurückgeben!

Das zweite aber, von der Öffentlichkeit mehr beachtet, aber keinesfalls durchschaut, ist die von den Westmächten nach 1945 vollzogene Aufspaltung Deutschlands und damit die schon äußere Vernichtung jeglicher echten Eigenexistenz unseres Volkes! Auch dies tragische Geschehen scheint nicht mehr zu heilen, — zum mindesten kann es nicht durch jene politischen Kräfte unseres Volkes geheilt werden, welche hier bei uns im Westen in dies an unserem Volke begangene Unrecht verstrickt sind.

(Schluß folgt)

Prof. Dr. Hans Rheinfelder

Der Dichter und die Spaltung

Ein Dante-Kapitel

Nie ist Dante so viel ins Deutsche übersetzt worden wie heute: kaum ein Jahr vergeht, in dem uns nicht wenigstens eine neue Übersetzung der „Göttlichen Komödie" — gedruckt oder ungedruckt — in die Hände kommt. Und diese Übersetzungen werden gelesen. In vielen großen und kleinen Städten Deutschlands kommen Dante-Freunde allmonatlich, ja alle vierzehn Tage zusammen, um einen Gesang von Dante gemeinsam zu lesen und sich erklären zu lassen — so regelmäßig, wie man es sonst wohl nur bei Bibelstunden, nicht aber bei irgendeinem anderen Dichter kennt.

Diese Tatsachen weisen darauf hin, daß Dante unserer Zeit irgendetwas Besonderes zu sagen hat. Aber auch sein merkwürdiger Lebenslauf ist es, der die Geister beschäftigt, zumal was sich davon in seiner „Göttlichen Komödie" und in Briefen widergespiegelt findet. Dieses Besondere, was uns Dante heute sagen will, möchte nicht unser Wissen bereichern, möchte uns auch nicht gefällig unterhalten, möchte vielmehr mitten in unser Herz greifen und unseren Charakter anpacken. Wenn Deutschland in den letzten fünfzig Jahren so kläglich versagt hat und der Welt auch heute ein so trauriges Zerrbild einer Nation bietet, so war es nicht ein Versagen des technischen Könnens, sondern des Charakters. Es ist nur ein geringer Trost, wenn wir dieses Versagen auch bei unseren Nachbarvölkern feststellen. Das 20. Jahrhundert wird man später vielleicht das Jahrhundert der Brutalität nennen. Dabei sind Erscheinungen wie Konzentrationslager, bewaffnete Einfälle in schwächere Länder, Parlamentsbeschlüsse gegen den Willen des Volkes, rücksichtsloses Ausstreuen radioaktiver Substanzen bei Atomversuchen, atemloses Wettrüsten, Verfall der Zivilcourage u. dgl. nur letzte Auswirkungen einer allgemein gewordenen Brutalität, einer Rücksichtslosigkeit im täglichen Leben, die in erschreckendem Maße selbstverständlich geworden ist und den Charakter des Menschen, vielleicht am

meisten des deutschen Menschen, bis in die Wurzeln gefährdet hat. Hier kann in der Tat aus Dantes Wort, aus Dantes Beispiel und Dantes Leben Hilfe und Hinweis kommen.

Beachten wir zunächst dieses: Dante, einer der größten Dichter der Menschheit, hat auch praktisch in die Politik seiner Vaterstadt Florenz eingegriffen, hat theoretisch sogar Weltpolitik getrieben. Gewiß steht er in dieser Hinsicht nicht allein, als politisch tätiger Dichter oder als dichtender Politiker. Aus der Zeit vor ihm erinnere man sich an Solon, der ein großer Staatsmann und doch auch einer der sieben Weisen und ein Dichter gewesen ist. Und nach Dante haftet unser Blick auf seinen Landsmann Lorenzo de'Medici, auf Goethe, auf Lamartine. Bei uns zulande ist solche Haltung, solche Weite nicht sehr häufig. Allzusehr huldigen wir der Meinung, der Dichter, der Künstler, der Gelehrte sollten in ihrer Stille bleiben und nicht in der Politik mitreden wollen, Politik sei Apoll und den Musen feindlich gesinnt. Andererseits neigt bei uns der zünftige Politiker, der nichts anderes ist und sein könnte als eben Politiker, zu der Auffassung, Dichter, Künstler und Gelehrte seien überhaupt nicht in der Lage, reale Politik zu treiben: sie seien Utopisten, „Idealisten", weltfremde Träumer, wenn nicht gar arme Narren! Leider war solche Überheblichkeit und Anmaßung seit Jahrzehnten das Brandmal deutscher Politik: vor dieser Selbsterkenntnis vermag nur völlige Unwissenheit in der Geschichte den deutschen Bürger zu bewahren.

Dante kann uns eines anderen belehren. Er hat Politik getrieben und hat sich darin wahrhaftig nicht geirrt. Er war Guelfe, d. h. sein Ideal war ein geeintes, selbständiges Italien. Wohl hätte er nichts lieber gesehen als die Einigung der ganzen Menschheit unter dem Szepter eines gütigen Monarchen. Aber diese Hoffnung war nach der Schlacht von Benevent dahin, und als sie beim Regierungsantritt und zumal vor dem Italienzug Heinrichs VII. noch einmal hell strahlend in Dantes Herzen aufstieg, da machte ihr des Kaisers früher Tod ein jähes Ende.

Dante gehörte den Weißen Guelfen an, die sich die Einigung Italiens unter einem norditalienischen Fürsten erträumten. Seit 1301 hatten in Florenz die Schwarzen Guelfen, die im Papst den natürlichen Herrn Italiens erblicken wollten, alle Macht in der Hand. Dantes Ideal wurde als Utopie und Torheit verschrieen, Dante selbst mit den anderen Weißen Guelfen aus der Stadt verbannt. Aber was wir im geschichtlichen Verlauf heute in Italien verwirklicht sehen, das ist nicht das ghibellinische Ideal, auch nicht das Ideal der Schwarzen Guelfen, sondern genau das Ziel, das Dante angestrebt hat: der Utopist, der Idealist, der Träumer hat durch die Geschichte recht bekommen!

Dante hat im damaligen Florenz alle Mühe gehabt, in politische Ämter zu kommen. Er hat es klug und zielsicher durchgesetzt. Bei uns neigen allzu sehr die wissenden Dichter, Künstler und Gelehrten zu stiller Resignation, zum Verzicht auf das schwere Opfer politischer Betätigung. Seien wir allen Idealisten dankbar, die dieses Opfer dennoch bringen, in tiefem Verantwortungsgefühl für unser Volk und für die Menschheit. Denn nur aus dem Opfer, nicht aus der Freude an der Politik, kann das Entscheidende kommen.

Als der Dichter in Florenz die ersten höheren Staatsämter übernahm, gingen die politischen Wellen hoch. Dante hat das Risiko nicht gescheut, sich eindeutig festzulegen und zu bekennen. Unvorstellbar wäre ihm der Gedanke gewesen, man könne bald auf dieser bald auf jener Seite Mitläufer sein, so wie es die persönliche Zweckmäßigkeit oder gar Unentschiedenheit jeweils ergebe. Er hat den Feiglingen der Politik einen eigenen Bereich im Jenseits eingeräumt. Am Rande der Hölle ist ihr Platz: der Himmel kann sie nicht brauchen, aber auch die Hölle möchte sie vor Ekel ausspeien. So haben sie ihre Stätte zwischen Höllentor und Acheron, ewig ruhelos, gequält von Wespen und giftigen Insekten, blutüberströmt. Keinen Namen vernimmt hier der Dichter, ruhmlos sind sie für die Erde, dem Himmel und der Hölle in gleicher Weise verhaßt. „Sie verdienen kein Wort", sagt Dantes Führer Vergil, „schau sie dir an und geh vorbei!" Die ganze Verachtung Dantes für den Menschen ohne Entschiedenheit und ohne Zivilcourage spricht aus diesen stolzen Versen.

Dante selbst war für die letzten zwanzig Jahre seines Lebens, von 1301 bis 1321, das bittere Los des politischen Flüchtlings auferlegt. Aber wie hat er es ertragen! Ohne jedes Zugeständnis. Lassen wir diese für unsere heutige Zeit so bedeutsamen und lehrreichen Jahre der Verbannung Dantes an uns vorüberziehen! Die „Göttliche Komödie" begann in diesen Jahren erst langsam in seinem Geiste sich zu gestalten. Aber längst war er durch kleinere Dichtungen, längst auch durch seine lautere Politik bekannt geworden. So hat

es ihm in den schweren Jahren an gastfreundschaftlicher Hilfe nicht gefehlt, und wir können des Dichters Spuren von Asyl zu Asyl verfolgen. Wir finden ihn mehrmals in Verona, in der Lunigiana, an der Riviera, im Venetianischen. Aber so herzlich die Aufnahme auch überall gewesen sein mochte, er war sich doch immer schmerzlich bewußt, wie bitter es ist, „fremde Stiegen auf- und abzusteigen" und „wie salzig das Brot der Fremde schmeckt" (Paradiso 17, 58 ff.).

Das wichtigste Ereignis der ganzen Verbannungszeit war für Dante die Ankunft Heinrichs VII. in Italien im Jahre 1310. Ein Jahr vorher hatte Papst Clemens V. den Sitz des Papsttums nach Avignon verlegt. In Italien sah es trostlos aus: Rom war verwaist, die Städte Mittel- und Norditaliens waren voll Parteihader oder lagen miteinander im Streit, Süditalien stand unter einer französischen, Sizilien unter einer aragonesischen Dynastie. Ordnung dieser Zustände konnte nur vom Kaiser erhofft werden. Endlich zog seit Friedrich II. Tagen zum ersten Male wieder ein Kaiser über die Alpen! Dante gibt seiner hoffnungsvollen Erwartung in einem Briefe Ausdruck, den er in lateinischer Sprache an alle Republiken und Fürsten Italiens richtete und worin er sie aufforderte, den Kaiser mit Ehrfurcht und Freude aufzunehmen. Im Bewußtsein seiner Unschuld bezeichnet er sich selbst im Titel des Briefes als „exul immeritus", „unverdientermaßen im Exil". Für Italien erhofft er Ruhe und Ordnung, für sich selbst Rückkehr in die Vaterstadt.

Dante sollte sich schwer getäuscht haben. Die Guelfenstädte kündeten dem Kaiser offenen Kampf an, und der Mittelpunkt des Widerstandes gegen den Kaiser war Dantes Heimatstadt Florenz! Da verwandelte sich des Dichters Zuversicht in furchtbaren Zorn. In einem Brief voll schrecklicher Offenheit hält er den Florentinern ihr Verbrechen vor, warnt sie vor Gottes Strafgericht.

Nachdem Heinrich VII. in Rom durch einen päpstlichen Legaten die Kaiserkrone erlangt hatte, zog er gegen das widerspenstige Florenz. Aber unverrichteter Dinge mußte er von der Belagerung der Stadt ablassen. Da rüstete er sich zum Zug gegen Robert von Anjou, den König von Neapel. Mitten in den Vorbereitungen hat ihn der Tod hinweggerafft, am 24. August 1313 in Buonconvento bei Siena. Damit bricht Dantes Hoffnung, wenn nicht für die Zukunft Italiens, so doch für seine eigene Rückkehr, endgültig zusammen. Inzwischen war 1311 vielen Verbannten Begnadigung zuteil geworden. Dante war davon ausgeschlossen. 1315 wurde dann eine allgemeine Amnestie erlassen, auch für die schwersten Verbrecher, zu denen man Dante zählte. Doch wurde die Amnestie an die Bedingung geknüpft, daß die Begnadigten eine hohe Strafsumme zahlten und sich im Nationalheiligtum von Florenz, im Baptisterium San Giovanni, öffentlich dem heiligen Patron der Stadt als reuige Sünder vorstellen ließen. Dante brachte es nicht übers Herz, solch unverdiente Demütigung auf sich zu nehmen, so sehr ihn auch seine Florentiner Freunde dazu drängten. In unbeugsamem Stolz schreibt er darüber einem älteren Freunde nach Florenz: „Ist das der begnadigende Widerruf, womit Dante Alighieri in die Heimat zurückgerufen wird, nachdem er beinahe fünfzehn Jahre die Verbannung ertragen hat? Hat das seine Unschuld verdient, die doch allen offenbar ist? . . . Ferne sei von einem Manne, der mit der Philosophie vertraut ist, eine solch törichte Demütigung des Herzens, daß er wie irgendein Cioli und andere schändliche Gesellen sich gleichsam gefesselt vorführen läßt! Ferne sei es von einem Manne, der die Gerechtigkeit predigt, daß er nach der Erduldung des Unrechts denen, die ihm das Unrecht zufügen, wie verdienten Männern sein Geld hinzahlt! Mein väterlicher Freund, das ist nicht der Weg zur Rückkehr in die Vaterstadt! Doch wenn durch Euch jetzt oder durch andere später ein Weg gefunden wird, der dem Ruhm und der Ehre eines Dante keinen Abbruch tut, so will ich ihn mit schnellen Schritten annehmen. Kann aber auf keinem solchen Weg Florenz wieder betreten werden, so werde ich eben Florenz niemals wieder betreten. Was tuts auch? Kann ich nicht überall den Glanz der Sonne und der Sterne erblicken? Kann ich nicht unter jedem Himmel die süßesten Wahrheiten durchdenken, sofern ich mich vor den Augen des Volkes und der Stadt Florenz nur nicht in Ruhmlosigkeit und Schmach bringe. An Brot wird es mir wahrlich auch nicht fehlen."

Dieser starke Mut, der viel schwerer, auch viel seltener ist als der Mut des Kriegers, hat unseren Dichter nie verlassen. Schmachvolle Begnadigung hat er auch in der Folgezeit abgelehnt. Und so wurde denn am 15. Oktober 1315 in Florenz das Todesurteil über den größten Sohn der Stadt und Italiens ausgesprochen. Dante wurde für vogelfrei erklärt: wer ihn auf den Straßen Italiens anträfe, sollte ihn straflos erschlagen dürfen.

Noch etwas anderes ist aus dem Verhalten Dantes während seines zwanzigjährigen Exils zu lernen: daß man das Vaterland nicht mit der jeweiligen Regierung identifizieren darf. Es wäre nun freilich ein wünschenswerter Zustand, wenn man immer und überall Nation und Regierung gleichsetzen dürfte. Aber solche Zeiten sind selten und sie bergen in sich die Gefahr, daß man solche Identifizierung immer und überall für selbstverständlich halten könnte. Meine Generation hat erst 1933 ganz entscheidend den Bruch erlebt, zugleich aber auch die harte Verpflichtung, um der Nation willen einer Regierung zu trotzen, gegen die Regierung zu leben, gegen die Regierung zu wünschen, ja selbst gegen sie zu beten. Ich erinnere mich sehr wohl, mit welchem Unbehagen, ja selbst mit welcher Mißbilligung wir bis dahin den Brief Dantes lasen, in dem er den Kaiser auffordert, gegen Florenz zu marschieren. Erst aus unserer eigenen Erfahrung der Hitlerzeit haben wir Dantes Verhalten in seiner verpflichtenden Tragik erfassen und verstehen gelernt. Wir haben daraus auch für alle Zeiten gelernt, sorgsam zu unterscheiden zwischen der Vaterlandsliebe und der Hingabe an den jeweiligen Führer, zwischen Nation und Regierung, zwischen Volk und Parlament.

Es ist hier nicht der Raum, auf beispielhafte Gestalten oder Situationen der „Göttlichen Komödie" deutlich hinzuweisen. So sei denn nur noch ein Blick auf Dantes Verhältnis zur Geschichte geworfen: Er gibt Episoden aus der Weltgeschichte, von den ältesten Zeiten bis in seine jüngste Vergangenheit, von fernsten Ländern, mehr aber von Florenz, nicht wie sie der Historiker oder der Chronist berichtet, sondern jeweils zweckbedingt als Fälle, als Beispiele — casus, exempla —, hiermit aber auch als anziehende oder abschreckende Vorbilder — als exemplaria. Dante will immer etwas mit seinen historischen Episoden. Für solche praktische Geschichtsbetrachtung haben wir Menschen von heute wieder Verständnis. Bei aller Pflege der wissenschaftlichen Historie lebt in uns doch wieder — genau so wie in Dantes Brust — die sehnsüchtige Frage, ob man denn nicht aus der Geschichte auch etwas lernen könne. Die Katastrophen der letzten fünfzig Jahre und das unheimliche Schwelen der Gegenwart lenken unseren Blick wie von selbst auf die Geschichte. Aber wir sind ganz hilflos geworden in der Ausdeutung der geschichtlichen Vergangenheit. Zwar tragen wir in uns viel historischen Wissensstoff, aus der griechischen, römischen, deutschen Geschichte, auch aus der Geschichte unserer Nachbarvölker. Aber dieses Wissen bleibt Wissen und liegt brach: es muß wieder zu einem fruchtbaren Acker werden, wenn wir weiterexistieren wollen. Sonst müssen wir uns wohl oder übel ganz der Führung Fremder anheimgeben oder müssen in Gefahr geraten, uralte Fehler immer wieder von neuem zu begehen. Diese für uns so notwendig gewordene Anwendung der geschichtlichen Kenntnisse in der Politik ist kaum von einem Dichter so sicher und so offenbar zu lernen wie von Dante, der uns auf Schritt und Tritt zeigt, wie wir Geschichte uns aneignen und erwerben können.

Ein einziges Beispiel möge für viele stehen. Tief unten im Erdtrichter der Hölle trifft Dante auf die Zwietrachtstifter, die in der Zerreißung ihres eigenen Leibes die ausgestreute Saat des Haders und der Spaltung büßen müssen. Mehrere Gestalten der Vergangenheit, auch aus der Geschichte von Florenz, begegnen uns da, zerfetzt und verstümmelt nach dem Maß ihrer Schuld. Auch Bertran de Born weilt hier, muß sein vom Leib getrenntes Haupt wie eine Laterne herumtragen, weil er durch sein politisches Dichten und Tun Zwietracht gestiftet hat zwischen König Heinrich II. von England und dessen Sohn. Und Mohammed ist hier, was man nur verstehen kann, wenn man weiß, daß das Mittelalter in dem Propheten hauptsächlich den Zwietrachtstifter, den Zerteiler der Welt erblickte, der die Erde in eine christliche und in eine islamische Hälfte spaltete.

Wenn Dante solche Spaltung bestraft, dann will er nichts anderes als immer wieder daran erinnern, was für ein Frevel solche Zerspaltung war, und was für einen Frevel zu jeder Zeit jede zwieträchtige Zerspaltung darstellt. Der Leser soll weiterdenken und soll Nutzanwendung aus Schuld und Bestrafung ziehen. Lassen wir Deutsche uns willig an Dantes Hand zur Betrachtung des Haders in unserer eigenen Nation hinleiten, zu der Zerspaltung der Deutschen in streitende, feindselige Hälften! Nicht anders will es Dante, als daß wir aus seiner Dichtung die Lehre ziehen: alles zu tun, um Spaltungen zu beheben und wieder Einheit herzustellen, wo Einheit sein soll, damit wir nicht immer selbst und freiwillig jenes Gebet des römischen Geschichtsschreibers Tacitus erfüllen, der in seinem Deutschlandbuch den denkwürdigen Satz schreibt: „Inständig wollen wir zu den Göttern

flehen, daß diesen deutschen Volksstämmen ihre Zwietracht untereinander ewig erhalten bleibe!"

Aber w i e soll denn nach Dantes Meinung aus Zwietracht Einheit werden? Etwa so, daß die eine Hälfte die andere an sich reiße? Nein, gegenseitiges Verstehen in der Liebe kann nach Dantes Auffassung zur Einheit führen. Liebe und Friede durchklingen sein ganzes Gedicht. Liebe und Friedfertigkeit führen ihn hin bis zum Throne Gottes. Unterwegs begegnet er im Sonnenhimmel den großen Lehrern der Menschheit. Man wird gespannt sein, wer diese Lehrer sind. Nur Italiener? Nur Christen? Nur Philosophen? Nein! Dante kennt die Weite echter Toleranz. Bunt mischen sich die Nationen: Juden und Griechen, Römer und Italiener, Spanier, Engländer und Deutsche; bunt mischen sich: Philosophen und Mystiker, Juristen und Historiker, Dichter und Theologen, Priester und Laien, alt und jung, Männer aus mehr als zwei Jahrtausenden. Und just nebeneinander stehen, in friedlicher Koexistenz, die beiden Philosophen, die sich auf Erden so befehdet haben: Thomas von Aquin und Siger von Brabant. So sind die mannigfaltigsten Geister vereint in einem heiligen Kollektiv, in dem freilich jeder einzelne seine volle Freiheit und seine volle Individualität bewahrt. Das ist Dante!

In dieser großen Weite darf er auch selbst über sein eigenes Vaterland hinauswachsen, hinein in eine unteilbare Menschheit, und darf sich jenes herrliche Wort des Ovid zu eigen machen, das er aus dem Erleben italienischer Zwietracht heraus sich neu erobert und in seinem Büchlein von der italienischen Dichtersprache niedergeschrieben hat: „Nobis autem, sicut piscibus aequor, mundus patria est" — „Uns aber ist Vaterland die ganze Welt, wie den Fischen das Wasser."

Dokumente zum Zeitgeschehen

Konvent der F. U. Berlin gegen Atomwaffenversuche

In seiner Sitzung am 15. 5. 1957 beschloß der Konvent folgende Resolution:

Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin nimmt mit größter Sorge von den immer zahlreicher werdenden Atomwaffenversuchen in aller Welt Kenntnis. Es ist mit allem Nachdruck auf die Gefahren hingewiesen worden, die sich aus den unkontrollierbaren Auswirkungen dieser Versuche ergeben.

Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin appelliert an die Atommächte, in kürzester Frist eine Einigung über die Atomwaffenversuche zu erreichen. Sie fordert die Studentenschaft der ganzen Welt dazu auf, sich in gleicher Weise für eine solche Einigung einzusetzen.

Schreiben katholischer Christen an die katholischen Bischöfe in der Bundesrepublik

Eminenzen und Exzellenzen!

Aus der Sorge um Leben und Wirken der Kirche in Deutschland und um den Bestand unserer jungen Demokratie halten wir katholische Christen es für unsere Gewissenspflicht, Ihnen im gegenwärtigen Zeitpunkt, wenige Wochen vor den Bundestagswahlen, folgendes als Ergebnis sorgfältiger Überlegungen vorzutragen:

1. Die Aufteilung der Bürger der Bundesrepublik in Christen, Sozialisten und Liberale ist geschichtlich überholt, politisch verhängnisvoll und religiös schädlich. Es vergiftet in gleichem Maße das kirchliche wie das politische Leben unseres Staates, wenn religiöses Bekenntnis, Weltanschauung und parteipolitischer Standort gleichgesetzt werden.
   . . . . . .
2. In dieser Situation werden die überkommenen, dem heutigen Zustand der Gesellschaft nicht mehr entsprechenden weltanschaulichen Fronten künstlich konserviert, wenn kirchliche Verbände und Publikationen einer einzigen Partei direkte oder indirekte Wahlhilfe leisten, wie es geschehen ist und geschieht. Die Kirche läuft damit Gefahr, mit einer politischen Partei und deren praktischer Politik identifiziert zu werden.
3. Die Bischöfe haben als Träger des Lehr- und Hirtenamtes der Kirche das Recht und die Pflicht, die Anerkennung des Naturrechts und des natürlichen Sittengesetzes im politi-

schen Leben zu fordern. Daher ist bei vielen Sachentscheidungen eine Stellungnahme der Bischöfe gerechtfertigt und notwendig. Ihre Glaubwürdigkeit mindert sich aber, wenn unter den heutigen Umständen generelle Entscheidungen, wie sie eine Wahl darstellt, beeinflußt werden.

4. Die besondere Sorge der Bischöfe gilt der Kulturpolitik. Bei der bevorstehenden Bundestagswahl spielen jedoch kulturpolitische Fragen nur eine untergeordnete Rolle, da hier die Kompetenzen des Bundes sehr begrenzt sind.
   In den außenpolitischen, innenpolitischen, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die mit Vorrang die Wahlentscheidung bestimmen, kann aus der katholischen Lehre eine Stellungnahme zugunsten einer Partei zwingend nicht abgeleitet werden. Der mündige Christ muß das Risiko dieser Entscheidung selbst tragen und ihre Folgen verantworten.
5. Aus den dargelegten Gründen sind wir der Meinung, daß die katholischen Christen in der gegenwärtigen Lage die volle Freiheit der Wahl zwischen den einzelnen Parteien haben und haben müssen.

Inge Aicher-Scholl, Ulm
Heinrich Böll, Köln
P. Beda Hernegger OFM, Essen
Dr. Emil Martin, Verlagslektor, München
Christian Mayer, Schriftsteller, München
Dr. Eugen Polz, Arzt, München
Heinrich Walter, Betriebsleiter, Gelsenkirchen u. a.

Aufruf an die Frauen der Welt

Uns alle bewegt mit vielem anderen die Sorge um den Bestand des menschlichen Lebens auf der Erde.

Die Ergebnisse der Atomforschung haben neue Möglichkeiten in die Hand des Menschen gegeben, die in nie geahntem Maße hilfreich oder zerstörend sein können.

Wir sehen, welche Möglichkeiten zum Wohle der Menschen mit der Atomenergie uns angeboten sind. Wir sehen aber auch, eine wie große Gefahr ihre Anwendung für die gesamte Menschheit sein kann.

Menschen haben zu entscheiden, ob diese Kraft zum Guten oder zum Bösen angewendet wird.

Atomwaffenversuche verseuchen weite Räume und gefährden gegenwärtiges und zukünftiges Leben.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über das Ausmaß der Schädigung und die Möglichkeiten eines ausreichenden Schutzes sind noch unvollkommen.

Wir fordern: Einstellung der Atomwaffenversuche.

Wir fordern: Kontrollierte, stufenweise Abrüstung bis zum vereinbarten Verzicht auf alle atomaren Waffen.

Wir fordern: Intensivste Erforschung aller Schutzmöglichkeiten gegenüber schädlichen Strahlen.

Wir fordern: Äußerste Anstrengung in bezug auf Maßnahmen und Einrichtungen zum Schutze der Bevölkerung.

Wir bitten die Frauen aller Länder, ihren Einfluß als Staatsbürger im Sinne dieser Forderung einzusetzen.

Wir bitten die Regierung unseres Landes, diese Forderung bei ihren eigenen Maßnahmen zu verwirklichen und bei internationalen Verhandlungen zu vertreten.

Bonn, den 28. Juni 1957.

gez. Arbeitsgemeinschaft der katholischen deutschen Frauen
Arbeitsgemeinschaft für Mädchen- und Frauenbildung e. V. (Verband der Lehrerinnen aller Schulgattungen)
Deutsche Angestelltengewerkschaft, Gruppe der weiblichen Angestellten
Deutscher Ärztinnenverband e. V.
Deutscher Akademikerinnenbund e. V.
Deutscher Berufsverband der Sozialarbeiterinnen
Deutscher Frauenring e. V.
Deutscher Gewerkschaftsbund, Hauptabteilung Frauen
Deutscher Hausfrauenbund e. V.

Deutscher Landfrauenverband e. V.
Deutscher Verband berufstätiger Frauen e. V.
Evangelische Frauenarbeit in Deutschland
Jüdischer Frauenbund in Deutschland
Staatsbürgerinnen-Verband e. V.
Verband deutscher Frauenkultur e. V.
Vereinigung weiblicher Juristen und Volkswirte
Verband der weiblichen Angestellten e. V.
WOMAN, Weltorganisation der Mütter aller Nationen e. V.

Weltgefahr fordert den Einsatz jedes einzelnen

Die bedeutsame Erklärung der Dekane der sechs theologischen Fakultäten in der DDR — der anschließend auch sämtliche evangelischen Bischöfe der DDR beigetreten sind — hat folgenden Wortlaut:

„Wir danken den westdeutschen Atomforschern für ihre Warnung vor einer atomaren Ausrüstung deutscher Streitkräfte.

Wir danken den ostdeutschen Atomforschern für ihre Warnung vor einer Fortsetzung der Atombombenexperimente.

Mit der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und der gesamten Ökumene sind wir eins in der radikalen Verwerfung der Massenvernichtungsmittel. In ihnen werden Gottesgaben, der menschliche Verstand wie die Kräfte der Natur, mißbraucht.

In ihnen wird der Mensch, der Gottes Ebenbild ist und für den Christus gestorben und auferstanden ist, verraten.

In ihnen wird die Güte des Schöpfers selbst gelästert.

Wir warnen davor, in dieser Sache mitzumachen oder sich verantwortungsloser Gleichgültigkeit und Resignation zu überlassen. Die Weltgefahr, die nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern unsere Kinder und Kindeskinder bedroht, fordert den Einsatz jedes einzelnen, um das Ziel einer allseitigen Ächtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel zu erreichen."

Diese Erklärung ist von den Dekanen der theologischen Fakultäten der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet, und zwar von Professor D. Heinrich Vogel, Berlin; Professor D. Dr. Arno Lehmann, Halle; Professor D. Hans Bardtke, Leipzig; Professor Lic. Werner Schmauch, Greifswald; Professor D. Gerhard Glöge, Jena; i. V. Professor D. Gottfried Quell, Rostock.

„In Übereinstimmung mit der vorstehenden Erklärung und den Beschlüssen unserer Synoden bekennen sich auch die Unterzeichneten zu der Verwerfung aller Massenvernichtungsmittel. Die Bischöfe der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche Deutschlands im Raum der DDR:

Bischof D. Dr. Otto Dibelius, Berlin;
Bischof D. Moritz Mitzenheim, Eisenach;
Bischof D. Hans Jänicke, Magdeburg;
Bischof D. Gottfried Noth, Dresden;
Bischof D. Niklot Beste, Schwerin;
Bischof D. Dr. Friedrich-Wilhelm Krummacher, Greifswald;
Bischof D. Ernst Hornig, Görlitz;
Oberkirchenrat Schröter, Dessau."